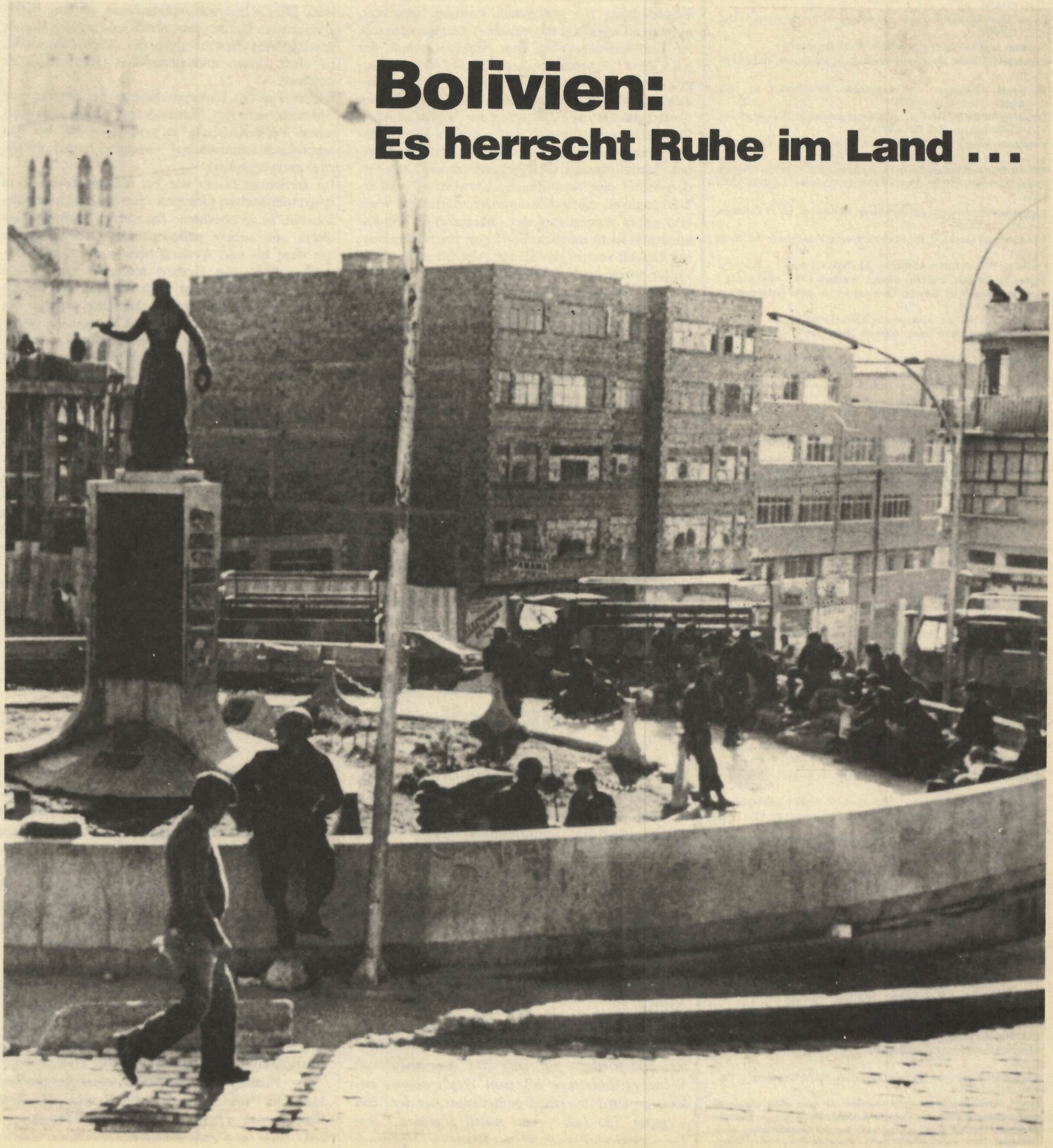
D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 125/126
Aug./Sept. '80 DM 3,–
12. Jahrgang

Bolivien:
Es herrscht Ruhe im Land ...



links

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Augsburg: Arbeitskreis SB, Vorderer Lech 45, 8900 Augsburg
Bad Schussenried: SB-Initiativgruppe, c/o Angela Kresinsky, 7951 Ingoldingen-Hinterweiler
Bamberg: SB Bamberg c/o Buchladen Colibri, Kapuzinerstr. 30, 8600 Bamberg, Tel. 0951/28825
Berlin: SB-Berlin, Hermannstr. 225 II, Hof, 1000 Berlin 44, Tel. 030/6211096
Bielefeld: SB-Bielefeld, c/o Buchladen Eulenspiegel, Niederwall 46, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/175049
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 41, 4630 Bochum, Tel. 0234/701656
Bonn: Hans-Hermann Nieters, Moselweg 38, 5300 Bonn 1, Tel. 02221/235602
Bremen: Joachim Kahlert, Fleetrade 70, 28 Bremen 1
Darmstadt: Barbara Meyer, Herderstr. 17, 61 Darmstadt, Tel.: 06151/662403
Dortmund: SB-Gruppe, c/o Bücherstube, Gr. Heimstr. 62, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/103306
Duisburg/Mülheim: SB-AG, c/o Wohngemeinschaft Düsseldorferstr. 128, 4330 Mülheim, Tel. 0208/481229
Elmshorn: Plata/Jockel, Ollnsstr. 149, 2200 Elmshorn Tel. 04121/94428
Erlangen: Sozialistisches Zentrum, Hindenburgstr. 17, 8520 Erlangen
Essen: Karl-Heinz Klein, Meybuschhof 52, 43 Essen 12, Tel.: 0201/306873
Esslingen: SB Esslingen, c/o Bert Heim, Berlinerstr. 12, 73 Esslingen, Tel. 0711/3512327
Frankfurt: SB Frankfurt, Kl. Hochstr. 5, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/285281
Freiburg: Roland Baum, Moltkestr. 32, 7800 Freiburg
Fulda: SB-Gruppe, c/o Otto Hotzel, Postfach 1542, 6400 Fulda 1
Gelsenkirchen: Willi Scherer, Overwegstr. 16, 4650 Gelsenkirchen, Tel. 02322/23806
Gießen: Kurt Walker, Alicenstr. 26, 6300 Gießen
Göttingen: Karl-Heinz Fränk, Albrecht Thaer Weg 8, 3400 Göttingen, Tel. 0551/36416
Hamburg: ISZ Hamburg, Altonaerstr. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: SB Hannover, c/o Offizin Druckerei, Stiftstr. 11, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/17622
Heidelberg: ISZ, c/o Lehrerzentrum, Sophienstr. 7 a, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/29775
Heilbronn: Günter und Cornelia, Friedhofstr. 45, 71 Heilbronn, Tel. 07131/76559
Hildesheim: Ulrich Räbiger, Orleansstr. 4, 32 Hildesheim
Karlsruhe: Manfred Rzepka, 7517 Waldbronn-Reichenbach, Schwarzwald-Apotheke
Kassel: Ulrich Restat, Kirchweg 68, 3500 Kassel, Tel. 0561/18629
Kiel: SB Kiel, Königsweg 29, 23 Kiel, Tel. Doris Pott 0431/84833
Köln: Sozialistisches Büro Köln, Jülicher Str. 22, 5 Köln 1, Tel.: 0221/237199
Konstanz: Birgit Arnold, In der Abtswiese 22, 7752 Reichenau, Tel. 07534/7133
Kempten: Peter Heyer, Hirnbeinstr. 3, 8960 Kempten
Lübeck: Initiativgruppe SB, c/o Bernd Möller, Paul-Gerhard-Str. 2, Tel. 0451/491698
Mannheim: ISZ c/o Dritte Welt Laden, C 3, 19, 68 Mannheim 1
Marburg: Dieter Höhne, An der Schanze 7, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/42334
München: SZ München, Heßstr. 80, 8000 München 40, Tel. 089/524996
Münster: SB Münster, c/o Jürgen Rose, Mecklenbeckerstr. 449, 4400 Münster, Tel. 0251/717709
Nürnberg/Nordbayern: SB Nürnberg/Sozialistisches Zentrum, Dallinger Str. 16, 8500 Nürnberg
Osnabrück: Sozialistisches Büro Osnabrück, 4500 Osnabrück, c/o Autonomie-Buchladen, Martinstr. 101, 45 Osnabrück
Reutlingen: Eberhard Wolz, Im Wengle 4 I, 7411 Reutlingen-Betzingen
Saarbrücken: Werner Schmitt, Blumenstr. 24, 6600 Saarbrücken
Siegerland: Buchhandlung Bücherkiste, Weidenauerstr. 224, 5900 Siegen 21, Tel. 0271/45135
Schorndorf: Galerie Buchhandlung Spectrum, Marktplatz 27, 7060 Schorndorf, Tel. 07181/61595
Schweinfurt/Unterfranken: Buchladen am Fischerrain, Am Fischerrain 32, 8720 Schweinfurt, Tel. 09721/22763
Schwetzingen/Oftersheim/Plankstadt: Hilmar Hoppe, Richard Wagner Str. 5, 6830 Schwetzingen, Tel. 06202/5334
Stuttgart/Ludwigsburg: Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/264345
Tübingen: Sozialistisches Zentrum, Herrenbergerstr. 23, 1. Stock, 7400 Tübingen
Ulm: Klaus Grössler, Fabrikstr. 7, 7900 Ulm, Tel.
Wiesbaden/Mainz: Wolf-Günter Gerlach, Gneisenaustr. 15, 6200 Wiesbaden
Wolfburg/Gifhorn/Braunschweig: Angela Praetorius, Gertrudenstr. 3, 3300 Braunschweig
Würzburg: SB-Gruppe, Leutfresserweg 11, 8700 Würzburg, Tel. 0931/77223
Wuppertal: Gisela von Wickede, Moltkestr. 30, 56 Wuppertal 1, Tel.: 0202/312618"

Soweit Interessenten in Orten wohnen, die hier nicht angegeben sind, wenden sie sich bitte an die Kontaktadresse der am nächsten gelegenen lokalen Gruppe oder auch an das Sozialistisches Büro, Ludwigstr. 33 I, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel. 0611/82006.

Das Sozialistische Büro (im "Lichte" des Verfassungsschutzes): "mit neuen Organisationsformen ...

Das SB spielt nach wie vor eine erhebliche Rolle als Diskussionsforum und Sammelbecken der "Sozialistischen Linken" außerhalb der DKP und der organisierten Neuen Linken. Es ist locker organisiert, so daß aus der Zugehörigkeit des einzelnen Mitglieds zum SB nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf seine demokratische Einstellung gezogen werden können. Die im Februar 1975 herausgebrachten "Thesen" werden aber als langfristig gültige Zusammenfassung der bisherigen Erfahrungen und Beschreibung der politischen Position betrachtet, auf deren Grundlage die weitere Arbeit erfolgen soll. Sie sind herausgegeben vom Arbeitsausschuß, der nach dem "organisatorischen Rahmen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro" ermächtigt ist, politische Entscheidungen zu fällen. In diesen Thesen fordert das SB die Beseitigung der "kapitalistischen Produktionsverhältnisse" und – mittels außerparlamentarischer Aktivitäten – die Verwirklichung einer "sozialistischen Gesellschaftsordnung". Es fordert ferner die "revolutionäre Umwälzung" und erklärt zugleich, diese sei auf parlamentarischem Wege und unter Ausnutzung des "bürgerlichen" Staatsapparates nicht möglich. Zur Frage der revolutionären Gewalt vertritt das SB die Ansicht, diese werde "jeder sozialistischen Politik durch den Zwang der Verhältnisse aufgezwungen" (These 10). Aufgrund der Tatsache, daß die Diskussion um die "Thesen" keinen Fortschritt macht, werden neuerdings auch Mitglieder des SB unruhig und beklagen die Orientierungslosigkeit der Organisation.
Das SB arbeitet zusammen mit dem Kommunistischen Bund am Aufbau eines "internationalen Komitees gegen Berufsverbote" und veranstaltet "Antirepressionskongresse". Es beteiligte sich auch an der Vorbereitung des 3. Russell-Tribunals über angebliche politische Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik (1978). Auf Bundesebene gehören dem SB etwa 1.200 Einzelmitglieder, 20 Studenten- und 12 andere Gruppen als korporative Mitglieder an. In Niedersachsen, das der Region Nord angehört, arbeiten 6 Gruppen. Das Zentralorgan "links" erscheint 14tägig (ca. 1.500 verkaufte Exemplare). Außerdem gibt das SB die Schriftenreihe "Theorie und Organisation", die Betriebs- und Gewerkschaftszeitung "express" (Auflage ca. 5.000) und örtliche Publikationen heraus. Zu ihnen gehört die vom SB-Büro Hannover herausgegebene und monatlich erscheinende Broschüre "Umbruch".

III. Undogmatische und spontaneistische Gruppen

1. Allgemeine Entwicklung

Im Gegensatz zu der organisatorischen Krise bei den K-Gruppen haben sich gewisse Erfolge undogmatischer und spontaneistischer Gruppen fortgesetzt. Dies zeigte sich auch an ihren weiteren Wahlerfolgen im Universitätsbereich und an den bereits geschilderten Bestrebungen der KBW-Opposition, zu einer neuen undogmatischen Gruppierung zu kommen.
Dieser Teil des Linksextremismus hat zunehmende Chancen, von dem Theoriedefizit und der ideologischen Verunsicherung zu profitieren, die bei den marxistisch-leninistischen Gruppen immer deutlicher zu spüren sind.
Im Berichtszeitraum war bei undogmatischen und spontaneistischen Gruppen eine breite Theoriediskussion zu beobachten. Es wurden mannigfaltige ältere und neuere philosophische Gedankengänge aus dem In- und Ausland herangezogen, z.B. Gedankengänge von Herbert Marcuse, Ernst Bloch und Karl Jaspers, aber auch Autoren der französischen Neuen Philosophie. Daneben wurden die Gedankengänge alter und neuer Kritiker des orthodoxen Marxismus-Leninismus (Antonio Gramsci, Milovan Djilas, Rudolf Bahro, Wolf Biermann), aber auch Strömungen der modernen "politischen Theologie" (Theologie der Befreiung, Theologie der Revolution) aufgegriffen. Aus diesen Elementen ergeben sich oft erstaunliche Querverbindungen, z.B. zwischen "Kämpferischen Sozialisten" und Umweltschützern, Marxisten und Christen. Bei einem weiteren Anhalten dieser Entwicklung ist mit neuen Organisationsformen und neuen politischen Zielsetzungen extremistischer Gruppen, aber auch mit zahlreichen Aktionsbündnissen mit demokratischen Kräften zur Erreichung politischer Teilziele und zur Durchsetzung aktueller Forderungen zu rechnen.
Quelle: Der Niedersächsische Minister des Innern "Lagebericht über den politischen Extremismus und die Spionageabwehr in Niedersachsen", Stand: 31.5.1980

... zur Durchsetzung aktueller Forderungen"

Was bisher nur den Bürgerinitiativen nachgesagt wurde, Unpolitisches zu politisieren, sollte auch weiterhin ein Schwerpunkt der SB-Aktivitäten im kommenden kalten Herbst sein. Dabei könnte und sollte – so die übereinstimmende Meinung der Redaktion – eine Aktion des Frankfurter AStA Schule machen, die mit der Losung "Solidarität mit dem Azorenhoch, Kampf den Tiefausläufern" angekündigt. Ein Blick auf den Himmel – so er zu sehen ist – wird den Erfolg der Kampagne verdeutlichen können. Wir zitieren aus dem Aufruf:
Der AStA der Universität protestiert mit Entschiedenheit gegen das studentenfeindliche Wetter. Wir fordern ultimativ eine einschneidende Wetterveränderung bis zum Wochenende, ansonsten wird der AStA gemeinsam mit der "Bewegung 23. Juli – no müsli fraktion" eine Demonstration zum Wetterdienst in Offenbach durchführen. Unter der Parole "Ob Wind, ob Regen, wir sind dagegen" werden wir die Wetterfrage zum zentralen Konflikt im nächsten Semester machen. Treffpunkt bei schlechtem Wetter: Samstag, 26.7., 11 Uhr, Paulsplatz. Unter dem Titel "Dann scheint die Sonn ohn Unterlaß ..." findet am Freitag, 25.7., um 20 Uhr im A VI ein Teach-in des AStA gemeinsam mit dem Sozialistischen Büro unter der Fragestellung: Sozialistische Wetterpolitik – ein Anachronismus, statt.
Als Referenten sind vorgesehen: Werner Lamp (Rhein-Main-Wetterdienst), Heipe (Katastrophentheoretiker vom Pflasterstrand), Dr. Karla Wege (Wettermoderatorin des heute-Studios), Unipräsident Dr. Hartwig Kelm zum Thema: "Zur Problematik des hochschulklimatischen Mandats" und Daniel Cohn-Bendit (der Rote Dany) zum Thema: "Petrus, du Gangster – bald biste weg vom Fenster."

Photo: dpa

"Golpe duro" in Bolivien

Was sich am 17. Juli in La Paz ereignet hat, ist nicht einfach ein abermaliger Putsch in Bolivien. Dieser Putsch zielt darauf, eine einschneidende, besonders gefährliche Wende herbeizuführen, und ist nicht nur im äußeren Ablauf, sondern auch dem politischen Charakter nach den Staatsstreichen Pinochets in Chile und der argentinischen Armee 1976 vergleichbar.

"Großer Ratschlag" Berichte – Erfahrungen – Perspektiven

"Wasserschlag", "Ratlosigkeit", "Die Nacht der reitenden Leichen" (die TAZ hätte sich diesen makabren Titel lieber für ihre Bolivien-Berichterstattung aufsparen sollen), "Linke suchen ein Programm", so die Schlagzeilen des größten Teils der bürgerlichen und linken Presse. Daß dieses Negativbild bei einer Gesamtbetrachtung des Kongresses nicht angebracht ist, dokumentieren die Berichte aus den Arbeitsgruppen und erste Einschätzungen.

Sozialistische Politik und Friedenssicherung

Thesen von Andreas Buro – Beilage Seite I - IV

Inhaltsverzeichnis

Putsch in Bolivien 4

Robert Detobel: Sozialistische Internationale in Lateinamerika 6

Anne Jüssen: Ein "gewöhnlicher" Asylfall 8

Eritrea 9

Dan Diner: Deutsch-französische Kooperation 10

Alternative Türkeihilfe 10

SZ Tübingen: Alternative im Gemeinderat 12

Network Medien Cooperative: Ein Gespräch 15

Walter Moßmann: Radio Freies Wendland 16

Carl-Wilhelm Macke: Linke Basis-Katholiken 18

"Großer Ratschlag"

Klaus Vack: Kleiner Nachschlag 21

Christa Sonnenfeld: Linkes Helfer-Syndrom 23

Dan Diner: Sinn und Unsinn 24

Rolf Schwendter: Die Linken und der "neue Mensch" 24

Robert Detobel: Linke Therapeuten 26

Sylvia Strasser: Medien-Euphorie 28

Günter Pabst: Kultur-Info 29

Harald Kandler: Gegen das Atomprogramm 30

Micha Brumlik: Krieg und Frieden 31

Joachim Hirsch: SB kaputt? 33

Zeitdienst: Züricher Jugendbewegung 35

Günther Schröder: Zum Mord an Walter Rodney 36

Dieter Göbel: Stollwerck-Konflikt 37

Kleinanzeigen 11

Veranstaltungskalander 39

Betrifft: Juli-"links"-Artikel "Bericht über das Tribunal § 218"

Bei diesem Artikel wurden durch ein Versehen bei der Endkorrektur die Autorinnen nicht genannt: Es sind Sabine Grethlein, Andrea Hauser, Gabriele Weiherich.

Wir bitten um Entschuldigung. Auf Wunsch der Autorinnen verweisen wir außerdem darauf, daß es sich um eine von der Redaktion gekürzte Fassung des Beitrags handelt. "links"-Redaktion

"Golpe duro" in Bolivien

Die Nachricht von der neuen Rebellion der bolivianischen Streitkräfte am 17. Juli löste den obligaten Kommentar aus, es handele sich nun wohl um den 200. Putsch in der Geschichte dieses unruhigen südamerikanischen Landes – so etwas wie ein normaler Zwischenfall also, der politischen Folklore zuzuordnen. Inzwischen zeigen sich auch bürgerliche Zeitungen entsetzt über die Blutorgien der Militärs, die alle Grenzen des Vorstellbaren überschreiten.

Die bolivianische Linke mußte mit einem Putsch rechnen, der von der Militärspitze offen vorbereitet und im vorhinein angekündigt und gerechtfertigt worden war. Sie wußte auch, daß es sich nicht um eine Wiederholung des kläglich gescheiterten Abenteuers des Obersten Natusch vom November 1979 handeln würde – daß die Militärs eine harte Konfrontation, einen "golpe duro" anzielten. Dennoch ist sie vom Ausmaß der barbarischen Repression, die deutlich die Handschrift der argentinischen "Sicherheitskräfte" trägt, überrascht worden.

Nach der Besetzung von Regierungspalast und Gewerkschaftszentrale durch paramilitärische Greiftrupps wurde eine systematische Verfolgung gegen die Führer der Gewerkschaftsbewegung, der linken und demokratischen Parteien, gegen die mit dem Demokratisierungsprozeß sympathisierenden Journalisten, Priester und Intellektuellen in Szene gesetzt. Wichtige Exponenten der bolivianischen Linken fielen in die Hände der Repressionsorgane, grausam gefoltert wie Juan Lechin, der Führer der bolivianischen Gewerkschaftszentrale, bestialisch ermordet wie Marcelo Quiroga Santa Cruz, als Hauptankläger im parlamentarischen Untersuchungsverfahren gegen die Verbrechen der Banzer-Regierung bei den Militärs besonders verhaßt, verschwunden wie die 15 bei der Erstürmung der Gewerkschaftszentrale gefangenen Mitglieder des gewerkschaftlichen Exekutivkomitees. Wo sich der Widerstand der Bevölkerung organisierte, in den Bergwerksdistrikten, in den ärmeren Vierteln von La Paz und auf dem Lande, wurde mit Luftangriffen und militärischer Besetzung Krieg gegen das eigene Volk geführt.

In den letzten Monaten hat sich die für Bolivien neue Dimension des Terrors bereits angedeutet. Seit dem durch eine beispielhafte Massenmobilisierung erzwungenen Rückzug des Putschobersten Natusch konnten die reaktionären Teile des Militärs die verlorenen Machtpositionen systematisch zurückerobern. Die Übergangsregierung Lidia Gueiler mußte die Umbesetzung aller Kommandoposten in den Streitkräften nach den Direktiven des Generals García Meza vornehmen, demokratisch und institutionalistisch eingestellte Offiziere wurden aus dem Wege geräumt. Schließlich wurde die im Chile der Unidad Popular erprobte Strategie der Destabilisierung durch gezielten und ungezielten Terror angewandt: Bombenanschläge in den Wahlveranstaltungen demokratischer Parteien und in Fabriken, Attentate gegen Politiker der UDP, der Mord an dem Jesuitenpater Luis Espinal, Direktor des wichtigsten Presseorgans der Linken. Dies alles gab eine Vorahnung von dem Terror, der nach dem drohenden Putsch zu erwarten war, und der heute nicht nur von den Streitkräften, sondern von etwa 2.500 nach argentinischem Vorbild organisierten paramilitärischen Spezialisten ausgeübt wird. Die überdeutliche argentinische Präsenz in diesem Putsch, nicht nur die schon traditionelle Hilfe des großen Bruders Brasilien, zeigt, wie sehr sich die reaktionären Regimes des südamerikanischen "Cono Sur" durch den Demokratisierungsprozeß der letzten 2 1/2 Jahre in Bolivien gefährdet sehen. Sieben Jahre Banzerdiktatur hatten es nicht vermocht, die kämpferische bolivianische Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Durch den Hungerstreik der Bergarbeiterfrauen im Januar 1978 wurde eine Massenbewegung ausgelöst, die zum Ende der Banzerherrschaft führte. Trotz der Desillusionierung durch immer wiederholte Wahlen, in denen ein Sieg des Wahlbündnisses UDP zuerst durch Fälschungen verhindert wurde, und die Erfahrung der realen Ohnmacht des Parlaments und einer sich verschärfenden ökonomischen Krise wurde die "demokratische Öffnung" von den Massen begrüßt. Sie brachte einen Prozeß der Reorganisierung und neuen Orientierung von Parteien und Gewerkschaften, und sie brachte vor allem eine neue politische Aktivierung großer Teile der jahrzehntelang gelähmten Bauernschaft, die sich aus dem "Pacto militar-campesino" löste. Erstmalig integrierte sich eine breite autonome Bauernorganisation in die Gewerkschaftsbewegung. Dieses Erwachen des "schlafenden Riesen" (60% der Bolivianer leben auf dem Lande) und die Annäherung großer Teile der Bauern an die radikale Arbeiterbewegung stellte eine ernste Bedrohung für die herrschende Oligarchie dar – möglicherweise die ernsteste seit der Revolution von 1952. Trotz aller ökonomischer Probleme hätte sich dieser Prozeß unter einer vom Volk mehrheitlich gewählten Regierung fortgesetzt, seine Ausweitung und Vertiefung hätte auch auf die Nachbarländer ausstrahlen können und die Stabilität der Diktatur des "Cono Sur" bedroht.

Die widersprüchliche Haltung der USA zur jüngsten Entwicklung in Bolivien kann hier nicht analysiert werden. Gerade die Tatsache, daß die putschenden Militärs nicht einmal die Unterstützung einer starken bürgerlichen Partei oder die Abwehr einer unmittelbaren kommunistischen Gefahr zu ihrer Rechtfertigung ins Feld führen konnten, mag zur entschiedenen Ablehnung des Putsches geführt haben, der sich auch die Bundesregierung anschloß. Daß zwei Parteien des siegreichen Wahlbündnisses UDP zuvor die Unterstützung der Sozialistischen Internationale gesucht hatten, ist sicher für die bisherige Haltung der SPD von Bedeutung gewesen. Nur Sektierer können die sozialdemokratische Verurteilung des Putsches für unerheblich halten – aber man muß zugleich darauf hinweisen, daß nur die Rückständigkeit Boliviens und das Fehlen starker Interessen der deutschen Großindustrie in diesem Lande ideologische Sympathien der SPD für die reale Politik der Bundesregierung relevant werden lassen. Die Zustände im benachbarten Argentinien, dessen "Experten" den Putsch mitgeplant und durchgeführt haben, sind um nichts humaner und demokratischer – das hindert

die Bundesregierung nicht an Atom- und Waffengeschäften mit Argentinien und an einer schikanösen Diskriminierung der Verfolgten aus dem argentinischen Widerstand. Bundesdeutsche "Realpolitik" wird in diesem Falle nur noch von der sowjetischen überboten, die sich zugunsten guter Wirtschaftsbeziehungen jeder Verurteilung des Videla-Regimes enthält.

So sehr wir die gegenwärtigen Erklärungen der SPD und der Bundesregierung zu Bolivien begrüßen, so wenig dürfen wir erwarten, daß diese Haltung ohne beständigen Druck der Linken (gerade der Linken in der SPD und in den Gewerkschaften) einige Tage oder Wochen überdauern wird. Wenn sich der Protest wieder auf eine kurze Kampagne beschränkt, wird bundesdeutsche Politik schnell wieder von anderen bestimmt werden – im Falle Boliviens ganz sicher von der ökonomisch mächtigen deutschen Kolonie, die schon den Banzer-Putsch von 1971 mitgetragen und finanziet hat. Konsequente Boykottmaßnahmen gegen die als Besatzungsarmee gegen das eigene Volk wütende Militärclique können zwar angesichts der Unterstützung durch angrenzende Diktaturen nicht unmittelbar ihren Sturz bewirken – vielleicht aber dazu beitragen, daß der geschlagene, aber nicht zerschlagene Widerstand in Bolivien die Initiative zurückgewinnt.

K.M./H.N

"Alle Militärs sind Freunde ..."

Auf der vordergründigen Ebene von Wahlen und parlamentarischen Zwei-, Drei- oder Vierjahresmärkten in Südamerika scheint es heute so, als würden die südlichen Länder (Argentinien, Uruguay und Chile) nunmehr wie ein viel zu großer Soldatenstiefel an dem Leib des Subkontinents sitzen, während im Norden (Brasilien, Peru, Kolumbien, Eduador und Venezuela) ernsthafte Bestrebungen im Gange wären, es nun doch wieder mit der Demokratie zu versuchen.

Das Bild war jedoch schon mal anders – fast seitenverkehrt. Zwischen 1964 und 1973/76 versuchten Chile, Argentinien und Uruguay die Demokratie. Letzteres Land firmierte in der westlichen Presse ob seiner stabilen Verhältnisse als "die Schweiz Lateinamerikas". Und in Brasilien, Ecuador putschten die Generäle, während Kolumbien gerade einen blutigen, jedoch keinen sozialen Wandel zeitigenden Bürgerkrieg beendet hatte.

Die politische Demokratie hat unter den jetzigen kapitalistischen Modernisierungsbedingungen in Lateinamerika keine echte Chance. Sie hätte diese auch nicht, wenn eine einheimische Bourgeoisie statt der multinationalen Unternehmen den Produktionssektor beherrschte. Das Übel für die Demokratie liegt darin, daß die geschichtlichen Bedingungen, unter denen parlamentarische Demokratie und kapitalistische Wirtschaft leidlich vereinbar waren, nicht mehr wiederkehren werden. Der Weltmarkt ist einstweilen zu integiert und schreibt die Profitmöglichkeiten vor. Jedes Land, das historisch verspätet den Anschluß an westliche Zustände herzustellen versucht, muß das frühkapitalistische Maß an Repression und Knebelung mehrfach potenzieren, ohne auf die Ausgangs- und Auswegmöglichkeit der Kolonialisierung noch zurückgreifen zu können.

So werden die Demokratisierungsversuche in Südamerika einstweilen wohl jene Funktion erfüllen, die ihnen André Gunder Frank zuschreibt: "Lateinamerikanische Regierungen übertrugen auch nationale Unternehmen und Kapital in Auslandshand – als Bezahlung für die Anleihen. Wenn eine Regierung nicht willens oder politisch nicht in der Lage war, so zu handeln, hob schon bald ein Militärputsch mit metropolitaner Unterstützung eine Militärregierung in den Sattel, die nur drei oder vier Jahre benötigte, um im Namen der ausländischen Finanziers genügend Konzessionen über 99 Jahre Laufzeit an die ausländischen Metropolen zu vergeben, so daß anschließend auch wieder ein demokratisches Regime regieren konnte – eine Tradition, die die Militärdiktaturen unserer Tage unter Führung von Uncle Sam noch modernisiert haben." (Aus: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, S. 288).

Argentinien und Brasilien scheinen jene Länder zu sein, die von der Größe und von den wirtschaftlichen Möglichkeiten her noch am ehesten von einer Krise in der westlichen Welt profitieren könnten, diesen Anschluß herzustellen. Andererseits haben Bolivien und Paraguay bisher relativ wenig US-amerikanisches und europäisches Kapital angezogen. Keines der beiden Länder besitzt einen Zugang zum Meer. Bolivien verlor diesen Zugang samt dem Gebiet, in dem die Salpetervorkommen lagerten, 1873 an Chile (sog. Salpeterkrieg zwischen Peru/Bolivien und Chile). In beiden Ländern rangeln die Möchtgern-Großmächte Brasilien und Argentinien um Einfluß.

Brasilien scheint es gelungen zu sein, Paraguay durch das gemeinsam zu erbauende und zu nützende Wasserkraftwerk Itaipu (geplante Fertigstellung dieses größten Wasserkraftwerkes der Welt im Jahre 1989) an dem Grenzfluß Parana energiepolitisch und durch die Zurverfügungstellung einer Freizone im Hafen Paranagua auch verkehrspolitisch an sich zu binden. Paraguay löste sich damit aus der bisherigen einseitigen Abhängigkeit Argentiniens, über dessen Hauptstadt Buenos Aires es bis dahin seine landwirtschaftlichen Produkte zu exportieren gezwungen war. Der Mittelstand erhofft sich von der zaghaften Liberalisierung Brasiliens auch eine politische Auflockerung der 26jährigen Stroessner-Diktatur.

Der Einfluß Brasiliens erklärt vermutlich auch, weshalb ihr 1971 putschender Mann, General Banzer, sich in Bolivien zum Demokraten zu mausern sucht. Unter Banzer war der jetzige Putschanführer, General Meza, in Ungnaden gefallen. Er wurde in die entlegensten Gebiete Boliviens abkommandiert und dürfte dort seine Kontakte zu den Kokainhändlern geknüpft haben. Die Probe für seine Machtergreifung war der am Widerstand der Bevölkerung und an der verweigerten sofortigen diplomatischen Anerkennung durch die anderen Länder der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) gescheiterte Putsch des Obersten Natusch Busch am 1. November 1979 (der Oberst und der General sind seit ihrem gemeinsamen Studium an der Militärschule vor 30 Jahren gute Bekannte!). Die Grausamkeit des Vogehens mag ihnen, den Politikern, dokumentiert haben, daß die Generäle hinter dem Oberst-Busch nicht mehr daran dächten, das Wechselspiel von Parlamentarismus und Diktatur fortzusetzen, sondern sich auf lange Zeit an der Staatsspitze einzurichten suchten. Indes wurden die Politiker als etwaige notwendige Verbündete noch geschont. Diesmal nicht mehr.

Gerade das Bestehen zweier rivalisierender Hauptfraktionen – eine pro-argentinische und eine pro-brasilianische, wobei letztere das parlamentarische Spiel vorerst mitspielen will, während erstere offen eine Diktatur der chilenischen oder argentinischen Art anstrebt – trägt zusätzlich zur blutigen Repression bei. Unter dem Zwang, die Ruhe – und dies kann nur Friedhofsruhe sein – herzustellen, um zumindest von einigen Staaten die diplomatische Anerkennung zu erlangen und zudem den Führungsanspruch gegenüber der rivalisierenden Fraktion zu behaupten, die sich eventuell als "gemäßigtere" Alternative mit Blick zum Ausland hin darstellen könnte und dann das Versprechen abgäbe, "möglichstbald-zu-demokratischen-Verhältnissen-zurückkehren-zu-wollen", während sie die Vernichtung der gemeinsamen, allzu gefährlichen Gegner dem Rivalen überläßt, werden die Juli-Putschisten versuchen, alle einigermaßen bedeutenden Oppositionsherde in kürzester Zeit zu erledigen. Wie 1973 in Chile werden auch in Bolivien die Regimegegner in die Fußballstadien gepfercht. Meza bekennt sich inzwischen zu seinem Vorbild Pinochet: "Alle Militärs sind Freunde, sie haben die gleiche Ausbildung". Er kündigt an, daß er 20 Jahre an der Macht bleiben werde: "Die neuen Generationen werden von mir ein Land erben, das vom marxistischen Krebs geheilt ist."

R.D.

Spendet für Bolivien

Die Opposition gegen das Militärregime in Bolivien, besonders die streikenden und kämpfenden Minenarbeiter brauchen unsere Solidarität und auch unsere finanzielle Unterstützung.

Das Sozialistische Büro hat aus seinem Lateinamerikafonds DM 3.000 an die bolivianische Opposition überwiesen. Wir hätten gerne mehr gegeben, aber der Lateinamerikafonds ist in letzter Zeit zusammengeschrumpft, weil er mehrfach in Anspruch genommen wurde, aber wenig Spenden eingegangen sind.

Wir rufen deshalb zu Spenden auf mit dem Kennwort "Bolivien" auf das Sonderkonto Hannelore Vack, Offenbach, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach Nr. 17439961 (BLZ 50210111; Die BfG Offenbach hat das Postscheckkonto Frankfurt Nr. 172480-600).

Bitte überweist Eure Spenden sofort, denn finanzielle Hilfe für die bolivianische Opposition ist dringend erforderlich!

Die Sozialistische Internationale in Lateinamerika

Lateinamerika ist nach wie vor die wichtigste Investitionsregion des westeuropäischen, insbesondere des BRD-Kapitals. Neuerdings tritt auch Japan verstärkt in Erscheinung. Beide treten in Konkurrenz zu den US-Kapitalien, deren Interessen trotz gelegentlicher "Verstimmungen" und "Verschnupfungen" auslösender Abkühlungen zwischen Washintons und Santiago, Buenos Aires oder Brasilia usw. auf der politischen Ebene mit repressiven Militärregimes verflochten sind. Die zunehmenden Aktivitäten der Sozialistischen Internationale in diesem Subkontinent (und in geringerem Maße in Afrika) scheinen auf eine alternative, mehr politische Demokratie erlaubende Strategie zu zielen.

Die Aktivitäten der SI in Lateinamerika

Was sich zunächst aus den Konferenzen und Kongressen der SI an handfester Politik bestimmen läßt, bleibt auf "atmosphärische" Fortschrittlichkeit beschränkt, auf eine Offenheit gegenüber sozialen, auf nationale, kulturelle Eigenständigkeit Wert legenden Strömungen, die sich politisch durch populistische Timbres eine Hörer- und Gefolgschaft zu schaffen versuchen. Immerhin geht die Offenheit so weit, wohlwollend die Kooperation gemäßigter, zur Sozialdemokratie tendierender Politiker wie Robelo innerhalb der Sandinistischen Front hinzunehmen, oder der eng mit Kuba zusammenarbeitenden New Jewel-Bewegung auf Grenada Gastrecht innerhalb der SI zu gewähren. Eine internationalistische Öffnung nach links also? Es bleiben aber auch rechte sozialdemokratische Parteien wie die Demokratische Aktion Venezuelas oder die peruvianische APRA, die sich in der Vergangenheit nicht mal mit reformistischem Ruhm bekleckert, umsomehr jedoch mit erklecklichen Bestechungsgeldern berühmt gemacht haben, innerhalb der SI vertreten.

Ist das Zugeständnis – und sei es nur verbal – an die kulturelle Besonderheit der lateinamerikanischen Länder eine schiere Variante des keep smiling des US-business, das sich zum blutig-finsteren Grinsen der Pinochets und Videlas, der Somozas und Garcias verzerrte? Oder bezweckt die Strategie – gesetzt, man könne von Strategie, auf jeden Fall von mehr als Taktieren reden – mehr als spektakulär progressistische Kommuniqués, spektakulär aber nur im marmornen Schweigen der Demokratie in Lateinamerika?

Attraktivität für den Mittelstand

In ihren Stellungnahmen grenzt sich die SI vom Imperialismus ab, der in Lateinamerika mit den Namen amerikanischer Großkonzerne wie ITT, des Kupfergiganten Kennacott und der in ihrer kulturellen Zerstörungswirkung noch unmittelbarer Nerv und Magen der traditionellen Gesellschaft – und innerhalb deren der traditionellen Gemeinschaften – verletztenden Agrarwirtschaftkonzerne wie International Basic Economy Corporation (Rockefeller), General Foods, usw. verbunden wird. Diese Konzerne bedrohen über ihre Vertriebsgesellschaften außerdem die Existenz großer Teile des mittelständischen Handels. Die SI grenzt sich weiter auch von den Kommunisten ab. Das eine und das andere wie auch ihre Rücksichtnahme auf den Nationalismus kleinbürgerlicher Prägung, der auch nicht völlig vor den Kasernentoren haltmacht (Velasco 1968 in Peru, General Torres in Bolivien, Oberst Arbenz Anfang der 50er Jahre in Guatemala, um einige Beispiele zu nennen), ihre erklärte Gegnerschaft zu den repressiven, erkennbar mit den US-Wirtschaftsinteressen verfilzten Militäroligarchien macht die Sozialdemokratie, mit dem historisch frischen Glanz der Wohlfahrtleistungen schwedischer und bundesdeutscher Modelle versehen, für den Mittelstand attraktiv.

Was die SI zu fördern scheint, sind politische Bündnisse, deren Bandbreite sich mit der Breite des Spektrums von den herrschenden Cliquen ausgegrenzter Schichten ändert. In den mittelamerikanischen Staaten von Nicaragua und El Salvador wird die örtliche, von den wenigen, den Staat als Privateigentum verwaltenden Familien ins Abseits gedrängte Unternehmerschaft einbezogen. In südamerikanischen Ländern, die entweder den take off geschafft haben, oder geachtet werden, ihn in absehbarer Zukunft zu schaffen (Brasilien, Venezuela und vielleicht Ecuador), die folglich einen beträchtlichen Anstieg der Beschäftigung im sekundären Sektor verzeichnen, tritt die Parteiarbeit oft hinter die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit zurück.

Die Gewerkschaften

Auch hier hebt sich die Politik des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IFBG) sowohl vom Kommunismus wie von den US-amerikanischen Gewerkschaften ab. Letztere: die American Federation of Labor (AFL) und der Congress of Industrial Organizations (CIO) traten schon 1969 aus dem IBFG aus, verblieben aber in deren lateinamerikanischer Regionalorganisation, der Organizaciòn Regiònal Interamericana de Trabajadores (ORIT), innerhalb deren sie kraft ihrer Finanzmasse einen bestimmenden Einfluß ausübten.

In jüngster Zeit hat ein Gerangel um Einfluß innerhalb der ORIT zwischen der AFL-CIO und dem IBFG eingesetzt. Auch hier schlägt sich das konkret wahrnehmbar nur in personal-, satzungs- und ausschußpolitischen Positionskämpfen nieder, die als Kommuniqué und Ausschließung faul und braun vom Baum der Sozialdemokratie abgefallener Gewerkschaften wie jene Paraguays, El Salvadors und Guatemalas (beim Madrider IBFG-Kongreß im November 1979) an die Öffentlichkeit drängen. Taktisch wird das zuerst von der AFL-CIO ausgenutzte satzungsmäßige Paradox des Verbleibens innerhalb der ORIT bei gleichzeitigem Austritt aus dem Dachverband IBFG nun gegen sie gewendet. Unter Umgehung der AFL-CIO wurde im Rahmen einer IBFG-Konferenz auf Initiative kanadischer Gewerkschaften eine Unterkommission für die Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Lateinamerika gebildet, die im Juli 1979 ein Hilfprogramm für Nicaragua beschloß.

Wiederum: Diese Maßnahmen beziehen sich allemal auf bislang ausgeprägte Agrarstaaten ohne nennenswertes Industrieproletariat. Geht man davon aus, daß wo Rauch auch Feuer schwelt, muß man sich die Frage stellen, ob es sich hier um belanglose Nuancen oder um eine ernstzunehmende Alternative zu US-amerikanischen Strategien geht. Die Frage kann angesichts der sehr unterschiedlichen sozialen Bedingungen der jeweiligen lateinamerikanischen Länder außerdem nur Land für Land überprüft werden. Sie stellt sich für ein Land mit einer historischen Gewerkschaftsbewegung und einer parlamentarischen Tradition wie Chile anders als für Argentinien. Anders für das aufgrund seiner Agrarexporte naturgemäß in Konkurrenz zu den USA stehende Argentinien, als für Brasilien mit seinen sozialen und regionalen Ungleichgewichten. Erst recht anders für die meisten größeren südamerikanischen Staaten als für die kleineren mittelamerikanischen (abgesehen von Mexiko selbstverständlich) und für die Mini-Staaten in der Karibik.

Drei große Fragenkomplexe lassen eine allgemeinere Behandlung zu. Zu diesen wird hier nicht der Export von Rüstungsgütern gerechnet, weil die keynesianische Lösung, dem Diktat der Zahlungsbilanz (Deflationierung und Unterbeschäftigung) im Exportland zu entgehen und die Diktatur im Importland zu stärken, nicht isoliert von den gesellschaftlichen Kraftverhältnissen gesehen werden kann. Zum anderen treibt die soziale Frage in Lateinamerika den Keil quer durch die Armee hindurch. Die Wirkungen des Militärputsches des Triumvirats Mesa, Bernal und Terraza in Bolivien, deren blutiges, offen mörderisches Vorgehen gegen alle, die nicht äußerst rechts stehen, könnte durchaus zu einem Gegenputsch innerhalb der Armee führen. Hinzu kommt: Die Dialektik des Rüstungsexportes hat sich über den politischen Gegensatz zwischen Ost und West auch auf die sich sozialistisch nennenden Länder ausgedehnt. In wirtschaftlicher Hinsicht stellt die Lösung der Ausfuhr von Rüstungsgütern das Gemeinsame zwischen Ost und West in ihren Beziehungen zu Süd dar.

Die drei Fragenkomplexe betreffen das sozialregulative Modell, das unerklärtermaßen die SI anstrebt; zweitens die Lösung, die dieses Modell für das brennendste und die soziale Dynamik in Lateinamerika bestimmende Problem eventuell zu bieten hätte; drittens die Bedeutung dieser Aktivitäten im weltpolitischen Zusammenhang.

Das sozialregulative Modell

Es scheint, als ob in jenen Ländern, die einen gewissen Industrialisierungsgrad erreicht haben (Brasilien, Chile, Venezuela) das europäische Modell des als Lohnkampf entschärften und kalkulierbar gestalteten Klassenkampfes geprobt werden soll. Soll damit

vermieden werden, daß eine politische Polarisierung sozi-ökonomisch unterschiedlicher Schichten gegen die repressiven, korrupten, den nationalen Belangen schadenden Militärregimes stattfindet? Allerdings: Haben die Wahlen in Lateinamerika auch nicht die objektive Funktion, eine solche Polarisierung bis zum nächsten Putsch wieder aufzuweichen?

Das sozialdemokratische Modell funktioniert jedoch nur in Zeiten der gleichzeitigen Erzielung von Wachstum und Vollbeschäftigung. Nur dann kann eine sozialdemokratisch ausgerichtete Regierungspartei innerhalb eines kapitalistischen Systems ihre soziale Zielsetzung als Verteilungspolitik halbwegs erfüllen. Diese Lage ist nirgendwo in Lateinamerika gegeben und scheint auch sonstwo einstweilen zur abgeschlossenen Phase des Kapitalismus zu gehören. Im Prinzip wird sich das Dilemma der Unidad Popular wiederholen. Das Wahlbündnis – ob innerhalb der Partei vollzogen, oder ob interparteilich – wird sich an den Nahtstellen des nur unter Druck des gemeinsamen reaktionären regierenden Feindes zusammengehaltenen Bündnisses spalten.

Die Breite der Wählerschichten, der Erfolg solcher Parteien, hält nur solange vor, wie diese Parteien unter den jetzigen Bedingungen der Mißerfolg beschert wird, elektoralistisch erfolgreich zu sein. Nur als Sammelbecken oppositioneller Kräfte scheint das Konzept aufgehen zu können. Der eigentliche soziale Kampf müssen dann die Gewerkschaften führen. Ein bekannter Führer der brasilianischen Metallarbeitergewerkschaft, Luis Inacio da Silva, äußert sich in dem Sinne: "Die Einführung demokratischer Freiheiten in Brasilien führt über die Organisierung und die Stärkung einer unabhängigen Arbeiterbewegung. Das autoritäre Regime hat sehr wohl neben den parlamentarischen Aktivitäten unverändert fortbestehen können, es wird aber nicht vor dem Aufstieg authentischer und unabhängiger Arbeiterorganisationen bestehen können." (Le Monde Diplomatique – Februar 1980).

Die Landbevölkerung

Zwar hat die Brandt-Kommission aus dem Scheitern der "Grünen Revolution", die vom Weltbankpräsidenten McNamara propagiert wurde, die Notwendigkeit struktureller Reformen abgeleitet und damit politische Gesichtspunkte gegenüber ökonomistischen in den Vordergrund gerückt, jedoch lassen die Ausbildungsprogramme des wichtigsten Instruments der SI, der Friedrich-Ebert-Stiftung, kein Konzept erkennen, wie das Problem der entwurzelten Landbevölkerung, der Indios insbesondere, gelöst werden kann. Die US-amerikanischen Agrarkonzerne bestimmen diesen verheerenden Entwicklungsverlauf, der Verslummung, die uns in den Bildern der Kindergangs in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota, in den Elendsvierteln der Wachstumspyramide Sao Paolo oder von Mexico City beschämend vor Augen tritt. Diese vom Agrobusiness den westeuropäischen und japanischen traditionellen Industriekapital in den Rachen geworfene industrielle Reservearmee ist letzteren gleichwohl kein eindeutiges Geschenk. Das Massenelend kann in seinem quantitativen Ausmaß langfristig ein Faktor profitgefährdender politischer Unkalkulierbarkeit werden, der nicht von einem an die lateinamerikanischen Verhältnisse angepaßten, letztendlich aber doch an westeuropäische Verhältnisse anlehnenden Modell integriert werden kann. Und die dominierende Kraft der sozialen Dynamik könnte dann rasch wieder ihr genuines politisches Modell diktieren: Militäroligarchien.

Von der katholischen Kirche und ihren kirchlichen Basisgemeinschaften scheint dagegen der einzig ernstzunehmende Versuch (siehe dazu den Beitrag Carl-Wilhelm Mackes in dieser Nummer) auszugehen, dieses Problem in Angriff zu nehmen.

Weder der Guerilla noch den orthodoxen kommunistischen Parteien war es gelungen, in ausreichendem Maße ihr erklärtes Subjekt: die Landbevölkerung und das – oft unterrepräsentativ in bezug auf die Gesamtbevölkerung – Proletariat zu mobilisieren. Es mag sein, daß die Bemühungen der Kirche und der Sozialdemokratie diese Aufgabe besser lösen als es mit den avantgardistischen Strategien der ersteren möglich war. Es mag aber auch sein, daß das letztendliche Scheitern dieser reformistischen Bemühungen eine Wiederaufstehung revolutionärer Strategien herbeiführt, in die die Massen auf breiterer Basis einbezogen werden.

Weltpolitische Gesichtspunkte

Kann die Sozialistische Internationale einen dritten, westeuropäischen Weg zwischen Washington und Moskau definieren. Die logische Eleganz bipolarer Erklärungsschemata soll nicht dazu verführen, die Möglichkeit eines dritten Weges auszuschließen. Auch eine Fortschreibung des Inventars der vergangenen Politik wird sich dann als unzulänglich erweisen, wenn wirklich neue strukturelle Bedingungen vorliegen. Im westlichen Lager zeichnet sich deutlich die Möglichkeit einer Abkoppelung Westeuropas von der US-amerikanischen Führungsrolle ab. Die Feststellung leitet sich nicht so sehr aus Phänomenen wie der verstärkten deutsch-französischen Konzentration, der Reise Schmidts nach Moskau und nicht einmal der – allerdings schon bedeutsameren Tatsache – einer Annäherung zwischen Sozialdemokraten und der KPI und der am Jahresende in Budapest erfolgten Neueinschätzung – gerade in bezug auf die Dritte Welt – der Sozialdemokratie durch die kommunistischen Parteien des Ostens. Sie kann sinnvollerweise besser von der Frage her angegangen werden, ob die offenkundige Konkurrenz zwischen US-amerikanischem und westeuropäischem Kapital lediglich konjunktureller Art ist, oder aber ob sie nicht als langfristig sich verstärkender Widerspruch zu einem Strukturmerkmal der Beziehungen zwischen den USA und Europa wird. Europas Abhängigkeit von den Energie- und Rohstoffquellen der Dritten Welt ist das eine Glied der Relation. Das andere Glied sind die Westeuropa zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die verteuerten Importe auszugleichen. Diese Antwort, die in der bundesdeutschen Politik gegenüber den OPEC-Staaten bisher mit einigem Erfolg praktiziert wurde, scheint zu heißen: verstärkte Exporte, daher allerdings auch verstärkte Versuche, die Märkte der Dritten Welt wirtschaftlich und politisch in Einflußzonen zu integrieren, nötigenfalls auch militärisch, wie von Frankreich in den ehemaligen Kolonien Kamerun, Tschad und der früheren belgischen Kolonie Zaire vorgeführt. Militärische Marktsicherung ist jedoch nach wie vor für Westeuropa mit größeren Risiken behaftet als für die USA. Nicht umsonst wird in EWG-Kreisen der Plan einer "Marshall-Hilfe" für Drittweltländer gehandelt. Die Versuche mit einer europäischen Währungseinheit weisen in dieselbe Richtung.

Auch unter diesem Aspekt lohnt es sich, zu untersuchen, ob nicht die Aktivitäten der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika als Gegenstrategie-Entwurf zur bisherigen US-Politik gedacht ist.

Wir sollen den Fragen nicht ausweichen, die nicht zu unseren Antworten passen.

ROBERT DETOBEL

Subskription

Hejo Heussen

Weltmarkt und soziale Not

Über die Unsicherheit sozialer Sicherheit in der 3. Welt

Soziale Sicherheit bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit ist in Ländern der 3. Welt für den größten Teil der Bevölkerung soziale Unsicherheit – trotz oft ausgeklügelter Gesetzgebung.
Sozialpolitik ist mehr als hierzulande abhängig von weltwirtschaftlichen Konjunkturen, Strategien multinationaler Konzerne, Kämpfen zwischen Unternehmerklassen, Gewerkschaften und Parteien, ausgeliefert staatlichen Steuerungsversuchen im System nationaler Auseinandersetzungen und internationaler Ansprüche.
Heussen stellt Fragen nach dem Netz sozialer Sicherheit in der 3. Welt: Wie bestimmen die politökonomischen Abhängigkeiten Sozialpolitik? Welche Funktionen hat Sozialpolitik? Wer sind die Träger und was sind deren Interessen? Hier wird der Versuch gemacht, die Einflußfaktoren auf das System sozialer Sicherheit in ihrem historischen Wandel, ihrer Vielschichtigkeit und wechselseitigen Verzahnung empirisch und theoretisch zu fassen.
Am Beispiel Argentiniens erhält der Leser einen Einblick in die Eingriffsmöglichkeiten und Schaltstellen der sozialen Sicherungssysteme. Sozialpolitik in einem Land der 3. Welt wird lebendig und konkret. So kann dieses Buch als Orientierungshilfe dienen, will man Sozialpolitik in Entwicklungsländern einschätzen, dort Sozialarbeit machen, gewerkschaftliche Strategien mitbestimmen oder Entwicklungshilfeprojekte unterstützen – oder davon abraten.
„Ich möchte soziologische Phantasie entwickeln helfen für alle, die sich mit der Veränderung und mit möglichen Auswirkungen bestimmter ökonomischer und politischer Strategien in der 3. Welt beschäftigen. Der Zusammenhang zwischen individuellen Überlebensbedingungen und Entwicklung soll besser zu orten sein. Ich versuche, verständlich zu machen, wie viele Glieder die Kette hat, die etwa zwischen den Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem Tod eines Kindes in der Provinz Tucuman liegen. Ich möchte über die vordergründigen Erkenntnisse der Statistiken und Gesetzesvergleiche desillusionieren und so eine Grundlage liefern für einen Beitrag zur Theoriebildung über Reproduktionsbedingungen in strukturell abhängigen Ländern."

408 Seiten, Paperback 28 DM, ISBN 3-88227-044-6

Subskriptionspreis 22 DM bis zum 30.11.80

SOZIALPOLITISCHER VERLAG

Schlesische Str. 31, 1000 Berlin 36

Asyl

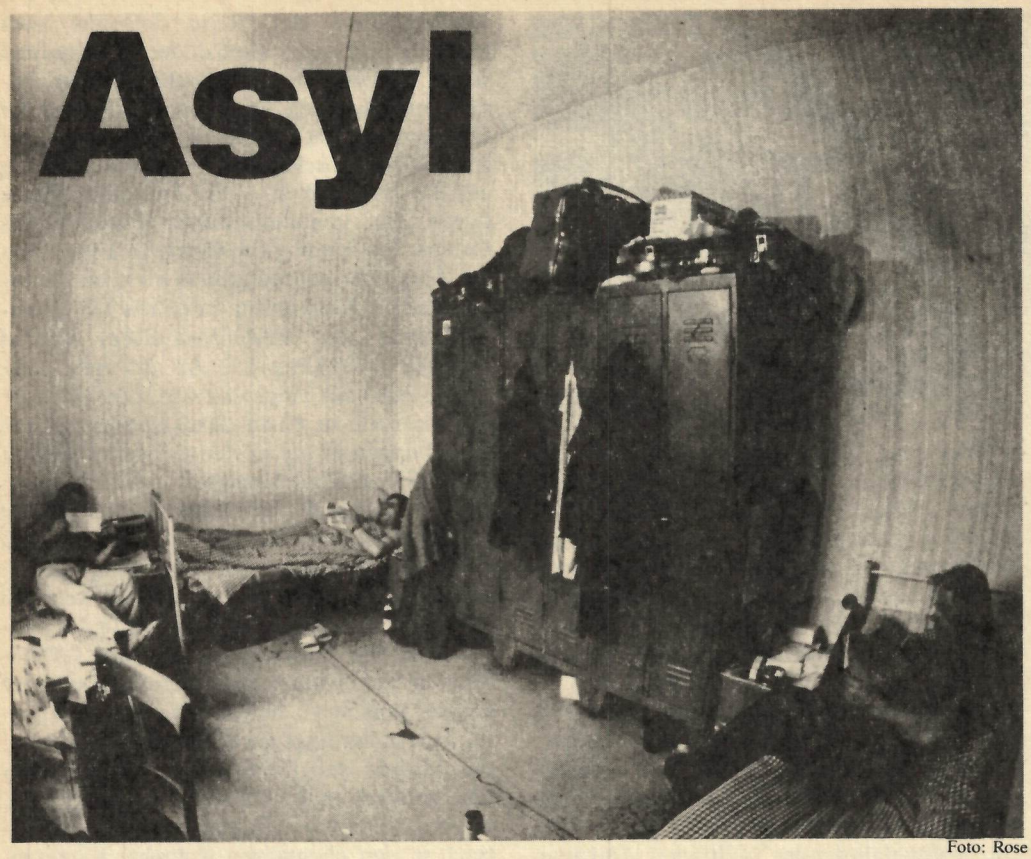


Foto: Rose

Bei kaum einem anderen Problem stellt sich die Frage nach dem Internationalismus der Linken deutlicher als bei der Asylantenfrage. Denn wer auf der Grundlage des Nationalstaates argumentiert, der wird nicht umhin kommen, sich in der gegenwärtigen Debatte auf die Seite derer zu stellen, die, um einer "Aushöhlung" des Asylrechts zu begegnen, dies auf Kosten der Zuwanderer tun. Sicherlich besteht ein Unterschied zwischen einer politischen Verfolgung und einer Auswanderung aufgrund unerträglicher wirtschaftlicher Verhältnisse. Der Unterschied besteht insofern, als der "politische" Asylant sich unmittelbar dagegen verhält, während der "wirtschaftliche" die Form des Entzugs wählt. Wer definiert aber die Unterschiede, die Übergänge und Überlagerungen? Und nehmen wir an, daß es tatsächlich den reinen "Wirtschaftsasylanten" gäbe, welche Bewertungskriterien müssen dann herhalten: Kriterien der Souveränität, des Rechtsstaates? Vergessen wir, daß die Länder, aus denen die Mehrzahl der Asylanten kommt, auch und wesentlich vom bundesrepublikanischen Kapital ausgeplündert werden, unser Reichtum mit dem dort produzierten Elend verbunden ist? Die Herrschenden und ihr Recht sorgen dafür, daß es für Kapital und Profite freien Verkehr gibt, daß wie selbstverständlich dafür gesorgt wird, die in jenen Ländern gemachten Profite abzuschöpfen und zu transferieren. Auch der Arbeitskraft sollte noch vor kurzem die Überwindung der Grenze erleichtert werden. Als dann statt Arbeitskräfte die Menschen kamen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Heimat zerstört und darüber hinaus durch den nachfolgenden politischen Konflikt das Leben dort unerträglich wurde, sollten die Grenzen, die für das abstrakte Kapital und die sinnlich kaum greifbaren Profite frei bleiben, abgeriegelt werden. Argument: das Asylrecht muß vor der Aushöhlung geschützt werden. Auf den ersten Blick ein schlagendes Argument. Linke, die den Zusammenhang von Ursache und Wirkung aber nicht ignorieren, sollen dies auch dann nicht tun, wenn der Zusammenhang sich über den kapitalistischen Weltmarkt herstellt und für sie nicht unmittelbar greifbar ist. Wir wollen in der nächsten Ausgabe der "links" – über den nachfolgenden "Fall" hinaus – einen größeren Beitrag zur Asylantenproblematik und zu den Manipulationen am Asylrecht und an der Asylpraxis bringen.

"links"-Redaktion

Hannah Bozkurt stammt aus der Südost-Türkei. Er bezeichnet sich selbst als Assyrer und leitet seine Herkunft aufgrund verschiedener bei der UNO hinterlegter Gebietsdokumente und seiner aramäischen Muttersprache ab, die heute von keinem anderen Volksstamm als den wenigen Überresten der heute lebenden Assyrer gesprochen wird.

Bozkurt ist 1976 durch eine christliche Organisation, die bereits in der Türkei für seine schulische Ausbildung Sorge getragen hatte, nach Deutschland gekommen, um ein Studium zu beginnen. Er hat in Regensburg Deutschkurse besucht.

In der Zwischenzeit hatte sich auch der Rest seiner Familie entschlossen, nach Europa überzusiedeln: seine Mutter, sechs Brüder und eine Schwester (sein Vater war inzwischen verstorben). Einige baten in Holland, einige in Schweden um Asyl, die anderen arbeiten als Gastarbeiter in Deutschland und Österreich, z.B. als Küster.

Bozkurt hat dann versucht, zu seiner Familie zu finden, und auch Asyl zu beantragen. Da hatte sich aber die holländische Regierung bereits entschlossen, keine Ausländer assyrischer Abstammung als Asylanden mehr aufzunehmen. Sein Antrag wurde abgelehnt.

Er fand Unterstützung und Hilfe beim Diakonischen Werk in Köln. Sie sorgten für die notwendisten Belange, Unterkunft und Verpflegung, und für einen Studienplatz für ihn an der Fachhochschule. Voraussetzung für das Studium an der Fachhochschule war der Besuch des Studienkollegs.

Als die holländischen und auch die schwedischen Behörden die Asylanträge seiner Familienangehörigen inzwischen positiv bearbeitet hatten, versuchte Herr Siller vom Diakonischen Werk nochmals mit dem Argument der Familienzusammenführung mit den holländischen Behörden zu verhandeln, da Bozkurts Mutter jetzt in Holland lebte. Er fuhr mehrmals zusammen mit Bozkurt nach Holland, aber alle Bemühungen waren vergeblich. Auch in Schweden, wo zwei Brüder Asyl gefunden hatten, wurde Bozkurt ausgewiesen. Über alle diese zeitraubenden Auslandsaufenthalte fand Bozkurt nicht die ausreichende und notwendige Konzentration für sein Studium, hinzu kam eine schwere Nierenerkrankung, die eine komplizierte Operation erforderlich machte, sodaß Bozkurt mit all diesen physischen und psychischen Belastungen am Studienkolleg zum Scheitern verurteilt war.

Im Oktober vergangenen Jahres, nachdem er das Studienkolleg verlassen mußte, stellte Bozkurt, als es für ihn keine andere Möglichkeit mehr gab, in Deutschland einen Antrag auf Asyl:

In seinem Heimatland, der Türkei, lebt inzwischen niemand mehr aus seiner engeren Familie, seine ganze Familie ist in Europa zerstreut und es gibt für ihn keinen Grund, in die Türkei zurückzukehren. Außerdem hatten die türkischen Behörden in der BRD, den diplomatischen Vertretungen zu erkennen gegeben, daß sie keinen Wert auf eine Rückkehr von Bozkurt legen, seit zwei Jahren wurde sein Ausweis nur mit Touristen-Visa verlängert, die Bozkurt viel Geld kosteten. Als er nach Ankara, an seine zuständige Heimatbehörde direkt schrieb, erhielt er mehrfach überhaupt keine Antwort, oder man fragte ihn nach genauen Angaben über seinen türkischen Wohnsitz. Als Bozkurt die Adresse eines entfernten Verwandten angab, die in einem überwiegend von Angehörigen der ethnischen Minderheit der Assyrer bewohnten Gebiet liegt, bekam er danach auch keine Antwort mehr. Außerdem läßt der Vorname von Hannah Bozkurt erkennen, daß er kein Mohammedaner, sondern ein Christ ist, was der Grund für eine noch weitergehende Diskriminierung ist als im Falle der Kurden, die zwar auch eine ethnische Minderheit sind, eine eigene Sprache haben, aber immerhin gleichen Glaubens wie die Türken sind. ("Bozkurt" ist der offiziell registrierte "getürkte" Name für den ehemaligen "Yuhanum bar Numan"; dieser Name ist der ursprünglich assyrische).

Dieses sind unter anderen die Gründe, auf denen der Antrag auf politisches Asyl in der BRD von Bozkurt basieren.

Nachdem Bozkurt den Asylantrag gestellt hatte,

Aktuelles Material
zur
Ausländerarbeit
im Verlag 2000:

"Ausländer im Deutschen Schul(un)wesen"

Info Schule, Heft 41
112 Seiten, DM 8,–.

Bezug: Verlag 2000, Postfach 591,
6050 Offenbach 4, (Scheck oder Briefmarken beilegen).

Inhalt:
Hans Heinz Heldmann: Unsere ausländischen "Mitbürger" ● Zahlen und Fakten ● Dora Waidhaas – de la Vega: Ausländische Lehrer – Ausländer im Schuldienst? ● Wolfgang Krebs: Psycho-soziale Impressionen an einer hessischen Berufsschule ● Sabine Schommer: Exemplarisches zur Grundschule ● GEW Schulgruppe Lersnerschule Frankfurt: Zum Ausländerproblem an einer Hauptschule ● Unterrichtsboykott an der Karmeliterschule Frankfurt ● Eine spanische Kollegin: Spanischer Muttersprachenunterricht an einer Grundschule ● Hausaufgabenhilfe in der Diskussion ● Joachim S. Hohmann: "Geh mir ja nicht zu den Zigeunern" – Arbeiten 12jähriger Schüler zur Vorurteilsproblematik ● Halo Lehnard: Ein Erlaß und die Realität ● Detlef Lüderwald: Tendenzen der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik ● Bibliographie, Unterrichtsmaterialien, Kontaktadressen

Gefahr des Giftkrieges in Eritrea

Die 'Eritrean Relief Association' und ihr deutscher Zweig das Eritrea-Hilfswerk in Deutschland (Postf. 180338, 5000 Köln) weisen auf die sowjetisch-äthiopischen Vorbereitungen für einen Giftgaskrieg gegen die eriträische Befreiungsbewegung hin, der, wenn in Gang gesetzt, große Teile des eriträischen Volkes vernichten und über Generationen fortwirkende Schäden anrichten würde. Vietnam gab eine fürchterliche Lehre über die Wirkungen chemischer Kriegsführung. Dies darf sich in keinem Land wiederholen!

Das äthiopische Regime ist dabei, seinen Aggressionskrieg zu eskalieren und hat ihm eine neue Dimension gegeben: es ist im Begriff, einen Krieg mit chemischen Giftstoffen in Eritrea zu entfesseln. Anhaltende, alarmierende Beweise zeigen deutlich, daß das äthiopische Regime den Prozeß vorbereitender Maßnahmen für den Einsatz und die Intensivierung einer besonders brutalen Form der modernen chemischen Kriegsführung abgeschlossen hat.

Die Sowjetunion hat schon seit einiger Zeit Entlaubungsmittel – wie 2,4,5-T – an die äthiopische Besatzungsarmee in Eritrea geliefert. Die vorliegenden Belege weisen schlüssig nach, daß die Sowjetunion den Vorrat des Regimes an chemischen Waffen mit der Einführung neuer Sorten bedrohender chemischer Mittel ergänzt hat. Die notwendigen logistischen Vorbereitungen sind im Gange. Vierzig MI 24, von der Sowjetunion gelieferte Hubschrauber zum Einsatz beim Sprühen dieser verhängnisvollen und tödlichen Waffen, sind schon in Asmara aufgefahren worden und sind einsatzbereit. 100 weitere Hubschrauber, jeder mit einem Fassungsvermögen von 40 Soldaten, wurden außerdem geliefert, sind zur Zeit in Bishoftu (Hauptbasis der Luftwaffe) und warten auf die Überführung nach Asmara. 200 sowjetische Experten für die Gaskampfführung und für die logistische Unterstützung sind eingetroffen. Das äthiopische Regime hat 200 Panzer und Panzerwagen als Vorbereitung für die neue Offensive angesammelt. (Zwei Divisionen wurden in das Ogadengebiet gesandt, was eine bewußte Ausweitung des Krieges befürchten läßt.) Die Sowjetunion besitzt, wie von internationalen Organisationen bestätigt wurde, eine große Menge chemischer und biologischer Waffen in ihrem militärischen Arsenal. Je nach Anwendung und Wetterbedingungen kann ein Gebiet von 400 bis 4000 Hektar durch die 4 x 10 kg Nutzlast eines einzigen Flugzeugs einer für Menschen tödlichen Dosis ausgesetzt werden. Bei plötzlichem Wetterumschwung können Gebiete weit über den beabsichtigten Einsatzradius hinaus verseucht werden. Auch bei starker Verdünnung rufen diese Kampfgase so schwere Gesundheits- und vor allem Erbschäden hervor, daß Generationen einen unmenschlichen Leidensweg vor sich haben. Einen Schutz gegen diese Gesundheitsschädigungen gibt es nicht. Kontaktgifte wirken durch die Haut und durch Einatmen. Schweißausbruch, Brechdurchfall, Sehverlust und Atemlähmung sind der Beginn eines langsamen Siechtums; ganz abgesehen von der gleichzeitigen Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt.

Die verheerenden Auswirkungen und die Schrecken, die durch diese chemischen Waffen in Vietnam verursacht wurden, sind noch frisch in unserer Erinnerung. Nicht vergessen sind die mißgebildeten Kinder, die schlimmen Krankheiten der Erwachsenen, die Zerstörung der Vegetation ... Unfälle in der Industrie (Seveso und Niagara Falls) lassen uns das Ausmaß der Katastrophe ahnen, die in Eritrea droht, obwohl dies noch Stoffe sind, bei denen Hilfe zwar sehr schwierig, aber immerhin noch denkbar ist. Wenn heute der Einsatz von Nervengas in Eritrea geplant wird, so hätte dieser Einsatz eine solch massive Zerstörung und einen Grad von Leid zur Folge, wie sie bis jetzt in dieser schrecklichen Zeit noch nicht erlebt wurden. Die Sowjetunion hat das äthiopische Regime bei den Mitte Juni 1978 begonnenen Großoffensiven unterstützt. Die militärischen Rückschläge der äthiopischen Besatzungsarmee und der verstärkte Widerstand des eritreischen Volkes haben sicherlich den Einsatz von Entlaubungsgasen (2,4,5-T) beschleunigt. Wir müssen einen totalen chemischen Krieg in nächster Zukunft fürchten. Die Herstellungskosten von einigen chemischen Mitteln sind so gering, daß auch das ein Grund sein kann, diese Gifte einzusetzen. Der chemische Krieg in Eritrea ist somit eine unmittelbare Gefahr.

Die Eritrean Relief Association fordert die internationale Gemeinschaft auf:

- die in den Protokollen verankerten Kontrollmechanismen zur Verhinderung des drohenden allgemeinen chemischen Krieges uneingeschränkt einzusetzen.
- dem eritreischen Volk jede mögliche vorbeugende konkrete Unterstützung, die ihnen zur Verfügung steht, zu gewähren und diese drohende menschliche Katastrophe weiten Ausmaßes abzuwenden.

Die internationale Gemeinschaft muß diese Gefahr verhüten. Die internationalen Konventionen und Vereinbarungen müssen strikt eingehalten werden. Wir dürfen ein wehrloses Volk nicht im Stich lassen. Die internationale Gemeinschaft muß den Einsatz chemischer Waffen unbedingt verhindern. Eritrea darf kein Erprobungsplatz für Giftgase und andere modernen Waffen werden. Ein solch gefährlicher Präzedenzfall für den ungehinderten Einsatz chemischer Waffen in großem Umfang muß mit allen Mitteln abgewendet werden.

---

fiel die Hilfe und die finanzielle Unterstützung durch das diakonische Werk weg, und Bozkurt ist jetzt vom Sozialamt abhängig. Die Ausländerpolizei des Ausländeramtes gewährt ihm alle drei Monate eine Verlängerung seiner Duldung, das heißt eine Aufschiebung der Abschiebung aus der BRD. Gleichzeitig mit der Duldung wird das Verbot der Aufnahme einer selbständigen oder gleichwertigen Arbeitsaufnahme regelmäßig erneuert, um den unsicheren Sozial-Status-Quo eines Asylsuchers aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig ist er aber auch als Sozialhilfeempfänger verpflichtet, regelmäßig im Arbeitsamt um Arbeit nachzufragen. Aus mehreren Anfragen war herauszuhören, daß Bozkurt sehr schwer zu vermitteln ist, nicht nur, weil er Ausländer ist und keine abgeschlossene Berufsausbildung vorzuweisen hat, sondern auch deshalb, weil er immer nur kurz befristete Aufenthaltsgenehmigungen vom Ausländeramt erhält. Sein Arbeitgeber müßte sich gegebenenfalls verpflichten, alle drei Monate einen neuen Antrag auf Arbeitserlaubnis beim Arbeitsamt einzureichen.

Prinzipiell ist das Arbeitsamt keineswegs gegen eine Arbeitsaufnahme von Bozkurt – wenn er selbst eine Stelle findet, einen Arbeitgeber, der sich bereit erklärt, den unsicheren Sozialstatus von Bozkurt in Kauf zu nehmen. Bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage ist das aber äußerst aussichtslos.

Alle Bemühungen von Bozkurt, eine Ausbildung zu machen, eine Umschulung oder Lehre zu durchlaufen, scheiterten daran, daß ein Asylbewerber nicht in den Ausbildungssektor integriert werden darf – so die entsprechende Asylgesetzgebung – auch dann nicht, wenn wie in der gegenwärtigen Situation in der BRD die Bearbeitung der Asylanträge mitunter doppelt so lange dauert als eine Ausbildung. Auch eine schulische Ausbildung, etwa an einer Technikerschule, die einer Lehre gleichgestellt ist, fällt aus den gleichen Gründen aus. Außerdem würden Bozkurt für eine solche Ausbildung die finanziellen Mittel fehlen, da er an einer Schule keine Ausbildungsbeihilfe erhält und die Sozialhilfe vom Sozialamt bei Schulbesuch automatisch wegfällt. Da er noch nicht gearbeitet hat, weder in der Türkei noch in der BRD, fallen für ihn auch die verschieden gestaffelten gesetzlichen Voraussetzungen für eine vom Staat getragene Umschulung aus.

Als die Beamten der Bildungsberatung versuchten, eine Ausbildung mithilfe des Berufsausbildungsförderungsgesetzes wenigstens finanziell abzusichern und zu gewährleisten, scheiterten auch diese Bemühungen an den dafür zuständigen Richtlinien, die für einen solchen Fall wie Bozkurt nicht gemacht worden sind.

Das war das Ergebnis nach mehreren Versuchen, etwas Sinnvolles zu beginnen im Rahmen der Möglichkeiten, die unsere Sozialgesetzgebung bieten. Mehrere Tage haben Bozkurt und ich auf den Ämtern verbracht und die Beamten haben nach unserer Meinung mit sehr viel Mühe alles versucht, uns entgegenzukommen und Bozkurt zu helfen. Aber das Ergebnis blieb bisher überall das gleiche: "Tut uns leid ..."

Die Alternative für Bozkurt, die sich hieraus ergibt, ist die, mehrere Jahre vom Sozialamt abhängig zu sein, evtl. ab und zu Gemeinschaftsarbeit zu leisten, Friedhöfe zu fegen und ansonsten nichtstuerisch auf die Bearbeitung seines Asylgesuches zu warten, was nach letzten Erfahrungen bis zu sieben Jahren dauern kann.

Eine andere Möglichkeit wäre – und aus diesem Grund stellen wir diesen Antrag – wenn ein Amt oder eine andere Organisation sich bereit erklären würden, bis zur Entscheidung über den Asylantrag eine Studienausbildung von Bozkurt zu tragen: Ein Studium ist nämlich die einzige Ausbildungsform, die auch einem Asylbewerber gestattet ist. Bozkurt könnte so seine Wartezeit sinnvoll überbrücken und bei einem positiven Bescheid über seinen Asylantrag könnte er dann als Bafög-Berechtigter nahtlos seine Studien fortsetzen.

Da Bozkurt bereits im ersten Versuch, das Studienkolleg zu absolvieren unter all den dargestellten Belastungen gescheitert war, ist es notwendig, für den zweiten Versuch die Erlaubnis der vorgesetzten Stellen einzuholen. Sowohl Herr Scharfenstein von der Fachhochschule Köln wie auch Herr Schostak, der Kollegleiter des Studienkollegs, hatten nach Erläuterung der Situation keine Bedenken, Bozkurt ein zweites Mal aufzunehmen, wenn Bozkurt seine finanziellen Probleme klären kann.

Ich versichere, daß ich die Situation von Herrn Bozkurt nicht verfälscht und nicht beschönigt habe und hoffe, daß eine Organisation oder ein Amt sich bereiterklärt, Herrn Bozkurt zu unterstützen.

ANNE JÜSSEN

Stellungnahme des Auswärtigen Amts zu der Frage, ob in der Türkei politische Verhältnisse bestehen, auf welche die Behauptung der politischen Verfolgung gestützt werden kann.

Es kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß der Asylbewerber in lebensbedrohende politische Auseinandersetzungen hineingerät, wenn er bei Ablehnung seines Asylantrages nach der Rückkehr in die Türkei sich wieder extremen politischen Gruppen anschließt oder – auch ohne neuerlichen Anschluß – ein prominentes früheres Mitglied einer dieser Gruppen war.

Nach Artikel 140 des türkischen Strafgesetzbuchs wird der türkische "Staatsangehörige, der im Ausland über die innere Situation des Staates unwahre, übertriebene oder auf besonderem Zweck beruhende Nachrichten veröffentlicht oder irgendeine den nationalen Interessen zuwiderlaufende Tätigkeit entfaltet, soweit diese die Achtung und das Ansehen des Staates im Ausland verletzt, mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft".

Türkische Presseberichte, nach denen die türkische Regierung systematisch abgewiesene Asylbewerber wegen die Türkei schädigender Äußerungen im Zusammenhang mit dem Asylantrag mit fünf Jahren Freiheitsentzug zu bestrafen beabsichtige, sind bisher offiziell weder bestätigt noch dementiert worden.

Abschrift aus einer halbamtlichen Aktennotiz (April 1979)

"Nach Ihnen, Valéry!"

Die neue Achse Bonn – Paris

Im Schutze internationaler Nebelschwaden von Kriegsgefahr, Afghanistankrise und dem ständigen Regen des mildesten Winters seit Jahren, verstärkt sich im alten Europa eine Tendenz, der gegenüber die Linke sich noch sprach- und begriffslos verhält: einer deutsch-französischen Allianz, die sich in den Poren des Ost-West-Gegensatzes entwickelt und dabei die aktuelle Schwäche der imperialistischen Hegemonialmacht USA wie auch den Kapitalhunger der UdSSR ausnutzt, um international alt-neue Konstellationen herzustellen.

Der eifrige Besuchsverkehr der Premierminister, Generalsekretäre, Kanzler und Präsidenten, ihre Geheimdiplomatie und die monarchisch anmutenden Begräbnisrituale machen deutlich, daß die Krise auch Ausdruck von neuen internationalen Arrangements und politischen Umschichtung ist. Bei Titos Begräbniszeremonie hatten sich die politischen Dynastien versammelt, um erstmalig nach der Afghanistankrise wieder diplomatisch beruhigenden Körperkontakt aufzunehmen. Die symbolische Bedeutung des alt-europäischen Krisenherdes Balkan kam so wieder zu Ehren: Das Sarajewo einer neuen Menschheitsschlacht durfte auf alle Fälle geographisch nicht von Belgrad ausgehen. Daß Carter fehlte, wurde als Hinweis auf die zunehmende Ferne Amerikas verstanden. Dafür wurde umsomehr die Nähe Westeuropas zur Sowjetunion verspürt. Giscard traf bald darauf Breschnjew in Warschau. Polen hat ein historisches Interesse, nicht wieder traditionell zum politischen und militärischen Schlachtfeld eines west- und zentraleuropäisch-osteuropäischen Gegensatzes zu werden. Vor allem dann nicht, wenn die polnische Wirtschaft westliche Kredite vor allem für den massiven Ausbau der Kohlengruben benötigt.

Euro-amerikanische Distanzen

Die neue Ferne Amerikas zu Europa wurde beim Begräbnis Ohiras in Tokio aufs neue evident. Die USA zieht sich stärker und traditionell auf den Pazifik zurück, was übrigens auch personell durch die Kandidatur Reagans sich zu bestätigen scheint. Auch der US-amerikanische Aufmarsch im Vorderen Orient stützt sich geostrategisch wesentlich nicht auf Europa, sondern auf den Pazifik und den Indischen Ozean. China, Japan und die USA, flankiert von den ASEAN-Staaten bilden ein neues Konzept, das sich politisch und militärisch gegen die UdSSR richtet, ökonomisch auf eine Kapitalisierung und Militarisierung Chinas setzt. Bedeutet dies, daß die realsozialistischen Staaten zu den neuen Märkten, zu den mittel- und langfristigen Lebensrettern des sich neu gruppierenden und überdies traditionell-geographisch neu formierenden kapitalistischen Metropolen werden? Eine eindeutige Antwort hinsichtlich Ziel und Zweck des neuen weltpolitischen Revirements zu geben, wäre verfrüht. Nicht verfrüht wäre ein Versuch der Linken, sich auf eine neue, epochenbestimmende internationale Konstellation einzustellen, die alte Identifikationen und Gegenidentifikationen wie auch in der Vergangenheit richtige Orientierungen abbaut.

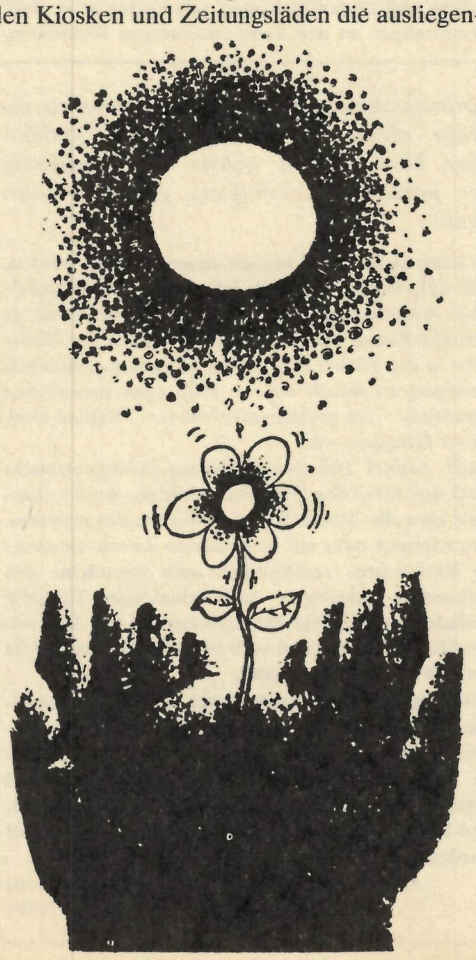
Allein die Vorstellung, die vor allem angesichts der Repression in der BRD durch die französische Linke instrumentalisiert wurde, es bestünde eine germano-amerikanische Allianz in Europa, die sich hegemonial gegen die anderen Nationalstaaten richtet, ist vor allem seit dem monarchisch anmutenden Giscard-Besuch in der BRD wohl endgültig zu den Akten zu legen. Der Besuch Giscards war in einer Form aufgezogen worden, als sei das alte Karolinger-Reich wiedererstanden. Nur das technokratisch-sozialdemokratische Element, das in diesem Lande vorherrscht und das Administration noch vor Identifikation stellt, scheint verhindert zu haben, daß die neue Vermählungsfeierlichkeit zwischen Deutschland und Frankreich nicht im Dom zu Aachen, sondern provinziell und imperialistisch zugleich auf viele Bundesländer verteilt wurde. Das Volk sollte die neue Verbindung zwischen dem "großen Deutschland" und dem "großen Frankreich" hautnah und händeschüttelnd erfahren.

Deutsch-französische Annäherung

Tatsächlich wurde in Westeuropa eine Allianz geschmiedet, die nach dreißig Jahren Vorbereitung sich endlich zu ihrer globalen, imperialistischen Bestimmung bekennt: Frankreich, das im westlichen Bündnis eine Sonderrolle einnahm, über eine eigene, atlantisch nicht integrierte Atommacht verfügt, eine halbe Entkolonisierung in Afrika durchgeführt hat, jedoch nicht über jene ökonomische Potenz verfügt, um diesen Vorlauf auch wirklich materiell ausfüllen zu können; die BRD, die zwar ökonomisch eine Weltmacht ist, dies politisch aus berüchtigten Gründen aber nicht, bzw. noch nicht wahrnehmen kann. Es handelt sich um zaghafte, aber nicht weniger bestimmte Schritte. Sie machen deutlich, wie eine Übereinstimmung von Interessen sich durch komplementäre Bedingungen ergeben. Europa also unter französisch-deutscher Hegemonie im Zugriff auf neue imperialistische Anteile? Vieles deutet darauf hin. Die anderen europäischen Staaten sind entweder gelähmt und spielen nur eine geringe, eine untergeordnete Rolle, sind politisch provinziell und geben Frankreich und Deutschland unter dem Deckmantel der "europäischen Einheit" Raum und

Tageszeitung "Demokrat" verboten

Am 9. Juli wurde die türkische Tageszeitung DEMOKRAT in Ankara verboten. Die türkische Armee beschlagnahmte daraufhin bei den Kiosken und Zeitungsläden die ausliegenden Exemplare. Die Kriegsrechtkommandatur begründete das Verbot der Zeitung damit, daß sie die öffentliche Ruhe störe.



Die türkische Tageszeitung DEMOKRAT wurde im Dezember 1979 gegründet. Sie ist eine der wenigen Stimmen, die in der Türkei breit über die politische Verfolgung, Folterungen und Unterdrückung berichtet. Es ist zu befürchten, daß das Verbot auch auf die anderen Ausnahmezustandsgebiete ausgedehnt wird und damit diese Stimme ganz zum Schweigen gebracht wird.

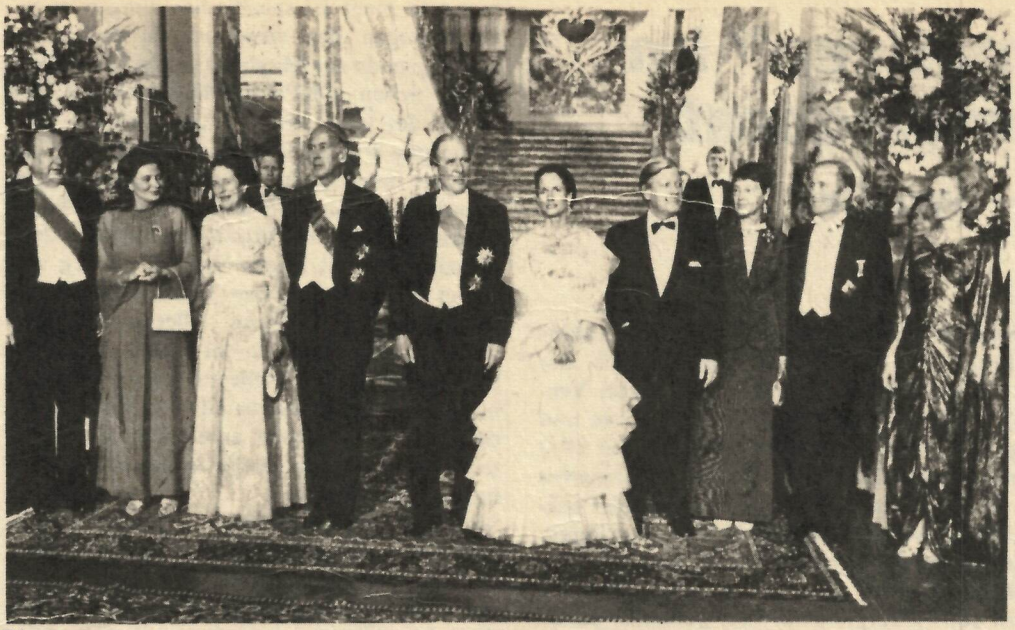
Wir bitten Sie, sich mit Ihrer Unterschrift für die Aufhebung des Verbotes der Zeitung Demokrat, mit einzusetzen.

Wenden Sie sich mit einer Postkarte an: Ankara Sikiyönetim Komutanligina Ankara-Türkei. Die Postkarten sind mit -,60 DM zu frankieren (Briefe -,90 DM). Vorgedruckte Postkarten in deutscher Sprache und türkischer Sprache können bestellt werden bei: Kamil Taylan, Ringelstr. 10, 6 Frankfurt.

Die Alternative Türkei-Hilfe wurde ins Leben gerufen, um Opfern, die politisch verfolgt sind, zu helfen und sie mit Medikamenten zu versorgen, sowie ihre Angehörigen in ihrer Not zu unterstützen. Streikende Arbeiter sollen ebenfalls Zuwendungen erhalten.

Unterstützt wird die Alternative Türkei-Hilfe u.a. von: Manfred Coppik (SPD-MdB), Klaus Kirchner (SPD-MdB), Klaus Thüsing (SPD-MdB), Jürgen Roth (Schriftsteller), Günther Wallraff (Schriftsteller, Gerhard Zwerenz (Schriftsteller), Kamil Taylan (Journalist-Demokrat), Bernhard Hoffmann (Türkeikoordinator von amnesty international).

Für eine alternative "Türkei-Hilfe": Spendenkonto Jürgen Roth, Deutsche Bank, Frankfurt, Bankleitzahl: 500 700 10 – Konto-Nr.: 401 23 57/01.



Die neuen Karolinger

Foto: dpa

Legitimität, sich in deren Verhältnisse – wie z.B. die italienischen – einzumischen. Die Briten, deren Industriesystem sich in einer tiefen Strukturkrise befindet, schwanken unter der Thatcher-Regierung zwischen schwachbrüstigen angelsächsischen Großmachtallüren, wie am persischen Golf, und dem Verhalten eines trotzigen europäischen Subventionsempfängers. Aber wer weiß, für welche Zukunft die alten kolonialen und imperialistischen "Kontakte" der Briten für Europa mal wichtig werden können.

Der Weg scheint frei für ein westeuropäisches Kernbündnis der neuen Karolinger. Vorbereitet wurde es vom "Separatisten" Adenauer, der die Integration eines stramm antikommunistischen Westdeutschlands einem neutralistischen deutschen Einheitsstaat vorzog. Die Montanunion kompensierte für das deutsche Industriekapital die "Verluste" in Schlesien und Sachsen. Auch die junkerliche Agrarstruktur des Ostens, die von Ulbricht zerschlagen wurde, konnte längerfristig vor allem durch Frankreich im gemeinsamen Agrarmarkt kompensiert werden. Deutschland, dessen Geschichte von seiner Mittlerfunktion in Zentraleuropa, von seiner heterogenen Struktur – industrialisierter Westen, agrarischer Osten – mit all ihren besonderen politischen Folgen geprägt wurde, verschob sich ökonomisch und mithin auch politisch nach Westen.

Diese historische Flurbereinigung, die durch die faschistischen Aggressionskriege Hitlerdeutschlands ausgelöst wurde, stand unter einer Ost-West-Konstellation, die sich inzwischen auflöst: Stärkung der UdSSR, ein Tatbestand, den die USA heute nicht zur Kenntnis nehmen wollen, Auflösung des alten Kolonialismus und die Herbeiführung einer neuen Weltarbeitsteilung, die aufgrund von staatlicher "Gleichheit" unter einem immensen Produktivitätsgefälle das martialische Deutschland als international friedfertige BRD kapitalistisch-rational in den Weltmarkt integrierte. Die BRD war bislang nur ökonomisch-imperialistisch präsent; die USA besorgten die militärische Drecksarbeit und wurde hierfür finanziell entlohnt. Heute scheint es, daß Europa, d.h. vor allem die BRD und Frankreich, ihr militärisches Scherflein selbst werden beitragen müssen, um ihre imperialistischen Interessen abzusichern. Deshalb die Ambivalenz, mit der das sich anbahnende Auseinanderdriften von Europa und den USA bewertet wird.

Neues imperialistisches Zentrum?

Unter diesen Bedingungen ist Frankreich der BRD politisch und militärisch voraus. Alles was die BRD nicht "darf", hat Frankreich anzubieten. Von der Atom- bis zur Neutronenbombe, vom Fallschirmjägereinsatz in Kolwezi und anderswo bis hin zur Flottenpräsenz im Indischen Ozean, wo die französischen Einheiten sogar über eine größere militärische Infrastruktur verfügen als die Amerikaner. Ganz schnell hat übrigens der Rat der WEU, ein Überbleibsel aus den fünfziger Jahren, der Bundesrepublik den Bau aller Größeneinheiten von Kriegsschiffen genehmigt. Ein altes Tabu wird pragmatisch bei Seite geräumt, ohne daß es von der Öffentlichkeit in seiner Bedeutung zur Kenntnis genommen wird. Was also zwischen Frankreich und der BRD getrennt und manchmal gegeneinander betrieben wurde, soll nunmehr auf die zwei Beine der Gemeinsamkeit gestellt werden. Europa ante portas? Die Multipolarität, von Kissinger ideologisch und konzeptuell propagiert, erhält langsam festen Boden unter den Füßen – und Zähne im Gebiß.

Weltpolitik hat für das imperialistische Europa vor allem eine regionale Dimension. Die militärischen Kapazitäten schreiben geographische Nähe vor: Die Türkei, der Vordere Orient und Afrika haben so politisch, geographisch und nicht zuletzt auch traditionell Prioritäten. Eine solche Politik kann nicht frontal gegen die UdSSR, sondern muß vorerst mit ihrer Einwilligung und Duldung erfolgen. Der Sowjetunion ist es jetzt wichtiger, die Unterschiede zwischen Europa und den USA zu Differenzen oder gar zu Gegensätzen werden zu lassen. Vor allem sind sie auch am europäischen Kapital und an der Form von Kompensationsgeschäften interessiert, die sich praktisch umsetzen lassen: Erdgas, das in Röhren transportiert wird, bedarf eben der durchgehenden Landverbindung.

Die Linke hat sich auf dieses weltpolitische Revirement der imperialistischen Mächte einzustellen. Sie muß in dieser Phase internationaler Bewegung die Vorteile erspähen, die sich daraus ergeben können, ohne euphorisch zu übersehen, daß dabei – sollten sich die neuen Allianzen festigen – nur der Teufel durch den Beelzebub ersetzt wurde. Aber sie muß sich auch klarmachen, daß diese Bewegung im imperialistischen Weltsystem Unsicherheiten auszulösen vermögen, in deren Spannung sie ihre eigenen Vorstellungen vielleicht eher zu realisieren vermag. Wir erleben tiefe Veränderungen. Und auf diese Veränderungen müssen wir unsere eigenen Antworten im Sinne einer emanzipatorischen Perspektive finden.

DAN DINER

Kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(1/8) Unsere neue kommentierte **Buchliste** zum Thema Antimilitarismus ist da. Sie kann gegen Voreinsendung von DM 1,-- in Form von Briefmarken bei uns angefordert werden. Gleichzeitig ist in unserem Verlag "Bilderbuch – Antimilitaristische Motive" erschienen. Es enthält Plakatentwürfe, Comics, Graphiken, Zeichnungen zum Ausschneiden und Weiterverwenden. 61 S., DM 6,--. Wiederverkäufer erhalten vom Versand wie vom Verlag lukrative Rabatte (Preisliste für Wiederverkäufer anfordern). Antimilitaristischer Buchversand und -verlag, Jügelstr. 1, 6 Frankfurt 1.

(1/8) Das Plakat kostet pro Stück DM 4,--, ab 20 Stück DM 3,-- und ab 100 Stück DM 2,--. Versandkosten kommen hinzu. Es ist bei mir erhältlich und hoffentlich auch bald in vielen Buchhandlungen. Dieter Rausch, Grolmanstr. 53/54, 1000 Berlin 12, Tel. 030/3137321 oder 8912219.

(2/8) 3. Auflage der Broschüre **"Stoppt die 'Grauen Wölfe!"**. Neu überarbeitet, mit neuen Informationen und Enthüllungen. Herausgeber: Initiativkomitee gegen türkische Faschisten/ Die Dokumentation kann gegen **Vorkasse** bestellt werden. Preis DM 4,-- plus 1,-- Porto. Adresse: Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Postlagerkarte Nr. 007804B, 1000 Berlin 61. Geld bitte auf das Postscheckkonto Berlin West, Jürgen Michalik, Kto-Nr. 176539-103 überweisen.

(3/8) Alternativer Stattführer Hamburg Info 2. Der Alternative Stattführer für Hamburg ist jetzt beim Selbstverlag Humanes Wohnen e.V., Bundesstr. 9, Keller, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/4104228 erschienen und kostet für Einzelbesteller: im Verkauf 8,-- DM, für Wiederverkäufer: in Einkauf 6,50 DM + Porto also im Buchhandel gibt es nur knapp 20% (DM 1,50). Vorbestellungen sind möglich an: Hans-Reinhard Klopp, c/o Humanes Wohnen e.V./Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, Keller, 2 Hamburg 13. Vorauszahlungen bitte auf: Postscheckkonto: Hans-Reinhard Klopp, Kto-Nr. 387037-209 (PSchA Hamburg), Betrifft Alternativer Stattführer.

(4/8) Paul Franken: **Vom Werden einer neuen Kultur.** Aufgaben der Arbeiterkultur- und Sportorganisationen, Nachwort: Arno Klönne, 938 S., DM 9,80, Atlas Verlag, 4400 Münster, Postfach 8041. Die Wiederveröffentlichung der Schrift von Paul Franken ist ein Beitrag zur Dokumentation jenes Teilbereichs der Geschichte der Arbeiterbewegung, der in den meisten Darstellungen zu kurz kommt, nämlich der Aktivitäten, die neben dem unmittelbar parteipolitischen Engagement lagen, die aber den Alltag des politisch organisierten oder bewußten Arbeiters gewiß ebensosehr – vielleicht noch mehr – bestimmten wie die Partei. Weit intensiver als heute bedeutete die Zugehörigkeit zur sozialistischen Bewegung Prägung auch des "Privatlebens" und der Freizeit. Die Schrift Frankens vermittelt einen Eindruck von diesem breiten Spektrum organisierter Arbeiterkultur.

(5/8) Planung, politische Diskussion und mögliche Auswirkungen der Küstenautobahn (A 22) sind Thema einer neuen Broschüre: **Küstenautobahn – wozu?** Einen Schwerpunkt des Heftes bildet der Zusammenhang des Autobahnprojekts mit der industriellen Erschließung und Umweltzerstörung im Unterelberaum. Sehr detailliert (Fotos, Karten) werden außerdem den Einwohnern der Gebiete um Stade, Elmshorn und Barmstedt die mögliche zukünftige Betroffenheit vor Augen geführt. Umfang: 44 Seiten, Preis: DM 4,--. Erhältlich: D. Witthinrich, Flamweg 7, 2200 Elmshorn.

STELLEN-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(6/8) Da ich in München einen Job bekommen habe, ziehe ich von Hamburg dorthin und **suche** dringend ab Juli/August 1-2 Zimmer in einer **WG in München.** Ich bin 35 und arbeite im Bereich Sozialpädagogik/Jugendhilfe (Kl.Kinder). Tel. 040/3909537, Kornelia. Kontakt in München über Klaus: 1576025.

(7/8) **RA-Büro in der Provinz.** Bin 29 J., habe Jura studiert (2. Ex. '79) und plane, im Sauerland ein (wie auch immer) alternatives RA-Büro zu eröffnen. (Billige Büroräume hab' ich). Suche noch 1-2 Kolleginnen/Kollegen, die sich die Provinz und die 1000 Berge des Sauerlandes zutrauen. Georg, Tel. 02391052030.

(8/8) Suche **Zimmer** in WG in Bremen, bin dort ab 1.4. Referendar. Jürgen Weßling, Tel. 0511/818348 oder 0421/702093

(9/8) **Suche Leute** in Ffm & Umgebung für SB-orientierten Arbeitskreis "realer Sozialismus".Themen: Ökologie, Politik, Klassenanalyse in Osteuropa/SU/China. Gabriele Köhler, Kurfürstenstr. 47, 6000 Frankfurt 90, Tel. 775973

(10/8) Suche **Interessenten** für den Aufbau einer Mediencoop im mittleren Ruhrgebiet möglichst mit Kontakten zu Medien). Zweck der Sache: einerseits Arbeit für Medien, andererseits Eigenarbeit im Rahmen lokaler/regionale Kulturarbeit, Jürgen Bischoff, 465 Gelsenkirchen, Bochumer Str. 42, Tel. 0209/207575

Ich suche eine **Handwerkerausbildung** ab September 80 (Schlosser, Schreiner, Mauerer etc.) in HH. Ich würde gerne in einem Projekt o.ä. mitarbeiten, da ich ein Päd. Studium fast hinter mir habe. Bin auch für Tips dankbar! A.Rempel, Heinlenstr. 10, 7400 Tübingen 1

(11/8) Monatliches Regionalmagazin sucht sofort **Anzeigenleiter.** Aufgaben: Anzeigenakquisition und -verwaltung. Er oder sie soll kooperativ, systematisch und kontinuierlich arbeiten können. Bezahlung: Prozentual aber mind. DM 600,--. Tel.: 0611/253784 (Hajo verlangen)

(12/8) **Sozialarbeiter** für selbstverwaltetes Jugendzentrum gesucht. Raum Frankfurt. Tel. 06151/713852

(13/8) Ich bin **Diplompädagogin**/Sonderschullehrerin, 26 J., 2 J. Praxis, und **suche** ab Sept./Okt. Job im Bereich Kinder- und Jugendarbeit im Raum HH. Renate Grohé, Schlüterstr. 63, 2 HH 13, Tel. 040/448630.

Sieben "Alternativen" im Tübinger Gemeinderat

Ein Modell – wofür?

Bei den Baden-Württembergischen Kommunalwahlen am 22. Juni 1980 erhielt die vom Tübinger SZ mitgegründete "Alternative und Grüne Liste" in Tübingen auf Anhieb 11,5% der Stimmen und sieben von 58 Gemeinderatssitzen; die DKP erreichte 6,6% (drei Sitze); Vertreter aus überparteilichen Bürgerinitiativen (BIs) wurden an die Spitze der CDU-Liste und der konservativen Rathausliste UFW (Unabhängige Freie Wähler) gewählt; innerhalb der SPD vollzog sich ein "spürbarer Linksruck" (Frankfurter Rundschau). Obwohl die "Alternative und Grüne Liste" (AL) gegenüber den "Grünen" als eher linke Koalitionsliste angetreten war, konnte sie an deren Erfolge bei den Europa-, Kreistags- und Landtagswahlen anknüpfen. Was war geschehen? Folgte diese Entwicklung nur einem ökologischen Trend, oder stellt sie ein Modell für die lokale Verankerung von Sozialisten dar?
Hier ein Bericht des SZ Tübingen zur Wahl und zu den Hintergründen. Eine genauere politische Einschätzung und strategische Bestimmung – hier ausgespart – wird in einer der nächsten "links"-Nummern folgen.

Die Tübinger Situation

Tübingen zählt 75.000 Einwohner; hinzu kommen 20.000 Studenten. Unter den ca. 42.000 Wahlberechtigten sind allerdings kaum Studenten (wegen Erstwohnsitz!). Die Struktur der Stadt ist fast völlig von der Universität und der Verwaltung des Regierungsbezirks Südwürttemberg geprägt und hat wenig Industrie. Die Uni ist der größte Arbeitgeber in der Kommune. Der universitäre Rahmen bildete eine ausgeprägte "Szene" heraus, die zwar in sich stabile Formen entwickelt hat, die jedoch zum lokalen Geschehen wenig Bezug fand und der Stadt äußerlich blieb. Auch das Tübinger SZ war lange Zeit eine reine Hochschulgruppe.
Eine Tübinger Spezialität ist fernerhin die überdurchschnittlich liberale Lokalzeitung "Schwäbisches Tagblatt". Sie steht alternativen Inhalten relativ aufgeschlossen gegenüber, zumindest findet darüber eine faire Berichterstattung statt. In der Leserbriefrubrik "Sprachrohr des Bürgers" hat sich seit einigen Jahren das vielleicht relevanteste Diskussionsforum in Gemeindeangelegenheiten entwickelt.
Wir finden also in Tübingen gesellschaftliche Sonderbedingungen vor, u.a. eine bürgerliche Öffentlichkeit, die im klassischen Sinn wenigstens in einigen Bereichen funktioniert. Insofern kann an der Übertragbarkeit des "Tübinger Modells" auf andere Städte mit anderer Struktur gezweifelt werden.

Vorgeschichte der AL: die Basisinitiativen

Das Wahlergebnis für die AL, das ja auch auf überregionales Interesse gestoßen ist, erhellt sich dadurch eher, wenn man weiß, daß in Tübingen schon seit 10 Jahren – teilweise unabhängig von der "Szene", sehr aktive Initiativen arbeiten. Spektakulärstes Beispiel: die Verkehrsinitiativen.
Von 1970 an häuften sich in Tübingen Fehlplanungen in Richtung einer bloß noch "autogerechten Stadt", sowie andere stadtzerstörerische administrative Maßnahmen. Im Februar 1977 gründete sich unter Mitwirkung des SZ-Tübingen eine Bürgerinitiative gegen den Abbruch eines schönen Jugendstilhauses zugunsten eines Kaufhausklotzes (Haus "Schmipf") sowie gegen eine drohende Nordtangente quer durch das gesamte Stadtgebiet. Die BI "Schimpf/Nordtangente" konnte den Abbruch verhindern und erreichte schließlich am 8. Juli 1979 einen großartigen Erfolg gegen die Nordtangente: Im ersten erfolgreichen Bürgerentscheid Baden-Württembergs, der von unten initiiert wurde, stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 52% ganze 84% der Tübinger Bürger die Stadtautobahn buchstäblich in Grund und Boden, obwohl 94% des Gemeinderats die Trasse beschlossen hatten!
Durch diesen Erfolg wurde die BI um so mehr zu einer kommunalpolitischen Institution, als mit Ausnahme der beiden schon in den vorigen Gemeinderat gewählten DKPler und eines Abweichlers aus der CDU alle Fraktionen – gerade auch die SPD – geschlossen für die Stadtautobahn gestimmt hatten.
In dieser Initiative gelang es dem Tübinger SZ, neben der traditionell hochschulpolitischen Ausrichtung, sich auch im lokalen Rahmen zu verankern.

Die AL-Gründung

In Tübingen gab es von verschiedenen Seiten her Bestrebungen zur Gründung einer Gemeinderatsliste: Die "Grünen" wollten nach den erfolgreichen Wahlen, insbesondere dem Startsignal der Europawahlen (in Tübingen über 15%!) auch auf kommunaler Ebene antreten. Innerhalb der BI Schimpf/Nordtangente liefen – vor allem nach dem Bürgerentscheid – Gespräche, die auf eine Kandidatur zuliefen. Im SZ wurden wir anknüpfend an die Überlegungen im SB zur Parlamentarismuskritik und der Situation in Erlangen (ein SBler im dortigen Stadtrat), aktiv.
Zur Konzeption der AL: Den Vorstellungen der Grünen folgend wäre die AL eine programmbezogene Listenpartei üblicher Struktur geworden – ähnlich wie die DKP 1975 angetreten war. Die Spezifik hätte sich vor allem in anderen Politik-Inhalten festgemacht, wie stärkerer ökologischer Ausrichtung usf. Das Problem der Ablösung von der aktiven Basis wäre damit nicht bewältigt gewesen. Zum anderen: Eine Bürgerinitiative in eine politische Liste zu überführen ist unmöglich, will man nicht die BI selbst aufs Spiel setzen. Der Basisbezug ist vorhanden, Übereinstimmung in nicht BI-spezifischen Fragen ist jedoch wegen des verschiedenen politischen Hintergrunds der Mitglieder nicht herstellbar, wenn neben DKPlern Mitglieder aus der UFW, der CDU oder – außer an der Verhinderung von Stadtzerstörung politisch nicht so breit interessierte – unabhängige Bürger mitarbeiten. Folglich blieb nur eine dritte Möglichkeit: die AL als Aktionsbündnis nach dem Prinzip "Einheit in der Vielfalt" (EVI), wie es bei der Gründung der "Grünen" nicht zum Tragen kommen konnte. Allerdings können die tragenden Gruppen darin nicht als Gruppen arbeiten, die Mitglieder delegieren (Problem des Konsenses vor allem der BIs), sondern in den Gruppen arbeitende Mitglieder treten als Einzelmitglieder in die AL ein und arbeiten dort mit.
So wurde im Juli 1979 ein Trägerverein gegründet – unter Mitwirkung des SZ Tübingen und des Kreisverbands der Grünen – der der politische Bezugspunkt für die Liste war, die dann kandidierte; zugleich war über die Mitglieder, die in Basisinitiativen arbeiten, der Bezug zu den von der AL unabhängig arbeitenden Initiativen hergestellt. So konnte vermieden werden, was in Freiburg und anderen Städten passierte: daß Bunte, Alternative, Grüne, Basis- und Bürgerinitiativlisten gegeneinander bei der Kommunalwahl antraten.
Die AL besteht derzeit aus mehr als 160 festen (zahlenden) Mitgliedern – darunter 30 SZlern –, und hat es geschafft, daß bisher beim wöchentlichen Plenum regelmäßig die Hälfte anwesend war.

Mitglieder der folgenden Initiativen arbeiten in den AL mit:

B.I. Schimpf-Nordtangente; B.I. K(l)eine Himmelwerkstraße; B.I. Zur Verteidigung der Grundrechte SPAK (Sozialpolitischer Arbeitskreis); Weltladen (Aktionszentrum Arme Welt); Club für Behinderte und ihre Freunde e.V.; Verein alleinerziehender Mütter und Väter e.V.; Tübinger Hilfsgemeinschaft für psychisch Kranke e.V.; Arbeitskreis ausländischer Arbeitnehmer; Psychotherapeutischer Arbeitskreis; LEZ (Lehrerzentrum); I.H.T. (Initiative Homosexueller Tübingens); Frauenzentrum Haaggasse; Frauenakademie; Arbeitskreis Recycling im BfU; Die Grünen, Kreisverband Tübingen; SZ (Sozialistisches Zentrum); UP (Undogmatisches Plenum); TüTe (Stadtzeitungsprojekt) = Tübinger Termine; Die Gruppe (Alternativer Buchladen); Club Voltaire e.V. (Kulturarbeit, Tübinger Festival); Jazz im Prinz Karl e.V.

Die erste Phase: die Programm-Erstellung

Die Programmdiskussion nahm über ein halbes Jahr in Anspruch (mit wöchentlichen Sitzungen). Zuvor mußte jedoch das Verhältnis zur DKP abgeklärt werden, die schon 1975 zur Kommunalwahl angetreten war, und mit deren beiden Stadträten in den vergangenen Jahren gut zusammengearbeitet wurde. Warum eine davon gesonderte Alternative Liste? Welches Verhältnis zur DKP finden? Die DKP unter Umständen aus dem Gemeinderat verdrängen? Nachdem geklärt war, daß aufgrund schwerwiegender inhaltlicher Differenzen, die sich spätestens jenseits der Stadtgrenze auftun (Atomkraft, Zentralismus, Basisdemokratie, Parlamentarismus usw.), wenig sinnvoll sein würde, von vornherein Zusammenarbeit zu suchen (obwohl die Tübinger DKP nicht typisch ist: Teile davon unterzeichneten eine Biermann-Resolution und

treten manchesmal geradezu eurokommunistisch auf!), wurden auf der Basis schon existierender Initiativen Arbeitsgruppen gebildet, die die jeweiligen Teile des Programms vorformulierten, das zugleich ein AL-internes Positionspapier werden sollte. Damit war allerdings vor allem das uns SZler interessierende Problem einer "alternativen und sozialistischen Kommunalpolitik" noch nicht gelöst – aber ein erster praktischer Schritt dazu gemacht.

Aufnahme ins Programm fanden im wesentlichen nur Sachbereiche, in denen innerhalb unserer Gruppe schon Erfahrungen in politischer Arbeit gesammelt werden konnten. (Präambel – Kommunale Demokratie – Stadtentwicklung und Verkehr – Mensch und Umwelt – Arbeit und kommunale Wirtschaftsförderung – Kultur – Soziales – Frauen – Homosexualität). In jedem Bereich wird der Versuch unternommen, jeweils von einer knappen Analyse zum Gegenmodell zu kommen; jeder Programmteil mündet in detaillierte und konkrete lokal-bezogene Vorschläge oder Forderungen.

Diesem Programm sind vereinssatzungsgemäß die gewählten Stadträte der AL ebenso verpflichtet wie der Mitgliederversammlung, was zumindest einer inhaltlich-politischen Absichtserklärung zugunsten des hierzulande rechtlich unmöglichen imperativen Mandats gleichkommt.

Zwei weitere Satzungsbestimmungen verpflichten die AL zum Aufbau eines offenen Bürgerforums und ihre Mandatsträger zur weiteren Mitarbeit in den Initiativen, aus denen sie gekommen sind. Damit hoffen wir, eine Abkoppelung der Fraktion vom außerparlamentarischen Bezugsrahmen zu verhindern. Auch nach der Wahl soll Schwerpunkt der AL-Arbeit bleiben, außerparlamentarische Bewegungen zu stärken, um die kommunalpolitischen Entscheidungsstrukturen mehr 'von unten nach oben' verlaufen zu lassen. (Beispiel: das direkt-demokratische Instrument des Bürgerentscheids soll wesentlich öfter in Anspruch genommen werden.)

Der Wahlkampf

Programmarbeit, konsequente Öffentlichkeitsarbeit, sowie Weiterarbeit in den Initiativen bestimmten die Zeit bis vor dem Wahlkampf.

Daß wir uns mit einem anderen Parlamentarismus-Verständnis dem bürgerlichen Wahlkampf-Mechanismus nicht voll entziehen können würden, war von Anfang an klar, und manifestierte sich nachträglich u.a. darin, daß er – eher zurückhaltend geführt – letztlich doch 10.000 DM gekostet hat – von der Zeit und Energie, die an "alternativer Arbeit" aufgewendet wurde, ganz zu schweigen. Die Finanzen wurden durch Beiträge und erfreulich rege fließende Spenden aufgebracht.

Schwierigkeiten bereitete uns auch die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit. "Wer ist Euer Spitzenkandidat?" "Welche 'gestandenen Bürger' befinden sich mit auf der Liste?" Und so weiter. Allein schon die Möglichkeiten des Kumulierens und des Panaschierens stehen ja geradezu symbolhaft für den Charakter einer Kommunalwahl als Persönlichkeitswahl.

Unser Wahlkampf sollte daher so weit als möglich programmbezogen und mit Spaß an Aktionen und möglichst alternativen Formen geführt werden; und er sollte ausdrücklich nicht gegen die DKP stattfinden. Um so enttäuschter waren wir über die Aktionen der DKP. Sie zog eine professionell geplante Strategie auf der Basis einer Materialschlacht auf, und beschäftigte schon Monate vor der Wahl acht hauptamtliche DKPler von auswärts. Die AL wurde zum Hauptgegner hochstilisiert, und AL-Mitglieder unter der Gürtellinie angegriffen (Korruption, Spekulation usf.). Offensichtlich war es für die Bundes-DKP Tübingen ein Prestigeobjekt, das mit allen Mitteln bürgerlicher Ellenbogenstrategie durchgeboxt werden sollte. Wir verhielten uns dennoch der DKP gegenüber neutral.

Einige zentralen Aussagen aus dem über 70seitigen Programm:

- **Der basisdemokratische Anspruch von Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung in allen Bereichen und Planungsstadien, insbesondere bei der Formulierung von Planungszielen;**
- **Der Kampf gegen eine Politik, die sich bedenkenlos dem Diktat technokratischer Sachzwänge und zweckgebundener Finanzzuweisungen fügt;**
- **Die Erhaltung des sozialen Gebildes 'Stadt' als bewohnbarer Ort mit eigener Identität;**
- **Die Erstellung eines langfristigen Arbeitsplatz-Bedarfsplans, dessen Kriterien für eine ökonomisch und ökologisch vertretbare kommunale Wirtschaftsförderung grundlegend zu sein haben;**
- **Die Entwicklung und Durchführung eines 'Alternativen Energiekonzepts' für Tübingen;**
- **Die Dezentralisierung sozialer, kultureller, medizinischer und städtischer Einrichtungen;**
- **Eine ursachenorientierte Sozialpolitik durch vorrangige finanzielle Unterstützung von Selbsthilfe-Initiativen;**
- **Die Einrichtung eines Frauenhauses und eines Modellzentrums;**
- **Beseitigung der Diskriminierung von Schwulen.**

Über die Wahl hinaus

» Politisches Programm als Dauerbrenner – brisante Themen und Dokumente zum tatsächlichen Zeitpunkt! «

Wolfgang Niess (Hg.)
Über die Wahl hinaus
Kritische Texte für skeptische Wähler
(4631/DM 5,80)

Mit Hammer und Säge
Strauß und seine Karikaturen
(4641/DM 7,80)

Ingeborg Drewitz (Hg.)
Strauß ohne Kreide
Ein Kandidat mit historischer Bedeutung
(4637/DM 5,80)

Freimut Duve / Heinrich Böll / Klaus Staeck (Hg.)
Kämpfen für die sanfte Republik
Ausblicke auf die achtziger Jahre
(4630/DM 5,80)

Herausgegeben von Freimut Duve im Rowohlt Taschenbuch Verlag

aktuell rro rro

"Wahlkämpfer" K. Halbritter

Wir verzichteten bewußt auf die öffentliche Zelebrierung der Spitzenkandidaten-Kür und betonten dafür die Verankerung aller Kandidaten in Initiativgruppen. Es wurden zwei Ausgaben einer AL-Zeitung ('Tübinger Maulwurf') vertrieben und eine 15seitige Kurzfassung unseres Programms flächendeckend an alle Haushalte verteilt. Wider den übertriebenen Ernst der Wahlkampfveranstaltung wirkten sowohl ein Straßen-Theaterstück, das die studentische 'Tübinger Bruchbühne' zugunsten der AL über 20mal aufführte, als auch ein Film der 'Tübinger Filmgruppe', mit dem wir von Kneipe zu Kneipe ziehen konnten. Die teilweise täglichen Info-Stände entwickelten sich zu einem alternativen Treff und zu einem regelrechten Diskussionsforum, das mit ausschlaggebend war für den Ausgang der Wahl.

Das SZ in der Liste

Als erste Bedingung dafür, daß wir als SZ überhaupt in der Lage sind, uns kommunalpolitisch einzumischen, wollen wir die Kontinuität unserer Gruppe betonen, die schon rein organisatorisch ein Auseinanderklaffen in individuell zu beackernde Arbeitsfelder (Hochschulpolitik, Kommunal-AK (KSZ), Frauenpolitik, Internationalismus-AK u.a.) verhindert, die auch einigermaßen identitätsstiftend erlebt wird und so erst den energieverschleißenden Prozeß der Verankerung in BIs aushaltbar macht. Deshalb können wir auch davon ausgehen, daß unser in den Gemeinderat gewähltes SZ-Mitglied nicht alsbald 'in der Luft hängen' wird.

Die Arbeitsgruppe KSZ besteht nunmehr seit einigen Jahren, war allerdings vor der Mitarbeit in der BI Schimpf-Nordtangente nie öffentlich in Erscheinung getreten, sondern hatte sich vor allem mit dem Versuch einer theoretischen Einschätzung der ökonomischen, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Kommunalpolitik beschäftigt.

Die Theoriearbeit im KSZ stellte zunächst vage eine Verbindung zwischen Kommunalpolitik und unseren individuellen Interessen und/oder konkreten Utopien her. Kurz: Wir konnten die Stadt als den Ort unseres Zusammenlebens, als eine wesentliche Konkretion des gesellschaftlichen Reproduktionsbereichs festmachen und somit mit utopischen Sehnsüchten, Vorstellungen und Entwürfen ausstatten.

Durch die Erarbeitung der Bloch-Tage waren wir in die Lage versetzt, einen inhaltlichen Bezug zwischen Ökologie und Ökonomie (siehe auch: SZ-Ţübingen: Marxismus und Naturbeherrschung, Verlag 2000) herzustellen, somit auch uns sinnvoll auf die alternative/grüne Bewegung zu beziehen.

Dennoch haben wir weiterhin größte Schwierigkeiten mit der positiven Bestimmung von 'sozialistischer Kommunalpolitik'. So wird es für die AL nicht leicht sein, sich einerseits nicht als alternative Planungsinstanz für alle möglichen Detailprobleme (Normierung von Kanaldeckel-Größen) einspannen zu lassen, andererseits trotzdem in vermittelbaren und auch realisierbaren parlamentarischen Vorstößen der außerparlamentarischen Bewegung zu nutzen und so unseren inhaltlichen Anspruch einzulösen.

Auch stellt sich – gerade uns im SZ – die grundsätzliche Schwierigkeit, den Adressaten der AL-Politik in einer Stadt wie Tübingen (möglicherweise 'sozialistischer Kommunalpolitik' überhaupt) klassenspezifisch zu bestimmen. Denn der Bau einer Stadtautobahn betrifft, indem gewachsene Stadtstrukturen zerstört werden, den Arbeiter wie den Bourgeois; daran ändert auch nichts, daß des Bürgers größere pekuniäre Potenz es ihm eher ermöglicht, sich als Person zu entziehen, also umzuziehen.

Politische Umrisse

Antikapitalistisches Moment: Aufzeigen, daß ökologische und infrastrukturelle Probleme der Kommune mit den Verwertungsbedingungen zusammenhängen (z.B. Nordtangente), entsprechende Interventionsmöglichkeiten ausschöpfen;

- **Bürgerlich-demokratisches Moment: Gegen Verwaltungsbürokratie, für Öffentlichkeit und Selbstbestimmung der Bürger (Bürgerentscheide);**
- **Utopisches Moment: Für die Entwicklung und Durchsetzung von Alternativen gemäß unseren Wünschen für das Zusammenleben und -arbeiten, als Ungleichzeitigkeiten schon im Kapitalismus;**
- **Parlamentarisch-machtpolitisches Moment: parlamentarische Durchsetzung bestimmter Forderungen in punktuellen Abstimmungsbündnissen;**
- **Antizentralistisches und antiinstitutionelles Moment: direkte Demokratie ohne Mehrheitsmaschinen, größtmögliche Selbstbestimmung der Kommune und konsequente Arbeit auf der Basis außerparlamentarischer lokaler Initiativen.**

Ebenso wie wir feststellen müssen, daß die AL in Arbeitervierteln sehr schlecht abgeschnitten hat, läßt auch die Zusammensetzung der BI-Bewegung das Klassensubjekt kopfstehen: der Proletarier erscheint als Ordnungsfaktor, der Bürger als revolutionäres Subjekt. Die unteren lohnabhängigen Schichten fallen in Tübingen völlig aus der Bewegung heraus. Sollte die Angst um den Arbeitsplatz den Lohnabhängigen wirklich so unversehens und so automatisch zum konservativen Apologeten des ausbeuterischen Systems des kapitalistischen Sachzwangs werden lassen? So hat für uns SZler der Wahlerfolg der AL einen schmerzlichen Beigeschmack, hat er doch immerhin auch aufgezeigt, daß wir von einer strategischen Vermittlung des ökologischen Kampfs um unsere äußeren Lebensbedingungen mit dem ökonomischen Kampf gegen die Fremdbestimmung durch das Kapitalverhältnis genau solange noch weit entfernt sind, wie diese Vermittlung allenfalls in unseren Köpfen besteht. Und insofern sind unsere Erfahrungen wahrscheinlich übertragbar.

Darüber würden wir gerne mit anderen SB-Gruppen weiterdiskutieren!

SZ-TÜBINGEN

Das Programm der AL kann gegen die Einsendung von DM 3,-- in Briefmarken bestellt werden. Zum Bürgerentscheid gegen die Nordtangente gibt es fernerhin eine genaue Dokumentation (350 Seiten!) der BI Schimpf/Nordtangente (sie kostet DM 25,-- und ist gegen Rechnung ebenfalls erhältlich). Kontaktadresse: Klaus Windisch, Theodor Heuß-Str. 2, 7400 Tübingen 3, Tel. 07071/72301.

Radio Freies Wendland, Kölner Frauenhaus und Motorrad-Rausch

Töne und Texte von NETWORK

Gegenöffentlichkeit und Betroffenen-Berichterstattung – diese beiden Begriffe sind konstituierend für linke und alternative Medienarbeit. Doch noch immer beschränkt sich deren Praxis fast ausschließlich auf Gedrucktes, ob in Alternativzeitschriften oder -zeitungen; von Büchern nicht zu reden. Sie unterwirft sich den Normen von Disziplin und Grammatik, wie sie die Schriftsprache bestimmen. Töne, Texte und Bilder miteinander kombinieren – das führt jetzt ein neues Medien-Projekt vor.

Die NETWORK MEDIEN COOPERATIVE hat im Mai ein Startprogramm vorgestellt, das aus 19 Medien-Paketen, jeweils bestehend aus Ton-Cassette und Begleitheft, zusammengesetzt ist (siehe Beilage in "links", Mai-Ausgabe). Inzwischen sind zwei aktuelle Medienpakete hinzugekommen: eher regional begrenzt in der Verbreitung – eins über die Bremer Aktionen gegen die Soldaten-Vereidigung am 6. Mai, und als Life-Dokument die Sendungen von Radio Freies Wendland von der Räumung der Freien Republik in Gorleben am 4. Juni. (Auszüge in dieser Ausgabe auf Seite 16). Das Projekt steht auf zwei Beinen: Redaktion in Frankfurt und Studio Octopus bei München. Mit Christoph Potting und Christian Scholze aus der Frankfurter Redaktion sprach Johannes Winter.

Christoph: Nach 2,5 Jahren Redakteurstätigkeit bei päd.extra sozialarbeit habe ich gemerkt, daß mit dem traditionellen Medium Zeitschrift wenig zu bewegen ist. Eine Zeitschrift wird schnell zur Institution für Abonnenten, um zum Stamm der Informierten zu gehören; hat aber keine politisch spürbare Bedeutung im Sinne von aktiver Auseinandersetzung. Zum Zweiten: die Diskussion in der Zeitschrift versuchte Erfahrungsorientierung und sinnliche Vermittlung von politischer Erfahrung in den Vordergrund zu stellen. Da merkte ich sehr schnell, daß das bei dem Medium auf 'ne Grenze stieß. Auch, daß es schwierig ist, Leute für die Diskussion ihrer Erfahrungen zu motivieren – wenn das geschrieben sein soll. Aus dieser Erkenntnis heraus war ich einfach offen für eine Form von Kooperation, wie sie durch meine Bekanntschaft mit Anton und Mechthild vom Studio Octopus in Reithofe bei München möglich schien.

Ein anderer wichtiger Strang für mich war die Diskussion in der Mediengruppe, die sich aus den Vorbereitungen fürs Russell-Tribunal gebildet hatte, wo es um Zensur ging. Daraus kam die Frage: welche Konsequenzen sind für eine alternative Medienarbeit daraus zu ziehen?! Relativ abstrakt kamen wir auf Begriffe wie Dezentralisierung, Enttechnisierung: die Technik muß sich nach den Erfahrungen richten und nicht die Erfahrung nach der Technik. Und vor allem: daß es nicht reicht, diese industriellen Medien zu demokratisieren! Das war für mich ein ganz entscheidender Satz.

Christian: Meine Erfahrungen mit Medien hängen eng zusammen mit der politischen Arbeit, die ich seit 1968 mache. Da hat sich folgende Schere aufgetan. Einmal die massive Beeinflussung von Denkstrukturen durch die großen Medien, die herrschenden Medien. Und auf der anderen Seite unsere Versuche – weil wir nach unserer Erfahrung in diesen Medien entweder nicht oder entstellt zu Wort kommen –, mit unseren beschränkten Mitteln Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Es gab zwar durchweg zu einzelnen Leuten in diesen Medien Kontakte, wobei aber das Verhältnis meist nur instrumentellen Charakter hatte. Auf der anderen Seite war unser Medium im wesentlichen das Flugblatt.

Ich hab viel später ein Projekt gemacht mit Jugendlichen, Arbeitslosen und Auszubildenden, im hessischen Raum. Es ging um das Verhältnis ihrer Alltagserfahrungen und große Politik, und ich kam auf die Idee, mit Toncassetten zu arbeiten. Weil ich wußte, daß das ein einfaches Medium ist, was die Jugendlichen auch aktiv nutzen oder benutzen. Die Jugendlichen zogen mit Cassetten-Recordern rum und haben die Leute zu ihren Alltagsproblemen befragt; das hat ihnen irre Spaß gemacht.

Die Sozialarbeiter in den Jugendzentren haben gesagt, wir können die schon gar nicht mehr hören, die Cassetten – weil die Jugendlichen die immer wieder vorgespielt haben. Das Ergebnis dieses Produktionsmittels war unmittelbar, fühlbar, hörbar; es war ein Arbeitsprozeß, dessen Resultat auch greifbar war. Ich glaube nicht, das Medium löst jetzt alle politischen und pädagogischen Probleme sozialer Arbeit von selbst. Es ist jedoch eine Möglichkeit zur Aktivierung und Artikulation, auch wenn das Bild, die visuelle Vermittlung fehlt. Aber dafür ist es eben technisch einfach und billig.

So habe ich meine ganz anderen Erfahrungen in den Diskussionsstand von Christoph, mit dem ich zusammenwohne, eingebracht – wie das Medium Cassette sinnvoller zu nutzen ist.

Loblied auf Töne

Frage: Kommen wir auf die Qualität des akustischen Mediums Cassette! Wir wissen ja inzwischen, daß man mit Ton, mit Tönen ganz anders dokumentieren, abbilden kann, viel authentische Leute zu Wort kommen lassen kann als das in der Schriftsprache je möglich ist.

Christian: Das ist das ganz Entscheidende: wieviel an Ausdrucksmöglichkeiten verschenkt wird durch die Fixierung auf die traditionellen Medien! Was passiert im Prozeß des Niederschreibens von Erfahrungen durch die Normen von Orthographie, von Grammatik, Nochmalnachdenken, das weiße Blatt füllen? Was ist von spontanem Denken und Reden da noch übrig? Daß ich jetzt hier sagen kann, daß ich in Gedanken eigentlich ganz woanders bin, weil ich mir überlege, wie bei dem schlechten Wetter meine Freundin, grad nach Frankreich fahrend, wohl auf der Straße zurecht kommt! Ich kann das im Nebensatz einfließen lassen; in Schriftform würde das unheimlich stören; man würde sagen, wenn man's liest: was ist das für'n Chaot!

Frage: Wie habt ihr, um den Bogen auf's Projekt zu kriegen, solche Überlegungen inhaltlich, auf euer Programm umgesetzt? Nach meinem Überblick läßt sich das Startprogramm von insgesamt 19 Medienpaketen (Cassette plus Begleitbuch) in vier Schwerpunkte aufgliedern und, sozusagen unter Punkt "Verschiedenes" noch fünf einzelne Themen.

Quantitativ, mit sechs Cassetten, ist der größte Schwerpunkt die Musik – klassisch und traditionell ist ja die Cassette ein Musikmedium. Dann gibts, jeweils dreimal, Kinder und Arbeitswelt, außerdem zwei Cassetten aus der Jugendlichen-Szene.

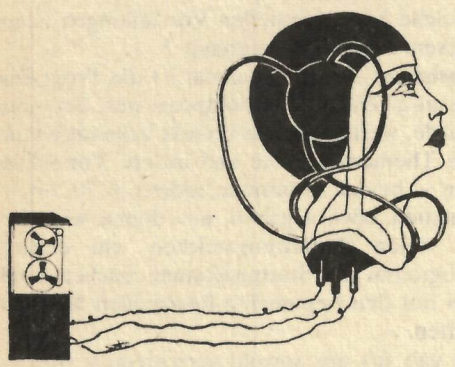
Einzelne Medienpakete sind Frauen (Frauenhaus), politische Literatur (P.P. Zahl-Preisverleihung), alternative Medien (Radio Verte/Fessenheim), Ökologie (BI gegen Flughafen/Erding-München) und Pädagogik (Glockseeschule-Hannover).

Welche konzeptionellen Vorstellungen liegen diesem Programm zugrunde?

Christian: Zunächst einmal ist das Programm Resultat eines Selektionsprozesses, der nötig wurde, weil, als unser Projekt bekannt wurde, die Themenangebote und unsere Vorstellungen – beides zusammen addiert – 50, 60, 70 Themen etwa ergaben, aus denen wir, jetzt in vielen Anführungszeichen, ein engeres Programm als Startprogramm machen mußten mit den begrenzten finanziellen Möglichkeiten.

Es gab für uns sowohl verschiedene Interessenten und verschiedene Nutzungsmöglichkeiten. Zum Beispiel in der Bildungsarbeit, in Arbeitskreisen, als Bildungsmaterial, in der Schule. In dieser Einengung auf reine Bildungsmaterialien – das haben wir vorher gesehen – würde das ein ökonomisches Problem. Ande-

rerseits ist dieses Medium sehr verbreitet und genutzt, als Cassette im Auto oder bei Jugendlichen, wo unterdessen der Kippunkt erreicht ist, daß sie mehr Recorder als Plattenspieler haben. Und da ist auch das Bedürfnis nach Unterhaltung vorhanden, wo sich die Musik natürlich anbot.
Unsere erste Idee waren regionale Musikgruppen, die wir kennen; diese Gruppen sollten sich in einer Art Sample – alle aus einer Region – vorstellen, wie sie wollen und solange sie wollen. Das haben wir dann in Hannover mit einer Reihe sehr guter Gruppen, die hier noch unbekannt sind, angefangen und mit ihnen eine Cassette gemacht. Viele Gruppen sind auch daran interessiert, sogenannte "Demo-Cassetten" zu machen, die sie dann Veranstaltern schicken, um, weil sie nur regional bekannt sind, ihre Musik woanders zu demonstrieren.
Oder die anderen Cassetten, die wir anbieten: z.B. Zigeuner-Musik vom Zigeunerfestival in Darmstadt oder Steelbands aus der Karibik. Das ist weitgehend unbekannte Musik, die Widerstand und politische Kultur zum Ausdruck bringt; es sind live-Aufnahmen. 90 Minuten Musik und im Begleitbuch Informationen über die Lebensverhältnisse, in denen die Musik entstanden ist – das geht über die Möglichkeiten von Platten hinaus.



Kommunikation – das sind Töne!

Christoph: Noch ein wichtiger Aspekt: ich glaube, daß die Bedeutung von einfachen und billigen Medien für die Selbstverwaltung von Gruppen, Kommunen, Lebensgemeinschaften und dezentralen Produktionseinheiten unwahrscheinlich groß ist. Die kommen, als dezentrale Einheiten, ohne Kommunikation über Medien gar nicht aus.
Wenn wir uns eine Gesellschaft dezentraler Lebens- und Produktionseinheiten vorstellen, dann lassen sich Betriebsvollversammlungen oder Gemeindevollversammlungen, wenn sie sich miteinander verständigen und kommunizieren wollen, gar nicht anders denken. Deswegen haben wir z.B. für Mitglieder der Kooperative die Idee einer Mitglieder-Cassette; das ist der Versuch, sehr direkt und lebendig über unser Projekt Mitglieder zu informieren, ihnen z.B. Teile dieses Gesprächs hier zu vermitteln oder die öffentlichen Reaktionen im Rundfunk auf unser Projekt, die wir mitschneiden. Das wird eine Collage aus dem Projekt, die dann den Mitgliedern zugeht!
Die können dann im Auto sich "Neues von Network" anhören und danach haben sie die Cassette und können sie mit Musik bespielen. Und die können dann uns 'ne Cassette schikken mit ihren Erfahrungen und sagen: schneidet das doch auf die nächste Mitglieder-Cassette – dann geht das wieder so rum!

Frage: Welche Funktion hat das Begleitbuch? Bei Musik ist es höchst ungewöhnlich, daß sie mit einem Textbuch angeboten wird. Du kannst dir Reggaen-Platten kaufen, Jimmy Cliff, tolle Musik – aber da ist, wenn überhaupt nur der Liedtext dabei. Wenn ihr zur Karibikmusik-Cassette ein Begleitbuch macht – welche Funktion hat das?
Christian: Wir sagen: was der Cassette fehlt, hat das Buch, und was dem Buch fehlt, hat die Cassette. Die ergänzen sich funktional; und die Betroffenen entscheiden, was sinnvoller ins Buch zu nehmen ist oder auf die Toncassette. Du mußt dir also, wenn du die Musik anhörst, keine Kommentare anhören, sondern die liest du besser im Begleitbuch. Oder Statistiken, Daten und auch Vorschläge, wie bei der einen Kindercassette, zum Weiterspielen – die findest du im Begleitbuch, da brauchst du nicht lange auf der Cassette suchen.
Frage: Mein Vorschlag jetzt: ihr solltet mal den Entstehungsprozeß eines eurer Medienpakete beschreiben; und zwar unter dem Aspekt der Betroffenen-Berichterstattung, die ja in der Alternativpresse nicht nur praktiziert wird, sondern zum Teil auch zum Fetisch geworden ist.
Christian: Nehmen wir das Dokument über die Uni-Kita (Kindertagesstätte) in Frankfurt. Es gab die Idee von uns, es gab persönliche Bekanntschaften. Weil der Alltag in der Kita vielleicht auch für andere interessant ist. Wir haben dann mit einem Gerät und zwei Mikrophonen, garnicht bombastisch, in der Kita Aufnahmen gemacht; wenn die Kinder gesungen haben oder wenn sie den Typ mit dem Kopfhörer bei der Aufnahme gesehen haben, dann sind die hingegangen, haben auch damit gespielt, selber Aufnahmen gemacht oder abgehört.
Die Aufnahmen gingen über einen längeren Zeitraum. Die Bänder haben wir den Kita-Leuten dann zunächst zurückgegeben. Die haben sich's angehört und sind darüber zu Auseinandersetzungen über ihre Arbeit und ihren Alltag gekommen, in eine seit langem wieder heftige Diskussion: was machen wir da eigentlich!
Jetzt, wo die Aufnahme zum mehr oder minder öffentlichen Dokument werden sollte, haben sie sich damit beschäftigt, das steht dann im Begleitbuch; wo sie darstellen: was ist mit uns eigentlich passiert in dem Prozeß. Sie haben dann entschieden, daß und was geschnitten wird, sind mit den ganzen Bändern unterm Arm nach München in unser Studio gefahren, nach Reithofen, und haben dort mit dem Anton zusammen das endgültige Band zusammengeschnitten.
In das Begleitbuch ist die Schilderung des Ablaufs eingegangen, wie ich sie hier gerade geschildert habe. Dann ist darin eine Auseinandersetzung mit traditionellen Märchen, mit dieser aufklärerischen Moral mit dem Zeigefinger.

Kontaktadressen

network – MedienCooperative, c/o Christian Scholze – Christoph Potting, Hallgartenstr. 69, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/561737;
Studio OCTOPUS, Medien-Produktion und Verlag – Anton und Mechthild Bubenik – Erdinger Str. 7, 8011 Reithofen, Post Pastetten, Tel. 08124/1481.

Die Erwachsenen haben dabei also mit Kindern zusammen auch etwas über ihre eigene Kindheit erarbeiteten und z.B. die ganz wichtige Erfahrung gemacht, daß sie die Phantasiewelt der Kinder nicht stören. Die Betroffenen haben das Produkt also bis zum Endresultat unter Kontrolle und unter ihrer Gestaltung gehabt. Wo wir quasi nur ein Sprachrohr sind.
Christoph: Diese autonome Arbeitsweise der Gruppen ist wesentlich für unser Selbstverständnis. Wir haben dabei lediglich unterstützende Funktionen. Wenn eine Betriebsgruppe ein Medien-Paket über einen betrieblichen Konflikt macht, eine Frauengruppe über ihre Arbeit oder eine politische Gruppe über einen Kongreß (z.B. ist geplant ein Medienpaket über den "Großen Ratschlag") zusammenzustellen) berichteten, so bestimmen sie Inhalte und Gestaltung.
Exemplarisches Beispiel ist die Toncassette "Radio Freies Wendland" – Auszüge davon enthält der folgende Beitrag.

Radio Freies Wendland
Am Räumungstag: immerzu UKW

Unser Modell war die erste Life-Sendung von Radio Verte Fessenheim; 1978 hat die Lokalantenne Colmar mehrmals direkt aus einer bestreikten und besetzten Fabrik heraus gesendet. RVF hielt es für notwendig, daß die Einwohner von Colmar unmittelbar von den Streikenden selber informiert wurden. Eigentlich sehr naheliegend. Wozu muß dann immer ein professioneller Journalist dazwischen geschaltet werden, mit seiner gewundenen Ausdrucksweise, seiner Rücksichtnahme nach Oben, seiner Angst in der Hose und seiner professionellen Ahnungslosigkeit?
Alle, die in der Freien Republik Wendland werkelten und sich auf den Aufmarsch der Staatsgewalt vorbereiteten, hatten ein Interesse dran, daß die Bevölkerung im Landkreis möglichst viel mitkriegt, und da reichte die Elbe-Jeetzel-Zeitung und der NDR wirklich nicht aus. (Die Berichte von stern, zeit, FR, AZ usw. waren nicht unnütz. Bloß: sie spielen für die regionale Öffentlichkeit keine Rolle, und sie bleiben eben doch gefilterte Mitteilung. Der Journalismus ist eine Milchglasscheibe.)
Vergleich mal diese Life-Sendung mit dem Tages-Schau-Bericht. In der Tages-Schau sah man 'die Demonstranten', ein uniformer Haufen, der aus-

Fritz Teufel freilassen!

Fritz Teufel wurde der Beteiligung an einer Straftat bezichtigt. Er hatte ein Alibi. Hieb- und stichfest. Die Justiz hätte ihn freisprechen müssen. Dennoch wird Fritz Teufel weiter der Prozeß gemacht. Ein neue Anklage wurde vorgebracht, ein neuer Haftbefehl erlassen. Die Justiz hat sich – wie soll es sonst genannt werden? – ein Alibi gegeben.
Obwohl niemand die Justiz angeklagt hatte, griff sie doch zu einem Verteidigungsmittel, das Angeklagten vorbehalten ist. Wollte sie sich selbst anklagen?
Vielleicht sollte man doch gleich den Straftatbestand des nicht unbescholtenen Rufes einführen. Der Ehrlichkeit halber. Oder andernfalls der Ehrlichkeit halber Fritz Teufel herauslassen. Nicht erst zum 1. Mai.

Foto: Kretschmann, Gorleben-Bildband

sieht, wie Demonstranten immer aussehen. So einheitlich und längst gehabt wie eine Fußball-Mannschaft, die immer im selben Vereinstrikot einläuft. Artikulieren durfte sich von uns auch niemand. Stattdessen kamen zwei Berufsredner zu Wort, Herbert Gruhl und ein Juso-Chef, genaugenommen zwei Passanten, die aber den Journalisten gutnachbarlich bekannt sind. Das wars dann gewesen. Wir waren entmündigt und unkenntlich gemacht.

In der Radio-Wendland-Sendung haben dann viele von uns den Mund aufgemacht und wurden erkennbar: Frank, der Wanderer zwischen den Polizei-Barrieren, die Frau aus der Musik-Gruppe, die Lüchow-Dannenberger Rebecca, Gaby, Wolf, Lilo Wollny, die ihren Landsleuten etwas zu sagen hatten, oder später die von der Presse so idiotisch mystifizierten Türmer ... Na ja, hörts euch selber an. Dieses Dokument auf der Cassette ist eine gewaltige Ohrfeige für den heruntergekommenen deutschen Journalismus, ich hoffe, einige Hörer werden rot und gehn mal in sich (z.B. dieser unsägliche Aspekte-Moderator, der kürzlich anläßlich der Zürcher Opern-Revolte gedankenschwer sagte: 'Die Jugendlichen müssen sich aber auch darüber klar werden, daß Gewalt ihre Ziele diskreditiert!' – Mensch, Junge, sag das doch auch mal dem Herrn Baum und dem Herrn Albrecht und den Managern der Atom-Industrie! Du bist doch Journalist, es gibt keine Zensur, also Mann, keine Angst! Dann entziehen wir dem Staat sofort die Kreditwürdigkeit und zahlen keine Steuern mehr, o.k.?).

Vergleicht auch mal den Aufwand für unsere notwendige Direkt-Übertragung mit dem Kosten/Nutzen-Verhältnis bei den offiziellen Medien. Geld gekostet hat uns die RFW-Sendung überhaupt nur deshalb, weil das Funk- und Fernseh-Monopol jede Konkurrenz kriminalisiert. Und was kostet (uns, die Gebührenzahler!) eine Life-Übertragung, wenn sich in Neapel ein paar gelangweilte Millionäre um einen Fußball streiten, wenn ein Papst eine Krone aufs Haupt gedrückt kriegt, wenn in Bonn Macht- und Diäten-hungrige Wahlkämpfer ihre Reklame-Slogans aufsagen, wenn in Wiesbaden ein Showmaster vor jungen Frauen herumgurrt? Macht euch das doch mal klar! Bemerkt doch bitteschön, daß in unserer Gesellschaft das Medium Funk/Fernsehen nur parodiert wird. Wir haben uns daran gewöhnt, Albernheiten für selbstverständlich zu nehmen. Das Zeitalter der demokratisch genützten Medien hat noch gar nicht angefangen, so daß die Pioniere des Freien Radio eure Unterstützung brauchen. Was nützt denn eure ironischen bis melancholischen Sprüche über die Glotze, vor der ihr klebt, wenn für die 'Piratensender' auch nur gelangweiltes Achselzucken übrig bleibt?

Die Life-Sendung am 33. Tag der Republik Freies Wendland war aber noch aus einem anderen Grund wichtig: Sie war für die möglichen Opfer polizeilicher Putativ-Notwehr so eine Art von Lebensversicherung m.b.H. Zu dick aufgetragen? Ich glaub nicht.

Hätte es im Dorf 1004 am 4. Juni überhaupt keine Öffentlichkeit gegeben, wär' die Staatsgewalt mit uns umgesprungen nach Belieben. Wir konnten die Aktion überhaupt nur machen, weil die Medienleute da waren. Aber konnten wir denn wissen, wie lang sie dableiben (dableiben dürfen)? Radio Freies Wendland jedenfalls ist immer dageblieben, der letzte Zeuge, der auch gehört wurde.

Gut, das wäre zunächst noch keine Sache auf Tod und Leben gewesen. Aber was ist, wenn niemand mehr auf dem Gelände ist außer ein paar Leuten vom Turm. Und wenn es Nacht wird? Hat die offizielle Propaganda nicht ständig behauptet, Terroristen wären auf dem Platz? Hat der Staat nicht ein Interesse daran, aus Anti-AKW-Demonstranten Terroristen zu machen, um sie vom Volk absondern und abknallen zu können?

Ich habe folgendes Szenarium nie ausschließen können: Der Platz ist von der Staatsgewalt besetzt, die Stimmung angeheizt. Irgendwoher ist ein Stein geflogen, oder ein Molli (alles schon mal dagewesen). Die Polizei meldet im Laufe des Tages: Ein toter Polizist, einer, der ums Leben ringt. BILD interviewt die Anverwandten. Die Tagesschau zitiert einen Polizeibericht, wonach der Turm ein Waffenlager ist. (Alles schon mal dagewesen). In der Nacht – meldet dpa – versuchten einige heroische MEK- oder GSG-Leute, den Turm zu nehmen. Sie mußten leider durch die Holzwand 'zurückschießen'. Hinter der Tür war zwar nur ein nackter Mann (alles schon mal dagewesen). Oder: Bei genauer Durchsuchung findet sich in einem Schlafsack eine Knarre, die noch raucht. Sowas läßt sich machen, alles schon mal dagewesen.

Wer dieses Szenarium unsinnig findet, hat die letzten 5 Jahre im Modell-Deutschland verschlafen. Ich jedenfalls konnte es nicht ausschließen.

Deshalb hat die Turmgruppe noch am Vorabend der Räumung eine Pressekonferenz veröffentlicht, die zwei Fernsehteams aufgezeichnet haben. Deshalb haben wir dafür gesorgt, daß ein dpa-Fotograf als Zeuge auf den Turm ging. Und deshalb hat Radio Wendland bis zum Schluß gesendet. Ein Radio als Putativ-Notwehr? Jedenfalls weniger 'putativ' als die Schüsse auf den nackten Schotten in Stuttgart, und Leben wurde vom Radio wohl nicht gefährdet.

Die tödlichen Amok-Schützen in Stuttgart kamen straflos davon. Das lebendige Radio Wendland soll strafbar sein? Wenn wir uns das gefallen ließen, wären wir nicht mehr zu retten.

WALTER MOSSMANN

101 UKW: "Radio Freies Wendland". Ein Life-Dokument auf Toncassette mit Begleitheft ist zum Preis von DM 22,80 zu beziehen von: Network Medien-Cooperative, Hallgartenstr. 69, 6000 Frankfurt 60.

Neu im Buchhandel

Heimat -
Sehnsucht nach
Identität
240 S., 25.00 DM

Herausgegeben von
Elisabeth Moosmann
Mit Beiträgen
von
Herrmann
Bausinger,
Peter O.
Chotjewitz,
Hans Karl Filbinger,
Albert
Herrenknecht,
Jürgen Lodemann,
Günter
Markscheffel,
Walter Moßmann,
Pierre Pflimlin
u.a.

Ästhetik &
Kommunikation,
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2
1 Berlin 61

Gott ist an der Basis

Zur neueren Entwicklung im Katholizismus

Gemessen an der Teilnehmerzahl können sich Kirchentage allemal mit Demonstrationen der Linken messen. Während wir aber der Bewertung jeder noch so kleinen Manifestation auf der Straße einen großen Raum in unserer Diskussion zukommen lassen, würdigen wir etablierte Großveranstaltungen oft mit keiner Zeile. Mit Recht kann dagegen eingewandt werden, da ja schließlich auch auf dem Treffen deutscher Chorgemeinschaften Zehntausende von Teilnehmern versammelt sind, ohne daß dies für Sozialisten und für soziale Bewegungen von Interesse wäre. Auf Kirchentage trifft dieses Argument aber nur bedingt zu.

Trotz gegenteiliger Eigeneinschätzung sind die Kirchen kein bestimmender politischer Faktor in der Bundesrepublik mehr. Andererseits sind sie aber auch ebensowenig aus dem politischen und sozialen Leben hinwegzuinterpretieren wie die sich an ihnen bindenden Massenloyalitäten mit ihren Büchern und Widersprüchen. Kirchentage sind für die Kirchen Anlässe, sich nach außen darzustellen und den Mitgliedern den Eindruck von Stärke und Geborgenheit zu vermitteln. Entgegen dem Willen der Verantwortlichen gelingen diese Massentreffen aber nie ohne Disharmonien, ohne Zudecken der intern vorhandenen Konflikte und grundsätzlich differierender politischer und theologischer Standorte. Am Beispiel des diesjährigen Katholikentages in Berlin soll hier der Versuch gemacht werden, auch für außenstehende Sozialisten die Relevanz von kircheninterner Opposition für ihre Suche nach Verbündeten aufzuzeigen. Nicht zuletzt wird auch davon ausgegangen, daß das Massenphänomen Woytila im Herbst dieses Jahres auch auf die Bundesrepublik überschwappt und auch uns nicht ganz unberührt lassen wird.

Institution und Gemeinden streben auseinander

Blättert man die offizielle Broschüre des diesjährigen katholischen Kirchentages durch, schaut man sich die Namen der maßgeblichen Personen im deutschen Katholizismus an, vergegenwärtigt man sich dazu noch die an mittelalterliche Inquisitionsverfahren erinnernde Behandlung des Tübinger Theologen Hans Küng oder liest einige Stellungnahmen von dieser Seite aus jüngster Zeit etwa zum § 218, zu Landtagswahlen und Atomenergie, läßt sich eine Bewertung schnell formulieren: die katholische Kirche in der Bundesrepublik scheint von einer sonst nur noch selten anzutreffenden einheitlichen anti-aufklärerischen, anti-sozialistischen, durch und durch stockkonservativen Einstellung geprägt zu sein, die sie aufgrund ihrer Finanzstärke auch im Weltkatholizismus deutlich einbringt.

Zwar sprechen eine Vielzahl von Tatsachen wie diese und andere für eine solche Einschätzung, aber dennoch verbleibt sie nur an der Oberfläche.

Von vielen verständlicherweise Desinteressierten nicht zur Kenntnis genommen, ist in der letzten Zeit in vielen Jugendverbänden und auch Gemeinden ein bemerkenswertes Unzufriedenheitspotential gewachsen, das immer mehr auch seinen Dissens zum offiziellen Katholizismus artikuliert und zu eigenen Formen einer "Basiskirche" aufgebrochen ist. Über den Fall Küng hat sich dieses Potential noch um eher liberale Auffassungen erweitert. Die straff hierarchische Struktur des Katholizismus, die keinen Vergleich mit orthodoxen kommunistischen Parteien zu scheuen braucht, ist in diesem Fall für viele, bis dahin eher loyalen Katholiken deutlich und fragwürdig geworden. Um der manifest gewordenen Verunsicherung großer Kirchenteile entgegenzutreten, hat der fromme Polen-Papst und seine ihm ergebene deutsche Bischofskonferenz Küng knallhart die Lehrbefugnis entzogen und gleichzeitig die Dogmen wieder aufpoliert. Dabei haben Küngs Thesen allenfalls theologische Verkrustungen und die ärgsten Mißstände innerkirchlicher Demokratie offenkundig gemacht. Über die Kirche hinaus sind sie politisch relativ bedeutungslos. Sich auf die Küng-Auseinandersetzung zu konzentrieren hieße demnach seine Augen gegenüber anderen, viel tiefergehenden Oppositionsformen im westdeutschen Katholizismus zu verschließen, die sich auch als Teil gesellschaftlicher Opposition verstehen wollen.

Impulse aus Lateinamerika

Ihre entscheidenden Anstöße bekommen diese Teile der innerkirchlichen Opposition von den Erfahrungen und Reflexionen der lateinamerikanischen "Theologie der Befreiung", deren hervorragendster Vertreter, Leonardo Boff, wie Küng relegiert worden ist und den ihr entsprechenden Organisationsformen der "Basisgemeinden".

Soweit eine vereinheitlichende Charakterisierung der "Theologie der Befreiung" überhaupt möglich ist, wird darunter eine aus der praktischen Teilnahme an den Kämpfen der ausgebeuteten und ausgebluteten Massen entstandene Theologie verstanden, die den christlichen Glauben aus der Sicht der Armen neu und parteilich zu definieren versucht. Als exemplarisch wäre hier das von Ernesto Cardenal aufgeschriebene "Evangelium der Bauern von Solentiname" zu nennen. Das Gleichnis vom barmherzigen Samariter etwa, eine ebenso zentrale wie zur Legitimierung politisch enthaltsamer Nächstenliebe gerne zitierte Bibelstelle, gewinnt in der Auslegung der Menschen von Solentiname, einer Inselgruppe vor den Küsten Nicaraguas, eine völlig neue, revolutionäre Bedeutung. "Das Volk ist der Verletzte, der auf der Landstraße verblutet. Die Priester, die sich nicht um das Schicksal des Volkes kümmern, das sind die beiden, die zu ihren Gebeten im Tempel gingen. Und die atheistischen Revolutionäre sind die guten Samariter, die guten Freunde, die guten Kameraden."

Wie zuletzt das Beispiel des Erzbischofs von El Salvador, Oskar Romero und vor ihm das von Camilo Torrres und hunderter namenloser Priester, Bauern und Arbeiter gezeigt hat, ist diese Neuorientierung des christlichen Glaubens keinesfalls mehr nur auf eine kleine Zahl professioneller Theologen beschränkt. Angestoßen durch die beiden kontinentalen Bischofskonferenzen von Medellin und Puebla, radikalisiert durch die sich verschärfenden Repressionen in den einzelnen Ländern und ermutigt durch den revolutionären Prozeß in Nicaragua, beginnt auch die Hierarchie sich deutlicher in die Kämpfe einzumischen. Symptomatisch ist hierfür etwa das Verhalten der katholischen Kirche im großen Metallarbeiterstreik von Brasilien, in dem sie sich vorbehaltlos auf die Seite der Arbeiter gestellt hat. "Wenn es im historischen Block zum Bruch gekommen ist, dann kann sich die Kirche in gewissem Sinn für die unterprivilegierten Klassen engagieren und diese bei ihren Kämpfen gegen die Beherrschung unterstützen, insbesondere solche gesellschaftlichen Gruppen, die eine religiöse Weltsicht haben, wie das der Fall unseres lateinamerikanischen Volkes ist. Diese Gruppen haben das Bestreben, eine Strategie der Befreiung zu entwikkeln, indem sie sich eine unabhängige und zu den Vorstellungen der herrschenden Klassen alternative Weltsicht entwerfen." (Leonardo Boff).

Während Rom versucht, diesen Prozeß herunterzuspielen oder plump als philokommunistisch zu denunzieren, finden viele sozialkritisch engagierte kirchliche Gruppen in der Bundesrepublik in dieser Theologie der Befreiung ein Gerüst, das Glauben und Kampf vereint. Für die kritischen Gruppen innerhalb des westdeutschen Katholizismus ergibt sich daraus aber auch die Aufgabe, Adressaten für eine "Theologie der Befreiung" in der Realität vor Ort ausfindig zu machen. Denn weder sind wir hier mit ausgebeuteten Massen konfrontiert, noch sind die kirchlichen Bindungen vergleichsweise relevant, noch exi-

K. Halbritter

stiert eine erwähnenswerte Klassenbewegung. Ohne diese realistische Auslotung von Widerstandspotentialen in kapitalistischen Metropolen wie der Bundesrepublik hat die Orientierung auf revolutionäre Entwicklungen in Lateinamerika aber keinen Boden unter den Füßen. Illusionen und Resignation sind dann zwangsläufig die Folge. Da haben wir von der 68er Studentenbewegung genügend gelernt. Ähnliches gilt für die "Basisgemeinden", die einen Versuch darstellen, neue Formen von Gemeindeleben zu praktizieren in Konfrontation mit zentralen gesellschaftlichen Konflikten. "Die große Mehrzahl der Katholischen Basisgemeinden ... hat zu kämpfen mit Problemen wie der bereits geschehenen oder drohenden Vertreibung von Grund und Boden, mit Fragen von Lohn, Arbeit, Gesundheit, Wohnung, Schule und Gewerkschaft. Ohne Schwierigkeit läßt sich feststellen, daß unser Modell einer abhängigen, assoziativen und elitistischen Gesellschaft, die nach kapitalistischen Regeln abläuft, nicht für diese Menschen geschaffen wurde. Nichts funktioniert in ihrem Interesse, weder die Gesetze noch die Richter noch der Polizeiapparat, noch die Öffentlichkeitsmedien. Überall werden sie ausgebeutet. Bis vor kurzem waren sie für Kirche und Gesellschaft lediglich Objekte der Barmherzigkeit. Positiv galten sie nichts. Allenfalls waren sie Material für politische Manöver und Statisten zum Auffüllen von Volksfesten. Jetzt aber tun sie sich zusammen, bilden Gemeinschaften und stärken ihr Bewußtsein in dem Sinn, daß Kirche und Gesellschaft kritisiert und verändert werden müssen. Sie werden zu Subjekten der Geschichte." (Boff). Organisieren sich in Lateinamerika und z.T. auch in Südeuropa tatsächlich sozial deklassierte Gruppen in diesen Basisgemeinden, sind sie in den Niederlanden und beginnend jetzt auch in der Bundesrepublik fast durchweg akademisch-mittelständisch geprägt. Dies sagt nichts gegen ihre Existenznotwendigkeit, zeigt aber ihre Grenzen auf, wenn sie sich als "auf dem Wege zu einer Kirche der Armen" zu definieren versuchen. In der Bundesrepublik existiert inzwischen auch eine lockere Koordination von Basisgemeinden und -gruppen, die von der "Frankfurter Basisgemeinde" aus erfolgt.

K. Halbritter

Institution und Gemeinde beim Katholikentag

Für den offiziellen Katholizismus sind die "Theologie der Befreiung" und die "Basisgemeinden" Reizwörter, weil sie sein Selbstverständnis infragstellen – und zwar von innen heraus. Unterstellen sie doch, daß die herrschende Theologie eben nicht auf Befreiung der Menschen angelegt ist, sondern auf deren Unterdrückung und daß eine Kluft existiert zwischen Kirchenbasis und Kirchenhierarchie.
Folgerichtig war klar, daß in der Selbstdarstellung nach außen auf dem diesjährigen Katholikentag allenfalls denunziatorisch die aufbrechende Kirchenbasis zur Kenntnis genommen werden sollte. Zum Sprecher und Fokus der Unruhe an der Basis machte sich die Initiative "Katholikentag von unten". In ihr hatten sich eine ganze Anzahl von kritischen Gruppen zusammengefunden. Traditionelle wie der "Bensberger Kreis" oder "publik Forum" waren dabei ebenso vertreten wie katholische Studentengemeinden, die "Christen für den Sozialismus" und neu entstandene Basisgruppierungen. Jede der beteiligten Gruppen wurde während der vier Tage die Gelegenheit zur Selbstdarstellung gegeben und darüber hinaus versuchte man mit Großveranstaltungen bewußt auch auf die Massen des offiziellen Katholikentages einzuwirken. Die Resonanz war dabei wider Erwarten außerordentlich groß. Im Rahmen der Veranstaltungen "Gehorchen und Rüsten?" wurde eine Erklärung 'Katholische Christen gegen Atomrüstung" verabschiedet, die sich deutlich abhebt von der lauen und z.T. sogar unterstützenden Haltung maßgeblicher kirchlicher Kreise gegenüber der ständig zunehmenden Aufrüstung. Mit dieser Erklärung (s. Kasten) bekundeten die anwesenden Gruppen und Einzelteilnehmer, daß sie sich aktiv in die Friedensbewegung einbringen werden. Überwältigend war auch das Interesse an der öffentlichen Podiumsdiskussion mit Hans Küng und dem Münsteraner Fundamentaltheologen Johann B. Metz, den beiden gegenwärtig profiliertesten kritischen Theologen in der Bundesrepublik. Während Küng dabei mit einer scharf vorgetragenen Kritik der innerkirchlichen Repression die inzwischen angestaute Unzufriedenheit einzelner kirchlicher Gruppen und Gläubigen artikulierte, versuchte Metz Umrisse einer Strategie zu entwerfen, in der sich Kirchen- und Gesellschaftsveränderung miteinander verflechten.

Der Stachel der Religion

Metz hebt nicht zuerst auf eine Veränderung der Hierarchie und der innerkirchlichen Strukturen ab, sondern auf eine "Gestaltungskraft von unten". Eine Wandlung der Kirche und der Gesellschaft kann nur erfolgen, wenn wir selbst die Initiative ergreifen, wenn wir wegkommen von der Betreuungsmentalität, dem Hoffen auf Veränderungen von oben. In einer bis in die Psyche der Menschen hinein durchkapitalisierten und klassenzerrissenen Gesellschaft hat der christliche Glaube nur dann eine Zukunft, wenn er sich seiner Ungleichzeitigkeit bewußt ist und sie parteilich zu wenden versteht. In der durchrationalisierten Gesellschaft des reifen Kapitalismus ist Religion nicht auf der Höhe der Zeit, schon gar nicht in ihrer ländlich geprägten Form des Katholizismus. "Wir Katholiken sind ... ja sowieso spät dran. Wir gelten ohnehin gern als Spätentwickler und Spätzünder in Sachen Emanzipation und bürgerlicher Freiheitgeschichte, als eine Art Legastheniker in der Schule des Fortschritts und der Aufklärung. Doch das muß, hat man nur einmal die Dialektik von Fortschritt und Aufklärung erkannt, nicht einfach ein Nachteil sein. Es gibt dann nicht nur eine Pflicht zum 'Nachsitzen', sondern auch die Chance und die Aufgabe, die Widersprüche im Prozeß der bürgerlichen Aufklärung wahrzunehmen und sie deshalb nicht einfach stereotyp nachzuholen. Wir haben dann die Pflicht und die Chance, das Thema der Freiheit und der Mündigkeit der Christen gründlicher und radikaler und gegenüber dem bürgerlichen Individualismus auch solidarischer anzugehen, als das bisher in der Geschichte des Christentums geschah." (Metz auf dem "Katholikentag von unten"). Während hier Inspirationen einer zivilisationskritisch angelegten Gesellschaftskritik spürbar sind, fließen über die Rezeption der lateinamerikanischen Erfahrungen einer "Kirche der Armen" starke anti-kapitalistische und anti-imperialistische Überzeugungen in die Bewegung von Basischristen ein.
So wird es verständlich, daß wir in allen politischen und sozialen Bewegungen mit emanzipatorischer, befreiender Zielsetzung immer auch christliche Tradition, Wertvorstellungen und Visionen wiederfinden:

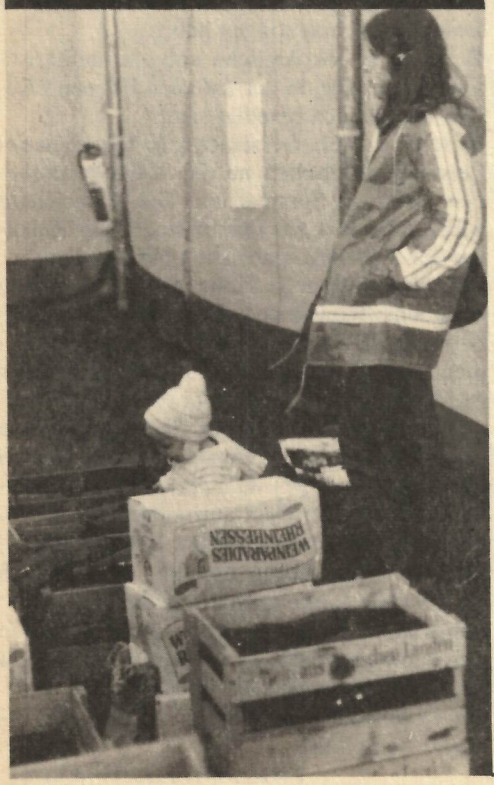
- sei es in der traditionellen Arbeiterbewegung, deren christliche Strömungen sich bei uns jedoch völlig verstümmelt und entschärft in den von Gewerkschaftsvorständen so gerne als Alibi zitierten "christdemokratischen Kolleginnen und Kollegen" wiederfindet;
- seien es die "3.-Welt-Gruppen" zu deren kontinuierlicher Arbeit beispielsweise die Studentengemeinden in den letzten Jahren wesentliches beigetragen haben;
- sei es die ökologische und anti-militaristische Bewegung, in der auf allen Ebenen Christen maßgeblich beteiligt sind;
- seien es viele Gemeinden, in denen aus der Leistungsgesellschaft an den Rand geschobenen Gruppen Sprache und Gehör verschafft wird, die selbst aus den strategischen Kalkülen der Arbeiterorganisation herausfallen.

Für die traditionelle Linke mag vieles an dem Glaubensverständnis von Basis-Christen irritierend sein. Sie muß jedoch zur Kenntnis nehmen, daß die Zahl von Christen gewachsen ist, die ihre Identität aus der praktischen Teilnahme an dem Kampf beziehen, der, biblisch gesprochen, "die Gewaltigen vom Thron stürzt" (Lucas 1,52). Von der für Basisgemeinden charakteristischen anti-autoritären Organisationsform, ihrer gelebten Egalität und ihrem zentralen Bezug auf die "Basis" kann die gesamte Linke noch etwas lernen.
Umgekehrt sind kritische Christengruppen nur dann glaubwürdig, wenn sie sich bewußt als Teil einer breiteren politischen und sozialen Oppositionsbewegung gegen den Kapitalismus begreifen.

CARL-WILHELM MACKE

"Großer Ratschlag": Erfahrun

Kongreß "Soziale Protestbewegungen und s



Rolf Schwendter:

Unbefriedigt '80

Aktualisierte Strophen seiner alten "Satisfaction'-Version. Gesungen auf dem Kulturabend des "Großen Ratschlags" als Kommentar zur Podiumsdiskussion am Eröffnungsabend:

Refrain:
Ich bin noch immer unbefriedigt,
ich bin noch immer unbefriedigt,
ich bin noch immer unbefriedigt,
und deshalb muß ich schrein, schrein, schrein.

1. Stundenlang gibt's Reden, Diskussionen und Schmäh
Wählt man/frau nun die Grünen oder SPD?
Doch egal, wohin nun schließlich eine Stimme zählt:
es ist ein klein'res Übel, das da wird gewählt.

2. Gestern abend hier im Zelte war ich einmal schon
Da gab es eine Podiumsdiskussion.
Die realen Bewegungen werden im Wort gehegt.
Doch am Podium sich wenig real bewegt.

3. "Im Zelt ist's unruhig", ruft ein Redner drum.
Ich glaub, gleich kommt er runter und verteilt Librium.
Rede und Gegenrede erstarren bald im Krampf:
Zwei Helden auf der Bühne spielen Hahnenkampf.

4. Sozialistische Linke, DGB, Ökologisten,
Ausländer, Schwule, Spontis, Feministen.
Wichtig ist bei allen ein Stück in ihrem Programm.
Doch wie, bei ihren Widersprüchen, kommen sie zusamm'?

Über 100 Lieder von Rolf Schwendter (1959-1980) sind im Rotbuch Verlag Berlin, Band 227 erschienen.

Fotos: H.G. Grewer

links
Sozialistische Zeitung

Sozialistische Politik und Friedenssicherung

Thesen zur Einleitung einer überfälligen Diskussion

Durch die aktuelle Entwicklung in der Welt gewinnt die Problematik der Friedenssicherung an Bedeutung und wird zu einer zentralen Aufgabe politischer Arbeit. Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros hat zum "Großen Ratschlag" und um eine orientierende Diskussion voranzutreiben, Andreas Buro beauftragt, Thesen über 'Sozialistische Politik und Friedenssicherung" auszuarbeiten. Diese sind im Arbeitsausschuß durchaus kontrovers diskutiert worden, wobei zweierlei deutlich wurde: Zum einen die Spannweite unterschiedlicher Auffassungen über die Möglichkeiten sozialistischer Friedenssicherungspolitik und ihrer Durchsetzungsmöglichkeiten. Dies verweist auf die Dringlichkeit einer Diskussion und Aufarbeitung der Friedenssicherungsproblematik. Zum anderen, daß die vorgelegten Thesen als ein Einstieg in eine breite Diskussion auch über den Rahmen des SB hinaus geeignet sind. Mit der Veröffentlichung der Thesen ruft der Arbeitsausschuß zu einer breiten Diskussion der Kriegs-Friedensproblematik auf. Diese sollte überall lokal und regional geführt werden, um im Herbst auf gemeinsamen Veranstaltungen der interessierten Kräfte zu ersten gemeinsamen Schlußfolgerungen für die Orientierung der Friedenssicherungsarbeit vorangetrieben zu werden.

Offenbach, 29. Juni 1980 **Sozialistisches Büro – Arbeitsausschuß**

Jährlich 450 Milliarden Dollar für die Rüstung, aber nur 20 Milliarden für Entwicklungshilfe. Die Folge: 500 Millionen Menschen leiden Hunger.

Was so lange vergessen schien, die jüngsten internationalen krisenhaften Ereignisse haben es an den Tag gebracht: Das hemmungslose Aufrüsten in allen Teilen der Welt und das damit verbundene machtkalkulierte Herangehen an die Verfolgung je eigener Interessen haben die Welt nicht sicherer, sondern die Erhaltung des Friedens nur unsicherer werden lassen. Die verdrängte Realität hat sich, unseren Dornröschen-Schlaf rauh unterbrechend, zu Worte gemeldet. Angesichts der riesigen militärischen Vernichtungspotentiale ist Friedenssicherung zum Problem aller gesellschaftlichen Klassen geworden. Aber Wettrüsten und die von ihm beförderte organisierte Friedlosigkeit ist auch an Klassenherrschaft gebunden. Beide stehen im Gegensatz zu den fundamentalen Interessen der Lohnabhängigen und dienen der Sicherung kapitalistischer Expansion oder bürokratischer Herrschaft.

Friedenssicherung in der Gegenwart ist somit Menschheits- und Klassenproblem zugleich. Die Marxsche Alternative 'Sozialismus oder Barbarei' stellt sich hier ebenso wie im Kampf der Ökologiebewegung gegen die Zerstörung unserer Umwelt und Lebensgrundlagen. Sicherung von Frieden wie Sicherung von Umwelt können nicht auf die Durchsetzung von Sozialismus warten. Sozialisten müssen beides als wichtigen Bestandteil und als Voraussetzung ihrer Politik ständig abzusichern suchen.

1. Demokratisierung als langfristige Richtschnur für Friedenssicherung

Konkurrenz bis zum Untergang ist der Motor der kapitalistischen Produktionsweise. Konkurrenz hat die Nationalstaaten in die Weltkriege geführt und bedingte die Systemkonkurrenz des Kalten Krieges mit der Folge des Wettrüstens. Das Prinzip der Konkurrenz um die günstigste Kapitalverwertung liegt der organisierten Friedlosigkeit des Rüstungswettlaufes zugrunde. Sie kann nur überwunden werden, wenn die Konkurrenz als gesellschaftliches Strukturprinzip der Kooperation zum Nutzen aller weichen muß. Doch Geschichte und Gegenwart beweisen, daß auch nichtkapitalistische Herrschaftsformen – vorkapitalistische, wie heutige bürokratische – kriegerische Auseinandersetzungen herbeiführen. Der Einmarsch in die CSSR, der Konflikt China-Kampuchea-Vietnam oder das Eindringen der UdSSR in Afghanistan dokumentieren dies.

Kriege sind meist auf dem Rücken der unteren sozialen Klassen der Gesellschaften ausgetragen worden. Sie liegen nicht in ihrem Interesse, so sehr auch ideologisierte Massen in nationalistischer Begeisterung sich für die Interessen der oberen Klassen in den Weltkriegen einspannen ließen. Deshalb kann auf weite Sicht, und diese kennzeichnet unsere grundsätzliche Orientierung, nur eine Demokratisierung der Gesellschaften die Grundlage für einen sicheren Frieden legen. Demokratisierung meint, die Selbsttätigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürger auf allen Ebenen auszubauen und damit gleichzeitig ihre Informiertheit, ihre Befassung mit den zentralen Problemen und ihre Selbsttätigkeit. Eine sich so durch Selbsttätigkeit aufklärende herrschaftsfreie Gesellschaft wird ihr wirkliches Interesse am Frieden durch konstruktive Lösungen der bestehenden Differenzen zu anderen Nationen verfolgen können und nicht mehr der Verführung verfallen, Konflikten sei letztlich nur durch Gewalt oder ihre Androhung zu begegnen. Die Nationalstaaten würden gegenüber integrierender, transnationaler Kooperation an Bedeutung verlieren.

Demokratisierung als friedlicher Wandel der Gesellschaft durch soziale Lernprozesse stößt auf die strukturelle und manifeste Gewalt der herrschenden Interessen, die am Konkurrenzsystem der Kapitalverwertung und dem Wettrüsten zur Durchsetzung ihrer Ziele hängen. Die terroristischen Diktaturen in der Dritten Welt im westlichen Einflußbereich machen diesen Sachverhalt nur allzu deutlich. Aber auch die Verstärkung der Tendenzen zu autoritärer Herrschaft – dem Gegensatz von Demokratisierung – in den kapitalistischen Industriestaaten und auch in der Bundesrepublik sind nicht zu übersehen. Demokratisierung ist mithin immer ebenso wie langfristige Friedenssicherung durch die Gewalt der herrschenden Interessen gefährdet.

2. Die besonderen Kriegsgefahren der Gegenwart

Gefährden Konkurrenzprinzip und Wettrüsten grundsätzlich den Frieden, so ist er durch die Entwicklung des internationalen Systems in der Gegenwart ganz besonders bedroht. Dies nicht in erster Linie wegen des einen oder anderen Mißgriffs führender Politiker,

sondern wegen der zunehmenden Unterhöhlung bisheriger Kräfte- und Abschreckungskonstellationen:

- Die Balance der Supermächte ist durch die Einbindung Chinas auf amerikanischer Seite empfindlich gestört. Moskau gerät zunehmend in eine Isolierung, in der es seine Sicherheit bedroht fühlen kann.
- Die ökonomische Konkurrenz der kapitalistischen Großregionen verschärft sich unter krisenhaften Bedingungen. Die militärische Abhängigkeit Westeuropas von der Vormacht USA verstärkt unter solchen Vorzeichen Tendenzen, Westeuropa zur militärischen Supermacht aufzubauen, 'die ihre Rohstoffrouten selbst sichern kann'. Die Raketennachrüstungsbeschlüsse weisen in diese Richtung. Da eine solche Tendenz durch ein Bündnis der expansivsten Kapitale Europas und der chauvinistischen gesellschaftlichen Kräfte befördert wird, muß sie Bedrohung für andere signalisieren und Spannungen verschärfen, wie friedlich auch die Worte klingen, die zur Erläuterung des unfriedlichen 'Nachrüstens' gesprochen werden.
- Das Versagen von Entwicklungspolitik, Massenelend zu überwinden, und ihre tatsächliche Funktion, die Länder der 'Dritten Welt' für die Ausnutzung durch die multinationalen Gesellschaften herzurichten, hat die sozialen Spannungen verschärft und vielfach zu terroristischen, vom Westen gestützten Diktaturen geführt. Die soziale Basis von Herrschaft in manchen dieser Länder, die wie Zaire oder Iran wichtige Rohstofflieferanten sind, die wie die Türkei von strategischem Interesse sind, oder die wie viele lateinamerikanische Staaten große mit hohen Gewinn arbeitende Kapitalien des Westens beherbergen, ist brüchig geworden. Sozialrevolutionäre Bewegungen mit dem Ziel der Überwindung von Massenelend in diesen Ländern werden sich gegen die kapitalistischen Metropolen wenden. Iran ist hierfür eindringliches Beispiel. Darauf folgende Interventionen zur Rettung metropolitaner Privilegien und Interessen – heute am Persischen Golf und morgen anderswo – bringen das Aufeinanderprallen der Großmächte in Reichweite.
- Wegwerf- und Verschwendungskultur, die nicht zuletzt auf dem Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie beruht, hat die Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer und insbesondere der Bundesrepublik von Rohstoffeinfuhren und Exportmärkten über die Maßen gesteigert. Diese Abhängigkeit bedeutet vorprogrammierte imperialistische Intervention überall dort, wo unsere Wegwerf-Ökonomieinteressen, die als vitale, nationale ausgegeben werden, beeinträchtigt werden könnten. Die Unterstützung der terroristischen Apartheidsregierung in Südafrika beispielsweise hat hier ihre Ursache.
- Die seit Mitte der 60er Jahre krisenhafte kapitalistische Ökonomie, die aufgrund der Weltmarktverflechtung von keiner nationalen Regierung mehr beherrscht werden kann, hat die Konkurrenz um Außenmärkte, um die weltweite Durchsetzung von Großtechnologien (z.B. Kernkraftwerke), die Ausweitung von Rüstung und Rüstungsexport zur Konjunkturstützung und die Ableitung innerer Probleme auf äußere Konflikte wachsen lassen. Das ohnehin von 'Falken' stets behinderte Krisenmanagement der hochgerüsteten Metropolen ist diesen Verschärfungen immer weniger gewachsen.

- Der Rüstungswettlauf selbst wird stärker denn je zur Kriegsgefahr. Die immer komplizierteren Rüstungssysteme benötigen derartig lange Planungs-, Entwicklungs- und Produktionszeiten und erfordern so enorme Mittelfestlegungen, daß sie nicht nur eine Eigendynamik jenseits aller vermeintlichen militärischen Erfordernissen gewinnen, sondern ihre Rechtfertigung immer gleich mitproduzieren. Denn der Wettrüstungsgegner muß, will er nicht ins Hintertreffen geraten, die Zukunft des gegnerischen Rüstens auch in seinen Entwicklungen vorwegnehmen. Aber auch die militärischen Zwänge aus Rüstungssystemen und den ihnen eingebauten Strategien entziehen sich immer mehr politischer Kontrolle. Eigendynamik zum Krieg ist im Wettrüsten mithin vorprogrammiert.

Auf dem Hintergrund der Eigendynamik von Rüstungsstrategien und der Ausweitung schwerwiegender Konfliktbereiche wird die Steigerung der Kriegsgefahr als ein Problem der Strukturen des internationalen Systems erkennbar, das Tagesereignisse weit überlagert.

3. Kriegsgefahr und Massenbewußtsein

Die sozialpsychologische Grundlage des Wettrüstens liegt in der von Leistungszwang zur Sicherung von Konkurrenzfähigkeit geprägten bürgerlichen Sozialisation. Das von ihr tief eingeprägte Bild, nur der Stärkere könne sich durchsetzen, rechtfertigt die beschönigende Grundaussage des Wettrüstens, nur das hielte das Schwert in der Scheide. Zwar spricht alle historische Erfahrung gegen dieses Legitimationsmuster von Rüstung – Wettrüsten endete noch immer in Krieg – doch scheint die konkurrenzhafte Sozialisation so tief unser Bewußtsein zu ergreifen, daß alle Verdrängungsmöglichkeiten in uns wirksam werden, solche Erfahrungen beiseite zu schieben. Bereitschaft zur Verdrängung der Einsicht in die Irrationalität des Wettrüstens ist zusätzlich durch die herrschende Ideologie des Antikommunismus, die sowohl an der faschistischen Ideologie anknüpfen, wie sich auf die Realität des Stalinismus berufen konnte, verstärkt worden. Antikommunismus hat das Schwarzweißbild des demokratischen, guten Westens und des gewaltsamen und primitiven Kommunismus aufgebaut, das jedes Durchbrechen konkurrenzhafter und wettrüstlerischer Haltung gegenüber dem Osten als Übergang vom Guten zum Bösen tabuisiert. Dieses Tabu stützt die scheinbare Legitimierbarkeit des Wettrüstens, der Verdrängung seiner Gefahren in unserem Bewußtsein und der Diffamierung all derjenigen, die für eine rationale Friedenssicherung durch Beendigung des Wettrüstens eintreten.

Der Kampf gegen diese ideologischen Muster und gegen das Wettrüsten hatte in Westdeutschland aufgrund der sozialdemokratischen Dominanz in der Arbeiterbewegung immer einen schweren Stand. Die Sozialdemokratie hat sich spätestens mit dem Godesberger Programm öffentlich zur Politik des Wettrüstens geschlagen, die sie auch in der sozialliberalen Regierungskoalition verfolgt. Die offizielle Gewerkschaftspolitik ist dieser Richtung im Prinzip gefolgt, Sie hat seit dem Ende der 50er Jahre nie mehr ernsthaft gegen Wettrüsten mobilisiert.

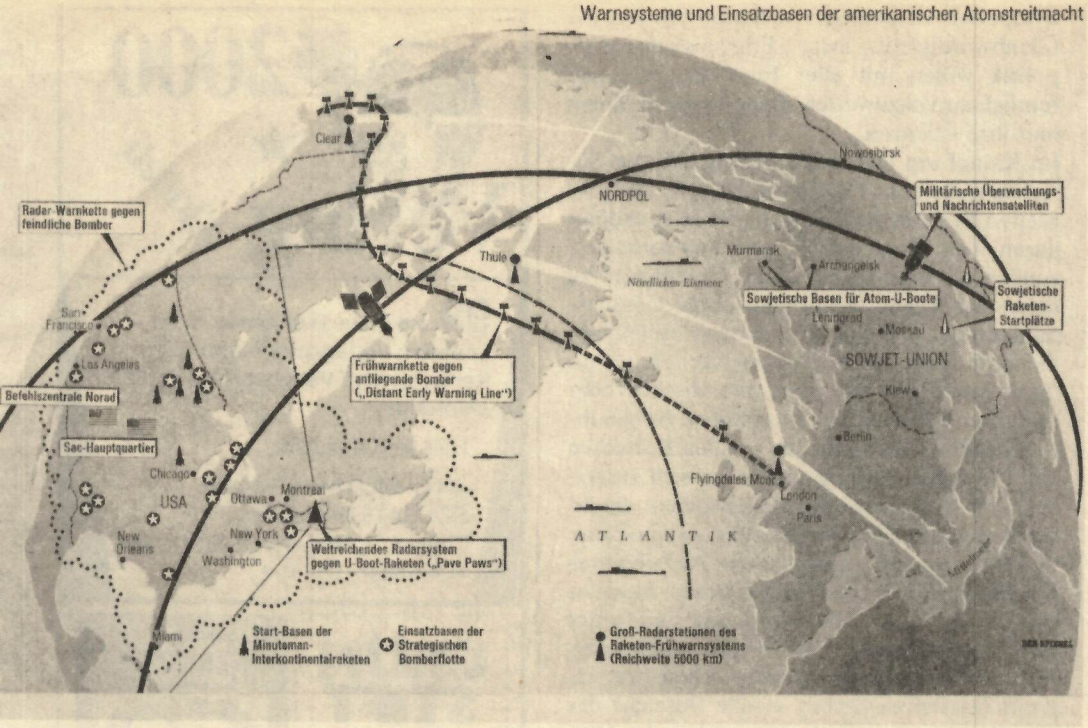
Trotzdem haben die großen Kampagnen der 50er und 60er Jahre – der Kampf gegen Remilitarisierung und Atomtod, die Ostermärsche für Abrüstung und der Protest der APO gegen den US-Vernichtungskrieg in Vietnam – eine gänzliche Verschüttung des Problem- und Gefahrenbewußtseins verhindern können. Dies wird in Phasen aktueller Bedrohung erkennbar, wo Kriegsfurcht und Ablehnung von militärischen Abenteuern zum Straßengespräch werden.

Verdrängung und Tabuisierung werden nur dort durchbrochen, wo in sozialen Lern- und Politisierungsprozessen der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und organisierter Friedlosigkeit aufgearbeitet und damit in das Bewußtsein geholt wird. Solche massenhaften Lernprozesse sind mithin eine zentrale Voraussetzung der Friedenssicherung. Ihre Ermutigung und Förderung muß dringliche Aufgabe sozialistischer Politik sein. Nur wenn die Masse der Bevölkerung sich nicht mehr dem ideologischen schwarz-weiß-Freund-Feind-Bild unterwirft, wird der militärischen Konfliktandrohung und dem Krieg der Boden entzogen.

4. Alternative Orientierungspunkte zum Wettrüsten

Nicht die Politiker des Wettrüstens sind in erster Linie die Adressaten sozialistischer Friedenssicherungspolitik, sie werden allenfalls unter dem Druck großer Teile der Bevölkerung zu grundsätzlichen Veränderungen bereit sein. Anknüpfungspunkt sozialistischer Politik ist das Massenbewußtsein und das in Krisenzeiten durchbrechende, vitale Interesse an Kriegsverhinderung. Um anknüpfen zu können, ist die Kritik des Wettrüstens erfor-

Warnsysteme und Einsatzbasen der amerikanischen Atomstreitmacht



derlich, aber nicht ausreichend. Alternative Denkmöglichkeiten, die an der gegenwärtigen Situation des internationalen Systems ansetzen, sind erforderlich, um erneute resignative Verdrängung von Kriegsgefahr zu vermeiden. Solche Alternativen müssen dreierlei genügen:

- sie müssen gegenwärtigem Massenbewußtsein und -erfahrungen zugänglich sein;
- sie müssen bereits in der gegenwärtigen Situation die Friedenssicherung fördern;
- sie müssen selbständige Handlungsmöglichkeiten für soziale Lernprozesse erschließen.

Unsere folgenden Punkte für eine alternative Orientierung verstehen wir als erste Ansätze für weitere Überlegungen, zu denen wir alle auffordern:

- Das Wettrüsten gewinnt seine kriegsgefährliche Dynamik aus der Entwicklung der Angriffswaffen und ihrer Fähigkeit, dem Gegner einen ersten vernichtenden Schlag zu versetzen. Deshalb muß der Rüstungswettlauf durch eine Umstellung auf ein Defensivsystem ohne Bedrohungspotentiale unterbrochen werden. Dies kann einseitig geschehen, vermindert nicht Sicherheit und trägt zur Entspannung bei, da ein Abbau von Vergeltungs-, sprich Abschreckungswaffen, aber auch eine Verhinderung der Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen, die Folge einer solchen Orientierung wäre. Defensivsystem heißt, grundsätzlich auf Abschreckung durch Gegenschlag zu verzichten, und sich nur gegen Angriffe zu verteidigen. Eine solche Forderung muß als eine Übergangslösung zu allgemeiner Abrüstung verstanden werden, die unser unverrückbares Ziel ist. Sie schließt spezielle Schritte, wie z.B. die Errichtung atomwaffenfreier Zonen, nicht aus. Ähnlich wie bei der Ökologie-Bewegung müßte mit einer solchen Forderung eine massenhafte Selbstaufklärung über Rüstungs- und Strategieprobleme verbunden werden, um diese neue Orientierung vertreten zu können, wozu selbstverständlich auch Kampagnen, Demonstrationen und gewaltfreie Aktionsformen zu organisieren wären.
- Rüstungsforschung privater Firmen dient wesentlich der Anheizung des Rüstungswettlaufes. Unter dem Vorzeichen, nur Defensivwaffen ohne Bedrohungspotentiale zu entwickeln, ist ein Verbot privater Rüstungsforschung zu fordern und eine öffentliche Kontrolle der staatlichen Forschung. Selbsttätigkeit kann sich hier an der Veröffentlichung und Darlegung der Interessen privater, profitorientierter Rüstungsforschung und der Durchsetzung öffentlicher Kontrolle entfalten.
- Die Umstellung von Rüstung und Strategie auf Defensivwaffensysteme bedeutet Ausscheren aus dem Rüstungswettlauf und damit eine drastische Verminderung der Rüstungsproduktion. Kapitalistische Produktion ist auf Wachstum angewiesen. Kapitalistische Rüstungsproduktion hat so Wettrüsten zur Voraussetzung. Rüstungsproduktion muß deshalb und um sie schärfstens durch die Öffentlichkeit kontrollieren zu können, aus dem Bereich der privaten Kapitalverwertung herausgenommen werden. Dies ermöglicht auch, den konfliktfördernden Rüstungsexport – wesentliches Mittel der weltweiten Militarisierung und der Anknüpfung von Arbeitsplatzinteressen an Rüstung – zu unterbinden.
- Parallel zur Umstellung auf ein Defensivsystem muß die Bereitschaft, auf Gewaltanwendung zu verzichten, durch die Einräumung von Garantie- und Kontrollmöglichkeiten untermauert werden. Solche Absicherungen dürfen nicht durch internationale Verhandlungsprozeduren verschleppt und letztlich aufgehoben werden, wie es bisher mit allen Abrüstungsansätzen geschah. Selbsttätigkeit hat sich hier auf die Erkundung und Veröffentlichung sicherheitsfördernder, weil vertrauensbildender, einseitiger Maßnahmen zu konzentrieren.
- Der Vorschlag Defensivsysteme wird mit dem Argument angegriffen werden, dadurch könnten Rohstoffversorgung und Außenmärkte für uns nicht gesichert werden. Dem ist auf zwei Ebenen zu begegnen:

Erstens ist es erforderlich, unsere Verschwendungsökonomie auf eine gebrauchswertorientierte Produktion umzustellen, die mit Rohstoff- und ökologischen Ressourcen haushälterisch im Sinne von Zukunftssicherung umgeht. Dies wird die Abhängigkeit von außen erheblich vermindern, das Vertrauen auf die eigenen Fähigkeiten stärken und viele Arbeitsplätze im Inland schaffen, wie es die Energiediskussion schon anzeigt.

Zweitens muß Entwicklungshilfe der Industrieländer so umstrukturiert werden, daß sie aufhört, Stütze terroristischer, struktureller und manifester Gewalt in der Dritten Welt zu sein. Stattdessen muß sie sich auf die Verbesserung der Lebens- und Reproduktionsbedingungen der Masse der verelendeten Bevölkerung in der Dritten Welt richten. Eine so ausgerichtete Hilfe und Handelskooperation hat von sozialen und politischen Veränderungen in der Dritten Welt nichts zu befürchten. Dieser Orientierungspunkt macht den Zusammenhang zwischen Friedenssicherung und Ökologiebewegung, sowie den Dritte Weltgruppen und ihrer Arbeit offensichtlich und eröffnet weite Felder der Kooperation der sozialen Protestbewegung.

- Friedenssicherung ist schließlich auf die Durchbrechung autoritärer und chauvinistischer Sozialisation angewiesen, die konkurrenzhafte Grundorientierung ins Unterbewußtsein einimpft. Sie muß das Tabu aufrechterhaltende Feindbilder auflösen. Das bedeutet, auf Sozialisations- und Ausbildungsprozesse Einfluß zu nehmen, die Kommunikationsstrukturen, die solche Bilder reproduzieren und verstärken, anzugreifen und ihre Mechanismen offenzulegen und ihnen mit alternativen Kommunikationsformen zu begegnen. Das erfordert aber auch, diejenigen zu unterstützen, die, wie die Kriegsdienstverweigerer, solche Tabus bereits durchbrochen haben. Freilich verlangt die Auflösung der Schwarz-Weiß-Feindbilder nicht einen Verzicht auf kritische Untersuchung bestehender Verhältnisse, der Ursachen von Konflikten oder der subtilen Wirkungsweise und Auswirkungen von gesellschaftlicher Herrschaft – auch nicht gegenüber anderen Herrschaftssystemen, gegenüber denen Friedenssicherung wirksam werden soll. Realitätsbezug ist unabdingbar. Unsere Orientierungspunkte für Alternativen zum Wettrüsten markieren nicht eine ganz andere Gesellschaft. Sie knüpfen an der Gegenwart an, kennzeichnen Arbeitsansätze, die Friedensbedrohung abbauen und gleichzeitig Demokratisierungs- und Lernprozesse als langfristige Voraussetzung zur Stabilisierung von Frieden einleiten können.

5. Sozialistische Politik der Friedenssicherung

Sie ist integraler, nicht separater Bestandteil der Arbeit von Sozialisten. Ihre Tätigkeit in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Gesellschaft ist auf die Einsicht der Menschen in ihre soziale und politische Einbindung gerichtet, auf ihre Befreiung zu Selbstbestimmung und somit auf die Überwindung von Unterdrückung und Konkurrenzhaftigkeit gegenüber anderen.

Selbstbestimmtheit und Solidarität bilden als Ziele eine sich bedingende Einheit. Begreift man, daß Friedenssicherung auf der Haltung der Masse der Bevölkerung zu Krieg und Kriegsvorbereitung, sprich Rüstung, beruht, auf der Bereitschaft, Freund-Feind-Schemata und Konkurrenzhaftigkeit zugunsten von alle Interessen einbeziehender Konfliktregulierung aufzugeben und hierfür auch selbst tätig zu werden, so wird der enge Zusammenhang zwischen sozialistischer Alltagspraxis und Friedenssicherung offensichtlich.

Sozialistische Politik der Friedenssicherung ist keine Politik der Gewalt gegen die Träger der Gewalt, gegen das Militär. Sie ist eine Politik der Veränderung von Bewußtsein und der Durchsetzung friedenssichernder Alternativen in Rüstung, Ökonomie und Gesellschaft auf der Basis massenhaften Interesses. Sie wird deshalb immer offen und öffentlich dargelegt und vertreten werden, und zwar sowohl in der zivilen Gesellschaft wie in ihrem militärischen Teil. Sozialistische Politik der Friedenssicherung muß ihre Wirksamkeit in der Gegenwart entfalten, um das Leben und die Lebensbedingungen der Menschen zu erhalten. Sie darf sich nicht auf 'bessere Zeiten' nach Erreichen des Sozialismus vertrösten lassen.

Sozialisten geht es um die Entfachung einer rationalen Auseinandersetzung in der Gesellschaft über die Probleme der Friedenssicherung. Da das Bewußtsein in der Gesellschaft durch Ängste und Tabus verstellt ist, kann dies nicht allein durch Aufklärung erfolgen. Soziale Massenlern- und Selbstaufklärungsprozesse erfordern die Einbeziehung der ganzen Persönlichkeit zur Aufnahme von Eindrücken und ihrer Verarbeitung zu Erfahrungen sowie zur Einübung von Selbsttätigkeit. Kollektive Aktionsformen ganz vielfältiger Art – von den Ostermärschen, über Teach-ins bis zu selbstgestalteten kulturellen Ausdrucksweisen, aber auch gemeinsamer Konfrontation mit der strukturellen und manifesten Gewalt in der Gesellschaft – haben deshalb in früheren Jahren eine wesentliche Bedeutung für die Durchbrechung psychischer Barrieren, für Motivation und für die Prüfung und Aneignung rationaler Argumentationen gehabt. Sozialisten werden deshalb auch in der Gegenwart für kollektive Demonstrationen und vielfältigste Aktionen und für einen ständigen gemeinsamen Kommunikationsprozeß in den jeweils am besten geeigneten Formen eintreten.

Sozialistische Politik der Friedenssicherung kann nicht einäugig sein. Sie wird die eine Hochrüstung nicht als grundsätzlich friedlich kennzeichnen, während sie das andere Wettrüsten bekämpft. Wenn Wettrüsten unter dem Vorzeichen schwerer und weitreichender Konfliktbereiche in der Weltgesellschaft höchste Friedensgefährdung bewirkt, so muß ihm grundsätzlich und überall als kriegsgefährlich entgegengetreten werden. Freilich müssen trotzdem Herrschafts- und Expansionsinteressen und die möglicherweise unterschiedlichen Bereitschaften zur Beendigung des Wettrüstens analysiert und bekanntgemacht werden. Jede Einäugigkeit aus vorgefaßter politischer Sympathie ist jedoch von Sozialisten um der Glaubwürdigkeit ihrer Friedenssicherungspolitik willen mit aller Entschiedenheit öffentlich zurückzuweisen. Bündnispolitik findet hier ihre Grenzen.

Im Kampf um Friedenssicherung erheben Sozialisten keinen Führungsanspruch. Sie begreifen Friedenssicherung als einen unabdingbaren Teil ihrer Politik, um die Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft zu legen. Sie tragen hierzu unter ihren Gesichtspunkten bei, wie andere in dieser Gesellschaft, die sich nicht als Sozialisten verstehen, aus ihren jeweiligen ethischen, moralischen oder religiösen Motiven hieran arbeiten. Neben ihrer Mitarbeit als Lernende in allen Bereichen der Friedenssicherung sollten sie sich zusätzlich drei Aufgaben besonders widmen, die ihrer sozialistischen Orientierung entsprechen:

- Der ständigen analytischen Aufarbeitung gesellschaftlicher und militärischer Situationen in Ost und West, Nord und Süd, unter dem Gesichtspunkt der Friedenssicherung. Wie die Orientierungspunkte schon zeigten, greift Friedenssicherung in alle Bereiche der Gesellschaft ein. Über eine analytische Herausarbeitung der Zusammenhänge der einzelnen politischen, militärischen und ökonomischen Aspekte kann nicht nur Einsicht vermittelt, sondern auch der Zusammenhang des Arbeitens, Bemühens und Kämpfens in den einzelnen Bereichen der sozialen Bewegung in der Bundesrepublik inhaltlich hergestellt werden.
- Zweitens sollten Sozialisten sich aufgrund ihrer weltweiten Kooperationszusammenhänge speziell um die Offenlegung des Zusammenhangs zwischen Unterdrückung in der Dritten Welt und der dort den Frieden gefährdenden Politik der Industriestaaten bemühen, um damit die internationale Verknüpfung und Unteilbarkeit von Friedenssicherung in Solidaritätsaktionen für die Unterdrückten erfahrbar zu machen.
- Alternativen zum Wettrüsten sind nicht im nationalen Alleingang denkbar. Kooperation in Westeuropa zu diesem Zweck ist notwendig. Sozialisten können die Diskussion der Arbeiterbewegung vorantreiben und Anstöße hieraus in andere Teile der Gesellschaft vermitteln.

Friedenssicherung ist zur Überlebensfrage der Menschheit geworden und damit Voraussetzung und wesentlicher Bestandteil sozialistischer Politik. Sie erfordert gleichberechtigte Zusammenarbeit aller gegen das Wettrüsten gerichteter Kräfte. Hierzu wollen wir beitragen.

ANDREAS BURO

Verbreitet dieses "links"-Extrablatt

Die Thesen "Sozialistische Politik und Friedenssicherung" sind auf der Abschlußveranstaltung zum "Großen Ratschlag" am 29. Juni 1980 in Frankfurt in die Diskussion eingebracht worden. Zur Verbreiterung der Diskussion können diese als Flugblatt bezogen werden. Verteilt dieses Flugblatt in Betrieben, Büros, Schulen, Ausbildungsstätten und bei allen politischen Veranstaltungen etc. Da wir keine finanzkräftige Organisation sind, erbitten wir einen Unkostenbeitrag. 10 Ex. des Flugblattes kosten DM 2,--; 100 Ex. kosten DM 15,--; 1000 Ex. kosten DM 80,-- bei portofreier Zusendung. Die Lieferung erfolgt ausschließlich gegen Vorauszahlung (Scheck, Briefmarken, Bargeld) durch Verlag 2000, Postfach 591, 605 Offenbach 4.

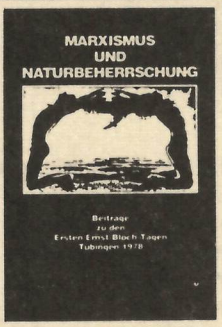
Presserechtlich verantwortlich: Günter Pabst Offenbach; Druck: hbo-druck Einhausen

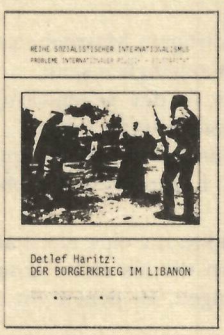
2000 ★ Verlag Aktuell

99 und mehr Titel führen wir in unserem Verlagsprogramm. Zum Kennenlernen Verlagsprospekt (32 S.) anfordern.

Hier eine Auswahl:

ANTI-MILITARISTISCHE SOLDATENARBEIT
Thesen – Analysen – Strategien
104 Seiten, DM 7,--.





Joachim Schritt:
BAUERN GEGEN ATOMANLAGEN
oder
WI WULLT DEN SCHIET NICH HEBBEN
112 Seiten, DM 7,--.

"links"-reprint
SOZIALISTEN UND DEMOKRATIE
Mit Beiträgen von E. Altvater, B. Blanke, J. Hirsch, J.Huhn, A. Klönne, W.D. Narr, O. Negt, G. Schäfer, J. Seifert u.a.
96 Seiten, DM 7,--.

Wollen Sie mehr wissen über die Informationsdienste und Arbeitsfeldmaterialien aus den Arbeitsfeldern Schule, Gesundheitswesen und Sozialarbeit?

Haben Sie Interesse an aktuellen Themen: Ökologie, Marxismusdiskussion, Arbeitskämpfe, Internationalismus?

Dann fordern Sie unseren Verlagskatalog an und lassen Sie sich auch Probeexemplare unserer Monatszeitungen "links" und "express" zuschicken.

VERLAG 2000, Postfach 591, 605 Offenbach 4, Tel. 0611/82006

en – Berichte – Perspektiven

alistische Politik – Frankfurt 27.-29.6.1980

In dieser ersten Ausgabe der "links" nach dem "Großen Ratschlag" in Frankfurt versuchen wir eine vorläufige Bilanz dieses Ereignisses. Die Berichterstattung bleibt dabei notwendig lückenhaft. Schließlich wäre nicht nur über die in der linken und der bürgerlichen Presse breit persiflierte Podiumsdiskussion am Eröffnungsabend, die mehr als ein Dutzend in den Medien kaum erwähnten Arbeitsgruppen am Samstag, die beiden Foren am Samstagnachmittag, die durchaus politische Kulturveranstaltung am Samstagabend und die Abschlußveranstaltung im Zelt am Sonntagmorgen zu berichten. Denn wie kaum bei einer politischen Großveranstaltung zuvor, stand der Austausch und Ratschlag untereinander – neben dem "offiziellen Programm" – für viele der Teilnehmer im Vordergrund ihres Interesses, nahm zumindest einen wichtigen Platz ein. Dieser Eindruck wurde nicht nur durch das Unbehagen an den traditionellen Vermittlungsformen, wie den Podiumsdiskussionen mit "Prominenten", sondern auch durch den lockeren Diskussionsstil vieler Arbeitsgruppen bestätigt. Darin spiegelte sich auch eine politische Situation, wo zahlreiche fragmentierte politische Ansätze, oft isolierte oder lokal und thematisch eng begrenzte politische Aktivitäten von einzelnen die Szene prägen. Daß das Sozialistische Büro weder organisatorisch noch politisch-strategisch oder gesellschaftstheoretisch das alle einigende Band anzubieten hatte, war den meisten wohl schon vor dem Ratschlag bewußt und wurde durch seinen Verlauf sinnfällig bestätigt. Diese Erfahrung ist nur für jene ein Grund zur Trauerarbeit – um eine der letzten politischen Organisationen aus der Apo-Zeit –, denen das ursprüngliche SB-Selbstverständnis im Sinne eines Forums für durchaus heterogene politische Basisarbeit fremd geblieben bzw. geworden ist. Wir glauben allerdings, daß es in der gegenwärtigen Situation nicht genügt, an alte SB-Prinzipien zu erinnern ("Zurück zum Büro!"), um auf die Infragestellung des SB als politischen Ansatz zu reagieren. Vielmehr sollten wir uns – gerade nachdem sich das SB als politische Organisation auf dem Ratschlag in vielerlei Hinsicht als unzeitgemäß und ratlos präsentierte – gründlich über die positiven Möglichkeiten und politischen Notwendigkeiten in der nächsten Zukunft auseinandersetzen. Vor allem wie solche Diskussionen in praktische Politik münden können. Hierzu finden sich in dieser Ausgabe einige vorläufige Diskussionsangebote (z.B. in den Beiträgen von Klaus Vack und Joachim Hirsch). In der nächsten Ausgabe beabsichtigen wir, nicht nur diese notwendige Debatte um die Zukunft des SB aufzunehmen, sondern auch weitere Beiträge zu den Diskussionsschwerpunkten der verschiedenen Arbeitsgruppen des Ratschlags zu veröffentlichen. Denn nichts wäre fruchtloser als eine abstrakte Organisationsdebatte, die nicht einmal den Stand und die Bedürfnisse der "Bewegung" berücksichtigt, wie sie sich in den vielen Diskussionen während des Ratschlags ausdrückten. **"links"-Redaktion**

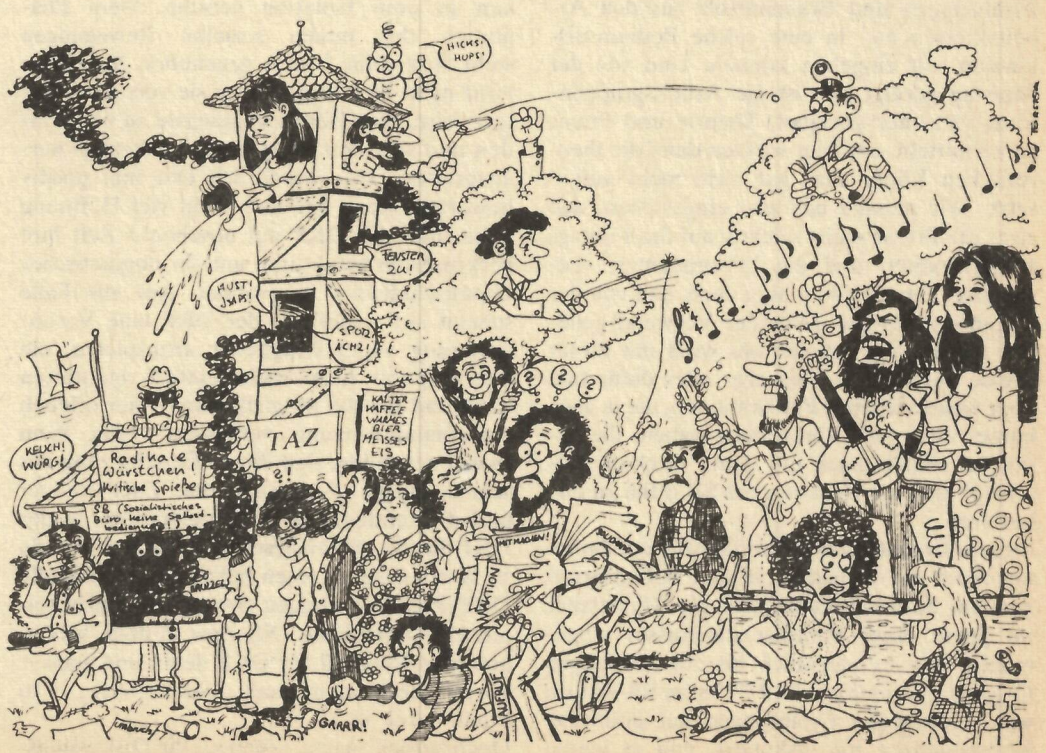
Kleiner Nachschlag

Wir hatten den Genossen Klaus Vack gebeten, über die Presseberichte zum "Großen Ratschlag" für "links" einen Beitrag zu schreiben. Klaus hat erst zugesagt und uns dann einen Brief geschrieben, in dem er begründet, warum er einen solchen Beitrag lieber nicht schreiben möchte. Die Redaktion findet, daß nun dieser Brief selbst einen Beitrag zur Diskussion des "Großen Ratschlags" darstellt.

Lieber Roland, liebe Genossinnen und Genossen, ich komme zurück auf unsere Diskussion in Obersensbach über den "Großen Ratschlag", in der mich Roland mit Hinweis auf meinen "bösen" Brief an die taz (abgedruckt am 10.7.80) bat, die allgemein recht miese Presseberichterstattung zum "Ratschlag" in "links" zu kommentieren. Nachdem ich die etwa 40 Presseausschnitte gelesen habe, möchte ich die voreilig gegebene Zusage nun wieder rückgängig machen. Warum?

Erst mal will ich klarstellen, daß ich meinen Brief an die taz selbstverständlich aufrechterhalte. Auch wenn man den taz-Bericht vom 10. Juli hinzunimmt, bleibt der ärgerliche Eindruck bestehen, daß die taz, ebenso wie die bürgerliche Presse, sich fast hämisch über unsere "Ratlosigkeit" – die man plötzlich so wohlfeil konstatiert – zu freuen scheint, daß sie die vielen positiven Momente des "Ratschlags", an denen sie im zweiten Artikel nicht ganz vorbeigehen konnte, gar nicht mehr auch dem SB zuschreiben will und daß sie (die taz-Redaktion) vor allem völlig ignoriert, daß Probleme, die wir mit dem SB haben, Probleme der Linken insgesamt sind. Letzteres hat sogar die bürgerliche Presse erkannt, die sich – ebenfalls mit Genugtuung – über die linke "Ratlosigkeit" mokiert hat. Ich fände es zwar nützlich, die Redaktionspolitik der taz 'mal zum Thema in "links" zu machen, aber wir sollten dies dann nicht bloß an der Berichterstattung über den "Großen Ratschlag" und übers SB festmachen. In der taz hat sich nach meinem Eindruck – was wir übrigens in der früheren Diskussion über das damals geplante Projekt einer linken Tageszeitung befürchtet haben – ein Antiintellektualismus durchgesetzt, der nur noch dann zurückgedrängt wird, wenn zum Teil gute Beiträge aus ausländischen Publikationen übersetzt und übernommen werden. Dabei ist die taz aber in gewisser Weise auch Ausdruck eines in der Linken zunehmenden Politikverständnisses, das auf so wichtige Dimensionen wie Erfahrung und Theorie völlig verzichtet und an die Stelle der politischen Option zur sozialistischen Gesellschaftsveränderung die Beliebigkeit des unmittelbaren Tuns und Erlebens setzt. Deshalb ist das Problem mit der taz von allgemeiner Art (es reicht ja auch rein ins SB), und es gehört einbezogen, wenn wir nun nach dem "Ratschlag" die Diskussion unseres Selbstverständnisses und unserer politischen Arbeit weiterführen.

Über die Resonanz in der bürgerlichen Presse habe ich mich wenig gewundert, mit Ausnahme der Berichterstattung der ansonsten von mir geschätzten Jutta Roitsch in der FR. Aber hier liegt auch der Punkt, der es mir schwer macht, die Presse zum "Großen Ratschlag" zu kommentieren. Der "Ratschlag" war, wie wir alle gespürt haben, eine widersprüchliche Veranstaltung und läßt, wenn man nicht voll dabei war und nur Teile mitbekam oder wenn man, wie die bürgerliche Presse, ein Interesse



daran hat, die Linke mies zu machen, fast jedwede Interpretation zu. Die sogenannte Podiumsdiskussion am Freitagabend ist ja nicht nur wegen der vier "Feministinnen" aus München voll daneben gegangen, sondern es war einfach falsch, einen Kongreß, bei dem wir beratschlagen wollen, mit einem abgehobenen Politschlagabtausch beginnen zu lassen. Es wurde da eine stinktraditionelle Veranstaltungsform gewählt und so auch dazu beigetragen, daß die jetzt gescholtenen Diskutanten auf dem Podium in diese blöde Situation kamen.

Was nun wiederum die Presse betrifft, braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie vor allem diese "Matadoren"-Diskussion herausgreift und so ziemlich den ganzen "Ratschlag" danach beurteilt. Damit will ich wiederum nicht die FR, die ZEIT oder den VORWÄRTS entschuldigen, denn sie hatten Korrespondenten geschickt, die das SB etwas kennen und das Programm für Samstag und Sonntag kannten und hätten wahrnehmen können. Sie haben es sich sehr einfach gemacht, indem sie, ebenso wie die taz, ihre Erkenntnisse über den "Ratschlag" im wesentlichen aus dem Freitagabend zogen. Warum hat das SB einen solchen Fehler gemacht, dem ja nicht nur die Presse aufgesessen ist, sondern der auch für die 5000 Teilnehmer ein recht frustrierender Einstieg in den "Ratschlag" war?

Wir müssen uns also selbst vorwerfen, was wir an der Presse gemeinhin kritisieren, nämlich daß wir die prominenten Köpfe voranstellen, so als hätten wir unser ursprüngliches politisches Konzept, unsere Arbeit – und demnach auch einen solchen "Ratschlag" – nach Interessen zu organisieren, inzwischen ganz vergessen. Damit will ich nicht grundsätzlich die Form einer Podiumsdiskussion ausschließen und auch nicht in den Chor unreflektierter Ablehnung von Genossinnen und Genossen, die richtigerweise der Theoriearbeit besondere Bedeutung beimessen, einstimmen. Aber es macht halt einen Unterschied ums Ganze, ob man eine solche Veranstaltung an den Anfang stellt und damit von oben dem noch gar nicht stattgefundenen "Ratschlag" aufsetzt oder ob man sie am Ende macht, wenn also auf breiter Basis beratschlagt worden ist und Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Arbeitskreisen etc. in eine solche Podiumsdiskussion mit eingehen können. Und wie der Samstag gezeigt hat, ist die Arbeitsgruppenform viel eher geeignet, Theorie und Praxis zu vermitteln, und hier wirkten dann die theoretischen Köpfe auch gar nicht mehr aufgesetzt. Wir müssen uns also eingestehen, daß zwar die Presse meist selektiv auf das Freitagabend-Podium und die "Prominenten" beschränkt berichtet hat, aber auch, daß von der Organisationsregie dafür der Vorwand geliefert wurde. Wir müssen uns wohl mit dieser Presse abfinden, sollten aber alles dafür tun, über unsere eigenen Publikationen, die ja noch immer eine gute Verbreitung haben, die gesamten Erfahrungen mit dem "Großen Ratschlag" und die Situation des SB offen zu diskutieren.

Meines Erachtens sind der Samstag und Sonntag recht gut verlaufen. In den Arbeitsgruppen am Samstag haben sich die Teilnehmer im Sinne eines Politikverständnisses eingebracht, wie es eigentlich bis zur "unseligen Organisationsdebatte" 1977/78 im SB Brauch war. Es wurden Erfahrungen auf politische Konsequenzen hin diskutiert, und es wurde

Foto: dpa

immer wieder deutlich, wie viele Genossinnen und Genossen die oft frustrierende Tag-zu-Tag-Arbeit in Arbeitsfeld, Betrieb und Gewerkschaft, in einer Bürgerinitiative oder einem alternativen Projekt etc. nicht scheuen und zugleich einen politischen Zusammenhang (nicht unbedingt eine Organisation im herkömmlichen Sinne, sondern eher eine Art Focus) suchen, in dem sie sich austauschen, bestärken und auch Ansatzpunkte für eine den spezifischen Bereich übergreifende Politik entwickeln können. Gewiß wurden auch in den Arbeitsgruppen viele Fragen gestellt, die nicht immer eine Antwort fanden. Aber ist dies gleich "Ratlosigkeit"? Es ist eher eine Stärke, daß wir nicht immer gleich Antworten fix und fertig parat haben. Es stellt sich oft viel zu schnell heraus, daß die griffbereiten "Antworten" meist falsch und unbrauchbar waren (siehe K-Gruppen oder DKP).

(Apropos DKP: Deren massives Auftreten auf dem "Ratschlag" hat manche beunruhigt. Warum eigentlich? Ich glaube, die DKP steckt in einer starken Krise. Sie hat sich jahrelang dermaßen abgeschottet und ist selbst in ihrer Betriebsarbeit über weite Strekken in eine Isolation geraten. Dem Phänomen der neuen sozialen Bewegungen steht sich völlig hilflos gegenüber. Sie öffnet zwar nicht ihre Partei, aber sie versuchen ansatzweise, ihre Berührungsängste zu überwinden und sich an andere linke Tendenzen heranzutasten. Das würde ich erst mal positiv bewerten, wenn ich auch nicht viel Hoffnung habe, daß die DKP auf absehbare Zeit ihre verkrusteten Strukturen und ihr dogmatisches Gesellschaftsbild überwindet. Auf alle Fälle scheint sich innerhalb der DKP eine Verunsicherung vieler Mitglieder abzuspielen, die der Apparat nicht mehr einfach ignorieren kann und die die Möglichkeiten einer offenen Auseinandersetzung verbessert. Man kann zwar einwenden, daß dieser Einschätzung das schmalspurige Auftreten der DKP-Redner und die tendenziöse Berichterstattung in der DKP-Presse widersprächen, aber was wir da zu hören oder zu lesen bekamen, ist offizielle DKP-Politik, und dazu gibt es heute nicht selten eine erhebliche Differenz in dem, was so manches Mitglied der DKP denkt und auch – vorerst noch in internen Diskussionen – zu sagen bereit ist.)

Doch zurück zu uns. Wenn ich die Diskussions- und Arbeitsbereitschaft vom Samstag, die wirklich gute Kulturveranstaltung "von unten" am Samstagabend und die Sonntagsdiskussion zur Kriegsgefahr richtig einschätze, dann gibt es nach wie vor ein großes und weit gestreutes linkes Potential, das primär auf Basisarbeit und außerparlamentarische Politik setzt und das sich als eine Art überfraktioneller sozialistischer Zusammenhang definieren läßt und Kommunikations- und Kooperationsformen im Sinne des SB bedarf. Das organisierte SB (die SB-Arbeitsgruppe) muß allerdings seine Strukturen gründlich hinterfragen und wie ich meine wieder öffnen, wenn es nicht hinter die "eigene Basis", die es, wie der "Ratschlag" nach meiner Einschätzung bestätigt hat, immer noch hat, zurückfallen will.

"links" fällt da in den nächsten Monaten eine wichtige Aufgabe zu: nämlich eine Diskussion zu organisieren, die keine Tabus und keine Selbstkritik scheut, aber zugleich die positiven Ansatzpunkte des "Großen Ratschlags" aufgreift und Orientierungen zu den brennenden Fragen gibt. Die von der Presse von links bis bürgerlich behauptete Ratlosigkeit des "Großen Ratschlags" wird dann in den Köpfen der Genossinnen und Genossen wenig Resonanz finden, wenn wir uns nicht in eine sogenannte SB-Krise hineinreden lassen, sondern wieder positiv bestimmen, was wir wollen. Für mich sind dies immer erneut der außerparlamentarische Basisansatz, die Arbeitsfelder, die Betriebsgruppen, die lokalen Projekte und sozialen Bewegungen und die Entwicklung einer übergreifenden kommunalpolitischen Arbeit. Solches politisches Wirken von unten fördert auch zivile antimilitaristische und demokratische Verhaltensweisen, die wir als Antriebskraft für zentrale Kampagnen gegen Kriegsgefahr, AKWs, Repression usw. brauchen. Solche Arbeit beinhaltet vielleicht auch etwas von Weg und Form des Sozialismus, den wir nach unseren heutigen Erfahrungen als eine dezentrale Gesellschaftsorganisation verstehen müssen. So ist auch die bewußt gewählte Übergangsform und organisatorische Beweglichkeit, die das SB in seinen besseren Zeiten ausgezeichnet hat, heute noch lange nicht überholt. Wir sollten uns dessen wieder besinnen.

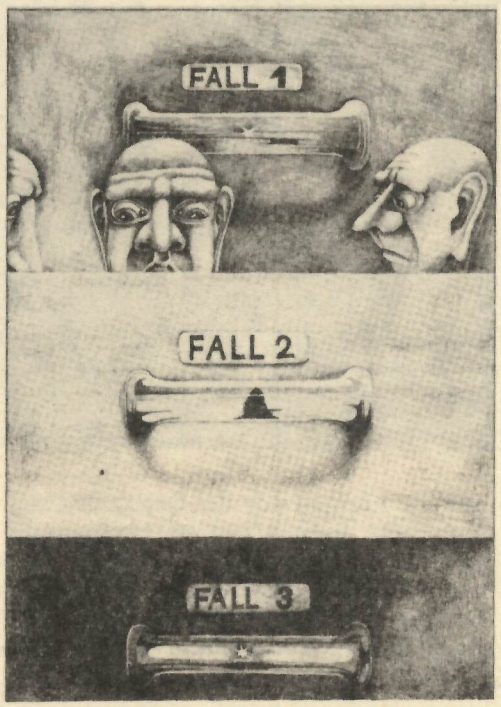
Schöne rote Sommergrüße

KLAUS VACK

Großer Ratschlag

Meine Erfahrung ... Deine Erfahrung ...

Zum linken Helfer-Syndrom



Ein Resümee aus der Arbeitsgruppe "Von jenen, die auszogen, den Menschen zu helfen" (mit ca. 200 Teilnehmern), läßt sich nur schwer ziehen, weil durch die Heterogenität von Interessen, Problemlagen und Sprachen keine Überlegungen oder Thesen zu formulieren waren, unter denen sich die Mehrheit hätte finden können. Lehrer, Mediziner, Sozialarbeiter und Psychologen waren mit der Hoffnung zusammengekommen, daß es gemeinsame Bezüge über den Aspekt des Helfens hinaus gibt – eine sinnvolle Überlegung, die allerdings in der Vergangenheit (gerade auch in der Arbeitspraxis des SB) nicht umgesetzt worden war.

Die Auswirkungen dieser bisher voneinander getrennt verlaufenden Reflexionen zeigten sich denn auch zunächst in Form einer babylonischen Sprachverwirrung, in der Gemeinsamkeiten kaum sichtbar wurden, obwohl der Drang danach jeden Augenblick deutlich spürbar war; getrennt waren bisher Leitgedanken und Begriffsbildungen entworfen worden, für andere Berufsgruppen nicht mehr rekonstruierbar.

Bereits die Diskussion um das Einleitungsreferat über "Beziehungsarbeit" (vgl. "links"-Sondernummer, Mai 1980) machte dies deutlich. Darin war die Rede davon, daß Sozialarbeiter derzeit unter dem zentralen Problem leiden, Orientierung und Sinn in der Beziehung zum "Klienten" vermitteln zu sollen, da gewachsene Gemeinschaften, Nachbarschaftskontakte u.ä. in ihrer konfliktregulierenden und unterstützenden Funktion untereinander sich zunehmend auflösen. Diesen Erfordernissen steht ein Sozialarbeiter gegenüber, der sich als Sinnvermittler überlastet fühlt, seine Perspektive verloren hat und selbst nach "Sinn" sucht – nachdem karitative und sendungsbewußte Motive für diese Arbeit unter den Verdacht doppelter Moral und Selbsttäuschung geraten sind.

Die hier formulierte Überlebensfrage vernachlässigt allerdings zwei Aspekte: zum einen den der zunehmenden Enteignung und Kontrolle durch Experten, die Unmündigkeit unterstellen, um sich die Voraussetzung für Interventionen zu schaffen, und damit wieder "Sinn" zu haben (aber eben auch, um Konfliktherde zu überwachen); zum anderen den Umstand, daß linke Sozialarbeiter, die vormals das Bewußtsein der eigenen Überflüssigkeit in einer sozialistischen Perspektive entwickelt hatten, heute ihre gesellschaftliche Wichtigkeit und Notwendigkeit prinzipiell nicht mehr bezweifeln und an der Expansion ihres Berufszweiges (in Übereinstimmung mit sozialdemokratischen Strategien) fleißig mitbasteln.

In der folgenden Diskussion wurden diese Fragen nicht berührt; im Mittelpunkt stand vielmehr die Klärung des Begriffs "Beziehungsarbeit", der bei Lehrern und Medizinern einiges Befremden auslöste und bei denen, die mit ihm inzwischen vertraut waren, Kritik dahingehend provozierte, daß er zu subjektiv, zu eindimensional und letztlich entpolitisierend sei. Jeder hatte das Gefühl, daß es eigentlich um etwas anderes ginge, aber dieser Begriff war nun mal als Angebot im Raum. Die Diskussion erbrachte denn auch im wesentlichen die bloße Gegenüberstellung verschiedener Statements, die die These von der Atomisierung der Linken sinnlich wahrnehmbar werden ließen.

Ein anderes Problem zeigte sich in der daran anschließenden Diskussion, die durch ein Referat des AF Gesundheitswesen initiiert wurde, in dem es um das Problem der Professionalisierung und das Selbstverständnis von Experten auf eher theoretischer Ebene gehen sollte. Es wurde nach kurzer Zeit mit einem Einwurf abgebrochen, den erfahrene Tagungsteilnehmer kennen und manche mit leiser Resignation erwarten: "Du redest so theoretisch! Wer bist Du? Welche Erfahrungen hast Du?" Diese Frage löst in der Regel bestenfalls, nach einer kurzen Pause der Verblüffung, die Aneinanderreihung von Leidensberichten und Fallgeschichten aus, die sich ineinander verstricken und nie die Ebene politischer oder theoretischer Verallgemeinerung erreichen. Angst vor oder die Ablehnung von Theorie, gepaart mit der Suche nach Authentizität und Nähe ließen auch hier nur immer wieder die Forderung nach "Konkretem" laut werden. Jeder versucht für sich, mit dem Anderen als Krücke, sein ureigenes Verhältnis zur Sozialarbeit zu finden; dabei zeigt sich aber auch eine bestimmte Art und Weise, in der hier zu Selbstbewußtsein und Identität zu gelangen ist: nämlich über die Vorstellung, diese Ziele alleine oder in seiner Bezugsgruppe verwirklichen zu können – sicher mitverursacht durch die therapeutische Ideologie der letzten Jahre, die Identitätsfindung aus sich heraus, durch die Reflexion über sich selbst im Verhältnis zur Welt, verspricht.

Die sich daran anschließende Aufteilung in Arbeitsgruppen diente verschiedenen Interessen: dem Erfahrungsaustausch, der Zielfindung, alternativer Berufspraxis und der Diskussion der für diese Tagung vorgesehenen Referate zu "Vergesellschaftung und Sozialpolitik" und "Kampf um Gesundheit". Das danach folgende Plenum zeigte allerdings, daß die Ergebnisse der Diskussionen über all diese wesentlichen Themenbereiche, herausgelöst aus der "Privatheit" der Kleingruppe, der Allgemeinheit kaum vermittelbar waren. Der Rückzug in die Kleingruppe hatte zwar den Austausch mobilisiert, aber die notwendige Ausarbeitung gemeinsamer, übergreifender Probleme eher abgeblockt.

Zuletzt sei auch noch eine positive Beobachtung vermerkt, die auch auf anderen Veranstaltungen des "Großen Ratschlags" zu machen war, nämlich der schwindende Glaube an Bedeutung und Kraft der von Autoritäten formulierten Positionen (wohl auch deshalb, weil sichtbar geworden ist, daß diese Autoritäten sich in einer Argumentationskrise befinden). Die manchmal in ihren Auswirkungen etwas zweifelhafte Selbstbesinnung hätte damit vielleicht den fruchtbaren Effekt, daß die Sozialarbeiter, Lehrer und Mediziner sich zunehmend auch auf ihre eigenen Kräfte besinnen – wollen.

CHRISTA SONNENFELD

10 JAHRE
FREIE KINDERSCHULE
SCHWALBACH

Die pädagogischen Vorstellungen und Erfahrungen dieser 10-jährigen Vorschularbeit wurden in einer 44 seitigen Broschüre "WIR" mit vielen Fotos niedergeschrieben. Unter folgenden Aspekten wird versucht die pädagogische Praxis der Kinderschule und die Begründung des pädagogischen Verhaltens zu beschreiben: **Spielen - Beziehungen - Konflikte - Mündigkeit - Glück - Realität - Engagement - Bezugspersonen - Tagesablauf - Elternerfahrungen - Abenteuer Kinderschule - Chronologie.**

Bezug: Gegen Voreinsendung von DM 6,- (einschl. Porto) in Briefmarken oder Schecks bei: Verein Sozialpädagogische Praxis e. V., Altkönigstr. 9, 6231 Schwalbach a. Ts

Großer Ratschlag

Sinn und Unsinn

Die Einführungsdiskussion zum "Großen Ratschlag" im Zelt war ein überreifes Zeichen für den Verfall traditioneller politischer Kommunikationsformen in der Vermittlung linker Inhalte. Die Reaktion der zu Zuhörern degradierten Teilnehmer war entsprechend: Sie unterhielten sich miteinander und gaben so ihrer Anwesenheit wenigstens einen Sinn. Warum soll man auch zuhören, wenn man selbst etwas zu sagen hat? Und das vor allem dann, wenn die Inhalte als abgedroschen erfahren werden und wie leere Hülsen auf sie einprasseln. Man ließ sie abtropfen wie Regen an einem Ölmantel. Die linke Demonstrationskleidung hatte sich nach innen gekehrt und schützte vor falschen Anmaßungen.

Der Eindruck dieses Abends bestimmte die Erwartung des nächsten Tages in der Arbeitsgruppe. In Einzelgesprächen auf der langen Suche nach einem Raum für eine auf über 500 Teilnehmer anschwellenden Teilnehmerzahl war Einigkeit darüber zu empfinden, was auf dem Hintergrund des Vortages als Unsinn bestimmt wurde. Man war sich unsicher darüber, was nunmehr erwartet werden konnte. Umso erfreulicher entwickelte sich das Plenum der Arbeitsgruppe. Allein schon Äußerlichkeiten – gewollt oder ungewollt – boten einen Rahmen, in dem sich Kommunikation in einer Großgruppe herausbildete. So saßen die Anwesenden im Carré um ein bühnenartig anmutendes Parkett, das in das Scheinwerferlicht der anwesenden Filmemacher gehüllt war. Wie ein Amphitheater forderte diese Umgebung zur Selbstdarstellung der Einzelnen heraus. Die diagonal an den Seiten des Carrés aufgestellten Mikrophone förderten ein sich einstellendes dialogisches Prinzip; die Redner folgten so aufeinander, daß sie sich jeweils gegenüberstanden. Die Diskussionsleitung sah sich um ihre übliche Ordnungs- und Strukturierungsfunktion gebracht; die Kommunikation stellte sich von selbst ein – fließend.

Das Fehlen der professionellen Sinnproduzenten, die sich für dieses Plenum angekündigt hatten, erleichterte darüber hinaus eine freie, manchmal beliebig anmutende Artikulation, die jemand als das notwendige empirische Sammeln von Erfahrungen und Wahrnehmungen bezeichnete; ein Schritt vor einer politisch sinnvollen Synthetisierung. Überhaupt war es von Vorteil, daß die Einzelnen als "Jemande", also anonym auftraten. Dies hüllte ihre Beiträge in ein Flair von Echtheit, unterstützte die Evidenz ihrer Erfahrungen, stärkte ihren Überzeugungscharakter. Die anwesenden DKP-Genossen, die zahlreich und prominent erschienen waren, sahen sich demnach bemüßigt, ihren Beiträgen eben jenen Charakter beizugeben. Nachdem der Zug, auf den sie aufgesprungen waren, schon einige Minuten unterwegs war, flochten sie in ihren Beiträgen wie völlig belanglos und nebenher ihre organisatorische Zugehörigkeit ein.

Obwohl die einzelnen inhaltlichen Wortmeldungen sich nicht unmittelbar aufeinander bezogen, zentrierten sie sich um den ständigen aktuellen Widerspruch linker Politik: die Verwirklichung des Einzelnen unter Bedingungen gesellschaftlicher Realität, deren Veränderung erst die Bedingung von Selbstverwirklichung bereitzustellen vermag. Nun ist es inzwischen eine Trivialität, die nicht dauernd neuer Beschwörung bedarf, daß es ein richtiges Leben im falschen nicht geben kann. Auch die Übersetzung dieser Wahrheit in die kategoriale Sprache, die von Produktionsverhältnissen, Produktivkraft, lebendiger und toter Arbeit, Entfremdung etc. redet, erleichtert nicht die Klärung des konkreten, tagtäglich gelebten und erlittenen Verhältnissen vom Individuum zum praktisch zu betreibenden gesellschaftlichen Prozeß der Veränderung. Daß immer noch einige glauben, rationalistisch und mit erhobenem Zeigefinger besserwisserisch auf den bestehenden Klassencharakter der Verhältnisse hinweisen zu müssen, wurde mit leisem Stöhnen und hochgezogenen Schultern als längst begriffen zurückgewiesen. Man ist weiter. Man weiß, daß die Erkenntnis über und die Kenntnis von der Objektivität diese noch nicht aufhebt; und die Hoffnung, Erkenntnis bewirke schon Veränderung, kann nur als magisch charakterisiert werden. Man hatte es satt, sich den schnarrenden Lauten traditioneller Gebetsmühlen zu unterwerfen.

Die Linke und d

Einleitungsbeitrag

Ich nenne mich Rolf Schwendter, ich bin 40 Jahre alt, ich bin von Beruf Hochschullehrer, ich werde nach C 3 bezahlt. Ich bin Raucher, Fleischesser, übergewichtig, zeitweilig depressiv, z.B. gestern abend, heut' vormittag wird es auch bald so weit sein, heterosexuell, männlichen Geschlechts und Intellektueller. Habe mehrere Jahre in Wohngemeinschaften gelebt, ich habe es bleiben lassen, als ich in der letzten Wohngemeinschaft zu sehr zur Vaterfigur wurde. Ich lebe jetzt in einer sogenannten Kleinfamilie, d.h. ich bin mehr auf Tagungen wie dieser hier als "daheim", die Frau ist Radikalfeministin mit allen emotionellen Folgerungen. Ich bin nicht monogam, unter häufig vorhandener unfreiwilliger sexueller Askese leidend, an den Brauch, über sexuelle Probleme nicht zu reden, schon gar nicht im Umkreis des Sozialistischen Büros, habe ich mich angepaßt. Ein Sohn – sechs – hat den langen Marsch durch sämtliche alternativen Kindergärten seiner Umgebung halbwegs unverletzt abgeschlossen und steht nun vor der Mauer der Schule. Ich habe in den letzten Jahren etwa sechs alternative Projekte mitgegründet; mir graut vor der Aufgabe, nun womöglich auch noch eine Freie Schule mitgründen zu müssen. Am Morgen – zum Beispiel jetzt – bin ich so gut wie arbeitsunfähig, kurz ich fühle mich merkwürdig, hier darüber sprechen zu sollen, wie der neue Mensch der Linken aussieht. In der Gestaltpsychologie gibt es den Lehrsatz, daß wir – je nachdem, was von beidem wir stärker ins Auge fassen – auch stärker wahrnehmen, eine Gestalt vor einem Hintergrund oder den Hintergrund selbst als Gestalt. An Ähnliches erinnert mich die Diskussion um den neuen Menschen. Die Rohmaterialien der Vorstellung von ihm sind seit eineinhalb Jahrhunderten vorhanden. Von Charles Fouriers Bedürfnis nach Abwechslung und Beziehungszusammenhängen bis zu "Transversale" Deleuzé Guattaris, in der sich alle Eigenschaften der gesellschaftlichen Netzwerke von Subkulturen vereinigen, aber immer so, daß sich Gestalt und Hintergrund ausschließen, ja sich dogmatisch bekämpfen. Um es nicht zu abstrakt werden zu lassen: eine Fülle von Beispielen: Der "neue Mensch" ist nach Marx einer, dem Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis geworden ist. Gleichzeitig ab er nach Lafargue sein Recht auf Faulheit wahrzunehmen. Nach Wilhelm Reich soll der "neue Mensch" die volle genitale (das heterosexuelle) Reife erlangt haben, gleichzeitig soll er (z.B. nach der Frauenbewegung und der Schwulenbewegung) seine Partialtriebe voll entfalten, bisexuell oder zumindest lesbisch bzw. schwul sein. Von Fourier bis zur aktionsanalytischen Organisation seligen Angedenkens, lebt der neue Mensch eine Vielzahl erfüllter sexueller Beziehung, gleichzeitig hält er sich bei Adorno und Wolfgang Harich an ein an Tristan und Isolde orientiertes Ideal strenger Monogamie.(Nicht zu vergessen, daß nach Bhagwan wie nach Paulus aber auch nach Bernhard Shaw Sexualität nur als Durchgangsstufe zur Askese anerkannt wird.) Bei Marx wie auch noch gestern abend bei Hannelore Mabry hebt der neue Mensch in

Foto: H.G. Grewer

Die Diskussion machte nochmals klar, daß es jetzt tatsächlich erst auf das Sammeln, auf das Be- und Verarbeiten von Erfahrungen ankam, auf die empfundene und erfühlte soziale Realität in Psyche und Gesellschaft. Das innere Erleben konnte nicht mehr bürgerlich als privat und intim abgespalten bleiben.
Das Stichwort im Einleitungsbeitrag: mit dem Widerspruch von Tausch- und Gebrauchswert im eigenen Leben, in der eigenen Lebensorganisation umgehen lernen, ohne sich damit abfinden zu müssen, fand sich – auch wenn es in den einzelnen Redebeiträgen verbal abgewiesen wurde – ständig wieder. Einmal trat er als Gegensatz von Leben und politischer Tätigkeit auf – letztere als Vermittlungsglied von Veränderungsabsicht und störrischer, widerborstiger Wirklichkeit. Ein anderes Mal als belehrende Propagierung eines vermeintlichen Realitätsprinzips, daß der Entzug aus der Gesellschaft eben nichts mehr mit Politik zu tun habe.
Daß eine Synthese zwischen beiden Seiten auf dem Plenum nicht möglich war, nicht möglich sein konnte, daß die beschworenen Anteile von "innen" und "außen", von Selbstverwirklichung, Alternativbewegung, Gesellschaft, verschiedenem Politikverständnis, Klassenkampf und Krise, von Betrieb, Frauenrolle und Kindererziehung, Über-Ich und "Beziehungskisten" nicht zusammengebracht werden konnten, mußte als Binsenwahrheit und Ausdruck unserer Realität anerkannt und nicht schlecht bejammert werden. Und anerkannt wurde sie schon allein durch die praktizierte Diskussion. Es war ein produktives Sammeln von Erfahrungen und ein Beginn kollektiv organisierter Reflexion über die spätkapitalistische Realität totaler Vergesellschaftung, die extrem partikularisiert und vereinzelt. Sie erfordert eben einen anderen, umfassenderen politischen Zugang. Auf alle Fälle herrschte trotz der Vereinzelung und Fragmentierung, wie sie durch die Realität vermittelt wurde und in den Beiträgen über unsere Wirklichkeit zum Ausdruck kam, das Moment vor, daß diese Vielfalt verstanden und verändert werden kann; daß der Widerstand gegen die vielfältigen Formen von Unterdrükkung und Ausbeutung, die bis in die tiefen Bereiche der Psyche verlagert werden, möglich ist und daß Verdrängung niemanden außer dem "System" etwas nützt. Wie auch immer: man hatte den nicht ungerechtfertigten Eindruck, der gesellschaftlichen Realität des gegenwärtigen Kapitalismus näher zu sein, als auf der Frontalveranstaltung am Vorabend, die Wirklichkeit für sich nur reklamierte.

DAN DINER

"neue Mensch"

zur Arbeitsgruppe

sich die Widersprüche von Handarbeit, Kopfarbeit und Haushalt auf, ist Jäger, Koch und Kritiker. Daneben nimmt der "neue Mensch" selbstbestimmt an allen Angelegenheiten des Gemeinwesens teil, gleichzeitig bleibt er gemäß Marx auch nach Absterben der Ware und des Geldes dem Gesetz der Ökonomie der Zeit unterworfen. Der neue Mensch ist von einer kalkulierten ökologischen Sparsamkeit vom Fahrrad und vom Rauchverbot bis zum Vermeiden des Tötens von Tieren, gleichzeitig lebt er aus der Fülle, den gesellschaftlich bedingten Mangel überwunden zu haben. So viele Menschen im Saal, so viele "neue Menschen" in der Vorstellung. Hör' ich von solchen Trennungen, dann denk ich mir sicherheitshalber, daß jeweils an beiden Momenten etwas dran sein muß. Nur rauszukriegen was, ist eine ziemlich mühselige Sache. Ich würde fürs erste vorschlagen, daß sich jeweils beide Seiten entfalten und miteinander in Kontakt bleiben sollen. Daß sie sich aber nicht ihre Positionen um den Kopf knallen, sondern sie tragen mit einem Gestus, gemischt aus Lao-Tses Fließenlassen und Brechts Freundlichkeit.
Die Versuche, ihn – was immer er sei – hier und jetzt ansatzweise zu verwirklichen, gibt es. Wohngemeinschaften und Alternativprojekte sind mit Recht erwähnt worden. Sie gibt es mit Notwendigkeit: die Normen des schlechten Bestehenden treiben ihre eigene Negation hervor, ein patriarchalische Gesellschaft – feministische Verkehrsformen, eine destruktive Gesellschaft – ökologische Normen, eine leistungsfixierte Gesellschaft – Normen der Leistungsverweigerung. Leider zählen im allgemeinen die politischen Organisationen nicht zu diesen Versuchen. Die Versuche, und dies beantwortet auch die Frage, wie weitgehend heute Veränderungen bei den Individuen überhaupt gehen können, sind durchweg gezeichnet von jenem Doppelcharakter, der sie gleichzeitig ein Stück weit in die gewünschte Richtung treiben läßt. Am wichtigsten etwa die ansatzweise Aufhebung der Trennung von Stadt/Land, Kopfarbeit/Handarbeit, Mann/Frau, sie aber gleichzeitig über verschiedene Mechanismen in das schlechte Bestehen zurückholt (Ware, Akkumulation, Markt, Konkurrenz, staatliche Regelungen). Die Konkurrenz um die berüchtigte Minimierung des Geschirrabwaschens in der WG zählt ebenso dazu, wie die Akkumulation von Mitgliederzahlen bei politischen Organisationen und die Konkurrenz unter alternativen Projekten). Auf der anderen erscheint es mir unverzichtbar, daß diese Versuche weitergehen, nicht isoliert, sondern vernetzt mit einer Vielzahl anderer Versuche. Denn dieser Doppelcharakter gilt für jegliche Tätigkeit eines Sozialisten überhaupt – auch die Partei, der Betrieb, die Gewerkschaft sind nicht frei davon. Zum Abschluß vielleicht noch so eine pragmatische These: im SB wäre es sinnvoll, daß es auch ein Arbeitsfeld Wohnen, ein Arbeitsfeld Sexualität, ein Arbeitsfeld Kinder gibt.

ROLF SCHWENDTER

Großer Ratschlag

"Politische und therapeutische Linke"

Eines der Arbeitsgruppenthemen beim Großen Ratschlag war die zunehmende Psychiatrisierung der Gesellschaft. Entsprechend der vorgegebenen Untergliederung des Themas in Anstalts- und Knastpsychiatrie bildeten sich zwei Untergruppen. Folgender Beitrag versteht sich als eine Bestandsaufnahme der Diskussion über Anstaltspsychiatrie. Darüber, daß seelische Erkrankung und ihre psychiatrische Heilung inzwischen derart generalisiert sind, daß die politische Bedeutung nicht mehr zu verdrängen ist, bestanden keine Meinungsverschiedenheiten. Die beiden Fragen, die die Diskussion beherrschten, waren:

- **Welchen politischen Stellenwert hat das Phänomen für die Linke?**
- **Gesetzt den Fall, dieser Stellenwert sei bestimmbar, läßt sich daraus eine richtige Praxis ableiten? Gibt es sozialistische Praxisansätze? (Hier wurden nur einzelne Versuche eingebracht). Oder gibt es auch für die Linke nur Therapie?**

Die Frage nach dem politischen Stellenwert erwies sich für diejenigen, die **praktisch** tätig wurden, für die Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter, als ein mühsames Vorwärtskrebsen. Ein Erfolg schon war es, wenn ein Schizophrener die aus seinem Ich ausgesendeten Signale, die Freud in der "Einführung des Narzißmus" mit den vom Körper eines Protoplasmatierchens ausgeschickten Pseudopodien verglich, nicht sofort wieder einzog, wirkliche Schritte setzte, auf wirklichen Füßen stand. Natürlich in dieser Gesellschaft: kapitalistisch, konkurrenziell, aggressiv. Und diese Schritte nach vorn, nach vorn aus der Sicht der besonderen beruflichen Situation linker Seelenarbeiter erschienen aus der allgemeineren Sicht des politischen Anspruchs als Rückschritte, als Reformismus, Kompensatorik, Anpassungswerkelei, Zerstörung eines revolutionären Potentials, Verschmutzung von Inseln rein gebliebener Menschennatur.

Dann lieber von vornherein die ganze Revolution. Schnell, entschlossen, kompromißlos, im roten Supermanstil den richtigen Unterbau hergestellt, auf dem solche Probleme nicht mehr erwachsen würden. Es war der Ansatz der K-Gruppen, -Grüppchen und -Zirkel. Deren Voluntarismus erwies sich bald als das sprichwörtliche Sichaufblasen des Frosches. Um im Bilde zu bleiben: Die Luft blieb weg oder reichte bestenfalls noch zum Quaken von Parolen von den Tümpeln her, in denen sie ihr Dämmerdasein fristeten.

Eine andere theoretische Hilfsbrücke von der Bewußtwerdung, der Scham zur ganzen Revolution war die Randgruppentheorie und – im Bereich der Psychiatrie – die Antipsychiatrie. Es wurden die Träger objektiver Veränderung dort gesucht, wo subjektiv gelitten wurde. Subjektives Leid war gespeicherte Energie, der ein Ziel: die objektiven gesellschaftlichen Ursachen, die Gesellschaft selbst gegeben werden sollte. Aber auch hier blieb man im pathetischen Voluntarismus stecken. Und wie bei den K-Gruppen erhielt sich dieser Voluntarismus durch selbsterschaffene, personifizierte Feindbilder am Leben. In der Praxis konnte nur die Personifizierung die Vermittlung zwischen subjektiver Erfahrung und den ausgemachten objektiven Bedingungen leisten.

Andere im Namen der psychisch Leidenden Protestierenden, wie der holländische Arzt Jan Foudraine, zogen nach Poona.

Coopers Antipsychiatrie ersetzte die historisch-soziale Analyse durch psychologische Elemente, Urgewalten fast, Drachen und Monster, denen man, das konnte folglich die einzige Form von Politik sein, die Köpfe abschlagen mußte. Das Vakuum fehlender historischer Analyse bevölkerte sich bei ihm mit Teufeln, faschistischen Kobolden, Hitlers oder schlimmer noch – weil verstohlener – mit Helmut Schmidtchens. (Cooper: Wer ist Dissident?).

Die theoretische Gültigkeit "objektiver" und "subjektiver" Theorien beruhten jeweils auf etwas sehr Einleuchtendem. Der Funken dieser Erleuchtung entsprang allerdings einem gedanklichen Kurzschluß. Bei den einen war das die Bücherweisheit, die Ergebnisse "objektiver" Analyse bräuchten nur schulmeisterlich an die Wand geschrieben zu werden, um sich per pädagogischem Wunder in subjektive Erfahrung zu verwandeln. Bei den anderen war es die außer Analyse bleibende, postulierte Idee, die Idealisierung also, daß der narzißtische, defensive, negativistische Rückzug aus der Gesellschaft auf sich selbst schon die sozialistische, offensive, positive Kampfansage an diese krank machende Gesellschaft war. Auch wenn man Abschied von diesen Illusionen genommen hat, steht die Frage noch im Raum, wie sich die umdenkende Linke auf das Phänomen der psychischen Krankheit und auf die linken Therapeuten bezieht; die Frage nach dem Stellenwert therapeutischer Arbeit innerhalb einer zu definierenden linken Politik.

Denn daß psychische Krankheit mit der Gesellschaft zu tun hat, die wir bekämpfen, ändern wollen, steht nicht mehr zur Debatte. Ebensowenig, daß psychische Krankheit primär gesellschaftlich verursacht wird (Soziogenese). Wegen der Fixierung auf die Gesellschaft und häufig genug mit einem Begriff von Ursächlichkeit versehen, der eher mechanisch denn situationsbezogen (dialektisch) ist, droht die Linke das Problem über den Kopf der Betroffenen, der Psychiatrisierten, hinweg zu lösen, wobei letztere vielleicht zu nützlichen Märtyrern, zu Kronleichen im Prozeß, der dem System zu machen ist, werden.

Der Ethnopsychiater Georges Devereux hat aus der Erforschung primitiver Gesellschaften m.E. einige nützliche Einsichten in die gesellschaftliche Verursachung abweichenden Verhaltens gewonnen.

Er stellte fest, daß ein **systematisch** abweichendes Verhalten in primitiven Gesellschaften kaum auftritt und erklärt dies dadurch, daß dort die Anpassung an die gesamte soziale Situation **einfacher** ist, die Sozialisation **systematischer** gefördert wird und die Gesellschaft keine Ziele vorschreibt, die mit sozial standardisierten **Mitteln** unerreichbar sind. Die Sozialisation ist in solchen Gemeinschaften als gesamtgesellschaftliche Sozialisation durchschaubar und erfahrbar. Dadurch, daß keine bestimmten Personen ein Erziehungsmonopol zugewiesen wird, findet eine Entindividualisierung der Autorität statt, die eine positive Wirkung in der verringerten Traumatisierungsmöglichkeit des Individuums zeitigt.

Modernen Gesellschaften westlichen Typs dagegen weisen eine weitaus komplexere Organisation auf, verlangen sehr viel schwierigere Anpassungsleistungen, sozialisieren ihre Mitglieder aber zudem auf das Ziel des autonomen Individuums hin.

Die Familie, von Cooper zum Fetisch aufgebaut, steht selbst in diesem Spannungsfeld. Vereinfacht gesagt: Sie ist nicht nur Montagewerkstatt für funktionsfähige Individuen (sie ist dies sogar nur vermittelt), sondern ihr obliegt auch die völlig entgegengesetzte Aufgabe, der Maschine eine Seele einzuhauchen. Die psychische Krankheit wird dann – soziologisch – bestimmt als eine Reaktionsform, die zwischen dem sozial angepaßten und akzeptierten und dem delinquent-verweigernden Verhalten angesiedelt ist, weil Krankheit in unserer Gesellschaft die tolerierte Lösung ist, dem Funktionieren zu entsagen, ohne da-

Auflösung der Großkrankenhäuser – Sternmarsch nach Bonn

Zu einem Sternmarsch nach Bonn ruft die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP), alle Bürger und Organisationen auf, die sich von den Mißständen in der bundesrepublikanischen Psychiatrie betroffen fühlen. Die Protestveranstaltung soll am Sonntag, 19. Oktober 1980, in der Bundeshauptstadt stattfinden. Im Mittelpunkt der Demonstration wird die Forderung nach der Verwirklichung der Menschenrechte für psychisch kranke und behinderte Mitbürger in der Bundesrepublik stehen. Die DGSP appelliert vor allem auch an Bürger, die psychisch krank sind oder waren, sowie an deren Familienangehörige, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Diese Aktion ist notwendig, weil es nach zehnjährigen, wegen ihrer Halbherzigkeit weitgehend fehlgeschlagenen Reformbemühungen höchste Zeit ist, die Öffentlichkeit durch eine Kundgebung in der Bundeshauptstadt auf die katastrophale Notlage der psychisch Kranken und Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen. Wer länger zu den Mißständen schweige, mache sich schuldig. Die Gesellschaft will bei dieser Demonstration auch deutlich machen, daß es bereits heute erprobte und realisierbare Hilfsmöglichkeiten für psychisch Leidende gibt, die ihnen die entwürdigende, diskriminierende und häufig krankheitsfördernde Unterbringung in entlegene Großanstalten ersparen können.

Weitere Informationen: DGSP, Postfach 1253, Wunstorf.

für als Krimineller bestraft zu werden. Der Konflikt, der durch psychische Krankheit "zu lösen" versucht wird, ist somit ein in unserem Gesellschaftssystem strukturell angelegter Konflikt.

Einerseits folgt daraus, daß unter dem Gesichtspunkt des die psychische Erkrankung verursachenden gesellschaftlichen Konflikts die Frage nach dem Unterschied "krank-gesund", "normal-anormal" sinnlos ist, wenn man dieses System nicht bejaht, die psychische Erkrankung eine mit der Beschaffenheit dieser Gesellschaft in einem Wesenszusammenhang stehenden Erscheinung ist und alles, was mit gesellschaftlicher Verursachung und gesellschaftlichen Lösungsmodi des Konfliktes zusammenhängt, als Politik zu betrachten ist.

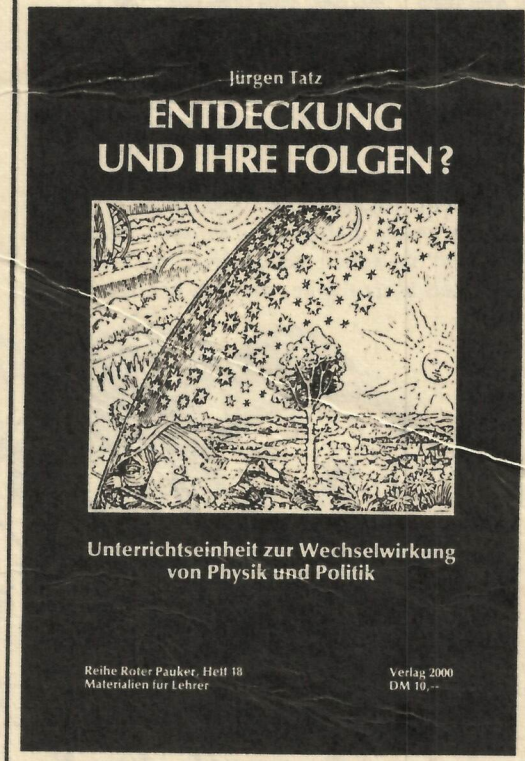
Andererseits darf nicht übersehen werden, daß auch die Lösung der psychischen Erkrankung eine Lösung **innerhalb** dieser Gesellschaft ist; mit der psychischen Erkrankung somatische Beschwerden einhergehen, die punktuell auch unmittelbar somatische Eingriffe erfordern und nicht den beschwerlichen Weg der Herstellung gesellschaftlicher a-typischer Lebenszusammenhänge gehen können; weiter: daß die in der psychischen Erkrankung versuchte Behauptung der individuellen Autonomie in einem Narzißmus des Rückzuges und der Verweigerung zum Ausdruck kommt und dieser Narzißmus zunächst auch der Eingliederung in eine sozialistische Gemeinschaft Widerstand leisten würde.

Diese beiden Aspekte spiegeln sich dann immer fast getreu wider in der Kontroverse zwischen "politischen" und "therapeutischen" Linken. In der ausschließlichen Fixierung auf den ersten Aspekt wird die "politische" Linke logischerweise die Relevanz des Unterschiedes "krank-gesund" radikal in Abrede stellen, auf die wissenschaftliche Fragwürdigkeit und Dürftigkeit wie immer verschönerter Diagnostik hinweisen, auf die politische Funktion der Psychiatrie als Ausgrenzungs-, Dequalifizierungs- und Diffamierungsstrategie verweisen. Dabei allerdings in Gefahr geraten, kraft des radikalen, jegliche Kompensatorik ablehnenden Ansatzes, den individuell Leidenden einem "sozialistischen" Darwinismus zu überantworten. Diese Position kann selbst deutliche Züge intellektuellen Narzißmus' annehmen. Der psychisch Leidende schlüpft in die Rolle des "abstrakten Helden" einer noch zu bildenden sozialistischen Gesellschaft, ist aber nach wie vor das sehr konkrete Opfer einer wirklich existierenden kapitalistischen Gesellschaft. Ihn zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderung zu erheben – und damit dem Dilemma auszuweichen – ist Pseudosozialismus. Das andere Extrem ist – wie gesagt – der sozialistische Darwinismus.

Noch kann die im Innern der Institutionen arbeitende "therapeutische Linke" eine entscheidende Legitimation für sich anführen: gerade wegen seines Mißerfolges verinnerlicht der aus der Gesellschaft Ausgegrenzte den ihm beigelegten Unwert und die entsprechenden Bewertungskriterien, wird er in dem Leiden noch die gängigen Herrschaftsattitüden wie in einem Zerrspiegel reproduzieren und nicht eher zu sinnvollem Widerstand finden, als er auch nicht soweit angepaßt ist, daß er sich in dieser Gesellschaft bewegen kann. Die Bewährung wider das System setzt ein Stück ichstärkender Bewährung innerhalb des Sysems voraus.

ROBERT DETOBEL

Neues vom Arbeitsfeld Schule



Reihe Roter Pauker, Heft 18
Jürgen Tatz, Entdeckung und ihre Folgen? Unterrichtseinheit zur Wechselwirkung von Physik und Politik, 152 Seiten, DM 10,--.

In dieser Unterrichtseinheit geht es um den Zusammenhang von physikalischer, gesellschaftlicher und politischer Entwicklung. Dazu wird versucht, durch die Einleitungsphase und die Arbeitsphase 1 das Verhältnis von Physik und Politik an konkrete Beispielen zu bestimmen und in der Arbeitsphase 2 theoretisch zu verallgemeinern. Die Entwicklung wird aufgezeigt in der Arbeitsphase 3 "Geschichte". In der 3. Arbeitsphase geht es um die historische Veränderung des physikalischen Weltbildes zu Beginn der Neuzeit. Im 1. Teil dieser Arbeitsphase wird angeknüpft an die von Born dargestellte wissenschaftsimmanente Entwicklung der Physik. Die Verknüpfung mit dem Kursthema wird jetzt über die Folgen der Entdeckung Amerikas hergestellt, auch; als entscheidendes Motiv für seine und andere Entdeckungsfahrten erscheinen aber materielle Interessen. Diese materiellen Interessen werden deutlich ausgedrückt in der Behandlung der Eingeborenen (Sklaverei) sowie in der Ausbeutung der Bodenschätze der entdeckten Territorien.

Politische Folgen der Entdeckungen, die auch auf bestimmte physikalische Vorstellungen und technische Hilfsmittel beruhen, werden in der heutigen Lebenssituation der Indianer des amerikanischen Kontinents deutlich. Die Zerschlagung entwickelter hoher Kulturen (Azteken 1519, Inkas 1532) führte dazu, daß die indianischen Völker zu ethnischen Minderheiten dezimiert wurden, die im heutigen Amerika um ihr Überleben kämpfen. Sie sind rassistischer Politik ausgesetzt und werden zum Teil in Staaten wie Brasilien ausgerottet (Ethnozid). Im 2. Teil dieser historischen Arbeitsphase wird der gesellschaftliche Rahmen des Übergangs zur Neuzeit thematisiert.

Als bedeutendes Prinzip wird das der Buchhaltung diskutiert, die "quantifizierende Egalisierung des qualitativ Verschiedenen", das als Prinzip der neueren Naturwissenschaften z.B. in den Arbeiten Galileis erscheint.

Die Diskussion hierum wird anhand von Texten von Hemleben, Mumfort und Brecht kontrovers geführt.

Ausländer im Deutschen Schul(un)wesen
Informationsdienst Arbeitsfeld Schule, Heft 41, 112 Seiten, broschiert, DM 8,--.

Mit der Schulsituation ausländischer Kinder wurde und wird je nach Interessenslage polemisiert. Für die Autoren dieses Heftes indes ist entscheidend, daß diese miserable Schulsituation ihre alltägliche Arbeitsbedingung ist. Notwendige gesellschaftliche Lösungen wurden bisher nicht angegangen. Einzelne, individuelle, private, modellartige, versuchsmäßige Auswege sind zwar – zunehmend – zu beobachten, finden aber zu wenig Berücksichtigung in Politik, Wissenschaft und Lehrerfortbildung. Solche Auswege verschleiern eher die Problematik, tragen zum oberflächliche aufrechterhaltenen "Schulfrieden" bei, verhallen ungehört, reiben die Arbeitskraft aktiver Lehrer und Lehrerinnen auf. Der Info Schule enthält folgende Beiträge:

Hans Heinz Heldmann: Unsere ausländischen "Mitbürger" ● Zahlen und Fakten ● Dora Waidhaas – de la Vega: Ausländische Lehrer – Ausländer im Schuldienst? ● Wolfgang Krebs: Psycho-soziale Impressionen an einer hessischen Berufsschule ● Sabine Schommer: Exemplarisches zur Grundschule ● GEW Schulgruppe Lersnerschule Frankfurt: Zum Ausländerproblem an einer Hauptschule ● Unterrichtsboykott an der Karmeliterschule Frankfurt ● Eine spanische Kollegin: Spanischer Muttersprachenunterricht an einer Grundschule ● Hausaufgabenhilfe in der Diskussion ● Joachim S. Hohmann: "Geh mir ja nicht zu den Zigeunern" – Arbeiten 12jähriger Schüler zur Vorurteilsproblematik ● Halo Lehnard: Ein Erlaß und die Realität ● Detlef Lüderwald: Tendenzen der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik ● Bibliographie, Unterrichtsmaterialien, Kontaktadressen ● Weitere Beiträge: Als Frau im Personalrat ● Frauen und Gewerkschaftsarbeit ●

Alle Broschüren sind im linken Buchhandel erhältlich, können jedoch auch gegen Vorauszahlung (Briefmarken oder Scheck) direkt beim Verlag bezogen werden: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Großer Ratschlag

Hat Brecht immer noch recht?

Autor heißt: urheber sein
eines verbotenen Liedes in den Straßen
heißt: die produktionsmittel beherrschen
nicht: sich von ihnen beherrschen lassen
heißt: singen lernen und drucken
in den kellern aufstellen die abzugsmaschine
das potentielle Maschinengewehr
heißt: filmen lernen/umgehen mit super 8
und video/heißt: gruppen bilden
heitere kommunikationsguerilla
heißt störsender bauen gegen behördlich verordneten schwachsinn
sperrfeuer schießen
und kleber drucken/plakate kleben
den polizeifunk zum landfunk machen
der opposition: fröhliche Wellen.
(Peter Paul Zahl, aus dem Gedicht: Anmerkungen in der Berufsberatung "Holzverarbeitende Industrie in PPZ, die Barbaren kommen, Hamburg 1977).

Dreißig Jahre Mediengeschichte, geschrieben auf der einen Seite von den Funktionären der großen, zentralisierten Produktionsöffentlichkeiten, den würdigen Nachfolgern eines Adenauerschen Medienverständnisses in Presse und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, auf der anderen Seite bestimmt von den subkulturellen Medienarbeitern einer Gegenöffentlichkeit für Gleichgesinnte: der Graben dazwischen, das je die andere Seite ignorierende und ausschließende Selbstbild, klafft wie ehedem, Konsolidierung bei den bürgerlichen Medien, Infragestellen von Theorie und Praxis eines alternativen Mediengebrauchs bei den anderen.

Das Infragestellen hat sich verschärft in dem gesellschaftlichen Klima einer bürgerlichen Öffentlichkeit, in der zum einen das Spannungsverhältnis zwischen den "Autoren" und den Stufen der Abnahme (Zensur) größer geworden ist, zum anderen aber auch die bürgerlichen Medien an bestimmten Themen nicht mehr vorbeikommen wie Bürgerinitiativen, Umwelt, Kernkraftdiskussion, Jugendarbeitslosigkeit etc. Und, was sicher nicht zu unterschätzen ist, gerade auch die bürgerliche Öffentlichkeit ist dabei, sich das "kommunale Interesse" zu eigen zu machen (vgl. die Legitimation des Albrecht-Anschlags auf die öffentlich-rechtliche Rundfunkorganisation).

Das Verhalten der Linken in bezug auf die institutionalisierte Massenkommunikation war nicht immer das geschickteste. Entweder, in bloßem Medienpessimismus verfangen, den bürgerlichen Medien abschwörend, in Kämpfe um Programmanteile innerhalb der Einrichtungen verstrickt, oder der totalen Euphorie eines allumfassenden alternativen Mediennetzes verfallen, ist man, das haben vor allem die letzten Jahre gezeigt, mit dem "Baukasten zu einer Theorie der Medien" (Enzensberger) und den Praxiserfahrungen mit der mobilisierenden Kraft der Medien (Brecht) nur wenig weitergekommen. Die alternative Medienszene war in der gesamten Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Öffentlichkeit mehr gezeichnet von reaktivem, defensivem Verhalten, als von aktivem Vorangehen. Auch haben die "tausend blühenden Radios" in Italien, die zahlreichen Videoaktivitäten hierzulande, die sich heute teilweise den Vorwurf des Voluntarismus und des Technologiefetischismus gefallen lassen müssen, gezeigt, daß die Medien in der Hand und die Theorie im Kopf nicht genügen, um über die engen Grenzen einer "Insider-Kommunikation" hinaus in die Köpfe der Allgemeinheit zu gelangen. Die Begeisterung für Video und für ein "bürgernahes" Kabelfernsehen ist überschattet von der Erkenntnis, die Rolf Linder in "Ästhetik und Kommunikation" zusammenfaßte:

"Die wahre Geschichte der elektronischen Medien, die allesamt unter kapitalistischen Vorzeichen entstanden sind, scheidet, der widersprüchlichen Tendenz kapitalistischer Produktion folgend, das technisch Machbare von dem, was unter kapitalistischen Verhältnissen realisierbar und was davon zu welchem Zeit-

aus: medium

Freiheit für Peter-Paul Zahl

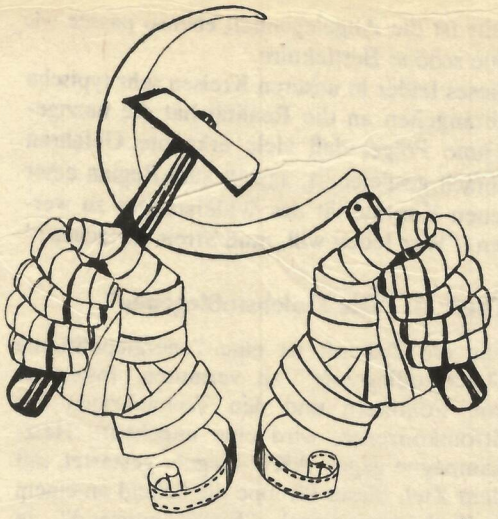
Nachdem das Landgericht Mönchengladbach den Antrag Peter-Paul Zahls auf Wiederaufnahme seines Verfahrens abgelehnt hat, hat dieser nun ein Gesuch zur Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung gestellt. Peter-Paul Zahl wurde 1974 wegen "gefährlicher Körperverletzung und fortgesetztem schwerem Widerstand" zunächst zu vier Jahren Haft verurteilt. Auf Revision des Bundesgerichtshofs erfolgte 1976 eine erneute Verurteilung zu 15 Jahren Freiheitsentzug, diesmal wegen "zweifachen Mordversuchs in Tateinheit mit besonders schwerem Widerstand" Das Urteil hat seinerzeit erhebliches Aufsehen – vor allem auch im westlichen Ausland – erregt. Die Kritik ist bis heute nicht verstummt. Peter-Paul Zahl hat inzwischen 7 1/2 Jahre, also die Hälfte der unerhört harten Strafe abgesessen.

In Briefen an die Strafvollstreckungskammer haben mehrere Personen den von Peter-Paul Zahl gestellten Halbstrafenantrag unterstützt, u.a. Helmut Gollwitzer, Günter Herburger, Ulrich Klug, Klaus Peymann und eine Gruppe von französischen Intellektuellen.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie schrieb an die Strafvollstreckungskammer u.a.: "Bei dem Antragsteller hat es sich nie um einen "kaltblütigen Mörder" gehandelt. Dies wurde bereits in der Hauptverhandlung deutlich, als er seine Tat ausdrücklich bedauerte. Dies geht auch aus seinen in der Haft verfaßten Schriften und Erklärungen hervor. Peter-Paul Zahl propagiert in ihnen an keiner Stelle eine Politik von Terror und Gewalt, er hat sich vielmehr mit diesen Problemen sehr ernsthaft und auch kritisch auseinandergesetzt. Wir erinnern hier nur an seinen in verschiedenen Zeitschriften veröffentlichten Aufruf nach der Flugzeugentführung und der Aktion in Mogadischu ... Peter-Paul Zahl verfügt bereits jetzt über Einkünfte, die es ihm erlaubten, aus dem Gefängnis heraus die Tilgung seiner Schulden aufzunehmen. So zahlt er seit längerem Schmerzensgeld an den von ihm verletzten Polizeibeamten. In Freiheit erwartet ihn die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren und in gesicherten persönlichen Verhältnissen eine Existenz aufzubauen. Es wäre einfach absurd anzunehmen, daß der Antragsteller in einer solchen Situation nach seiner Freilassung im 'Untergrund' verschwinden würde ..."

Wer das Gesuch von Peter-Paul Zahl, die Reststrafe zur Bewährung auszusetzen, unterstützen möchte, schreibe bitte einen persönlich gehaltenen Brief an die 41. Strafvollstreckungskammer am Landgericht Berlin, Turmstr. 91, 1000 Berlin 21. Informationen sind erhältlich über die Initiativgruppe Peter-Paul Zahl, c/o Verlag Neue Kritik, Myliusstr. 58, 6000 Frankfurt 1.

KLAUS VACK



aus: medium

punkt und in welcher Form den Kapitalbedürfnissen entsprechend tatsächlich verwirklicht wird." (In diesem Zusammenhang ist vielleicht nicht uninteressant darauf zu verweisen, daß gerade die Linken für die Rundfunk-Anstalten Video-Produktionen – also Billig-Produktionen – testen).

Wie soll also eine fortschrittliche Medienpraxis aussehen, wenn die Eroberung der Massenkommunikationsmittel und die Eroberung des bürgerlichen Bewußtseins nicht unabhängig von gesellschaftlichen Veränderungen insgesamt möglich ist? Selbsterkenntnis und Selbstkritik, das zeigt die gegenwärtige Diskussion, ist der erste Schritt zur Besserung. Angesichts der drohenden Kommerzialisierung der Medien hierzulande ist die Frage angebracht, was Gegenöffentlichkeit/Gegeninformation überhaupt ist? Beschränkt sich diese wirklich nur auf das Aufnehmen und Verbreiten von Informationen, die in den bürgerlichen Medien nicht oder nur verzerrt dargestellt werden? Das ist eine Frage, der sich vor allem die Stadtzeitungen, Volksblätter und Video-Kooperativen stellen müssen, die sich nur als Sprachrohr, als Forum für unterdrückte Bedürfnisse und Interessen (Schwerpunkt: politische Tendenzen, regionale/lokale Themen, Minderheiten) verstehen. Sie haben zwar gemäß dem Prinzip der Dienstleistung und des freien Zugangs zum Medium die vertikalen Kommunikationsstrukturen aufgebrochen und eine gewisse Bürgernähe erreicht, leiden aber in der Mehrzahl eingestandenermaßen am Problem inhaltlicher Konzeptionslosigkeit und den Ausflüssen eines problembeladenen Alltags, die sich in Selbsterfahrungsberichten und Projektbeschreibungen dem Leser meist grau, düster und, will man dieses Kriterium zulassen, journalistisch unprofessionell darbieten. Ihnen, die sich nur als Verteiler oder Transportmittel für Gegeninformation verstehen, steht der engagierte Gesinnungsjournalismus gegenüber, die Buntheit alternativer Tages- oder Wochenblätter, die aber leidigermaßen der vertikalen Kommunikationsstruktur folgend, die Leser weiterhin nur als Objekte für Gegeninformation verstehen. Was hier vor allem fehlt, ist eine Alternative zu dem Lebensbild, das von den bürgerlichen Medien angeboten wird, sowie die Möglichkeit, Anknüpfungspunkte zum eigenen Lebenszusammenhang herzustellen. Sie bleiben im Getto der Subkultur, der Bestätigung eigener Erfahrungen verhaftet und beziehen die Legitimation für das "Gegen" durch die Konfrontation mit dem Feindbild.

Interessant wäre für die Zukunft vielleicht nicht so sehr die Begrenztheit der strategischen Frage nach dem "Wie kommen wir in die Köpfe der anderen", sondern mehr die Frage nach dem Inhalt und der Vermittlung. In diesem Zusammenhang würde sich nämlich das Problem der eigenen Identität, der Selbsteinschätzung, des eigenen Weltbildes sowie das Problem der Sprache nicht nur als Transportmittel stellen. Und vielleicht auch jener leidige Punkt der Professionalität, der zwar der Spontaneität und Improvisation abträglich ist, andererseits aber auch in der Vergangenheit viele Projekte zum Scheitern gebracht hat.

Angesichts der Einbrüche, die die alternative Medienpraxis hat erleben müssen, ist das Nachdenken über die Rezeption und die Auswirkungen der bestehenden Medienprodukte der Gegenöffentlichkeit nicht fehl am Platze. Partizipation und Emanzipation ist ein Kapitel der Mediengeschichte, das erst noch geschrieben werden muß.

SYLVIA STRASSER

"Kämpfen für ein besseres Leben"

Kultur und Politik in einer sich jeweils ergänzenden Weise so miteinander zu verbinden, daß die vielfältigen Interpretations- und Ausdrucksformen politisch-kultureller Arbeit nebeneinander ein nicht konkurrenzhaftes sinnvolles Ganzes ergeben und das auch noch Spaß machen kann, dies zeigte die Veranstaltung am Samstag abend im Großzelt unter dem Motto "Kämpfen für ein besseres Leben". Die Darstellung der verschiedenen Protest- und Widerstandsformen unterschiedlicher politischer Generationen hat Mut gemacht, vor den vielfältigen Aufgaben nicht zu resignieren.

Solche Veranstaltungen sollten keine Eintagsfliegen sein und können auch ohne großen Aufwand im lokalen und regionalen Bereich organisiert werden. Die auf dem "Großen Ratschlag" mitwirkenden Gruppen, Liedermacher und Schauspieler, Kabarettisten etc. haben Interesse, sich daran zu beteiligen. Wir veröffentlichen hier ihre Adressen:

Fred Ape (Liedermacher-Umweltzerstörung, Jugendprobleme), Stockumer Str. 229, 46 Dortmund 50, Tel. 0231/711006;

Frank Baier (Liedermacher – Lieder aus der Arbeitswelt), Siegstr. 25, 41 Duisburg 1, Tel. 0203/340103;

Hannes Beckmann und Perry dos Santos (u.a. Lieder auf unbekannten Instrumenten/Zigeunermusik), Network-Mediencooperative, Hallgartenstr. 69, 6000 Frankfurt;

Jan Koneffke (Liedermacher – AKW-Lieder, Brecht-Interpretationen); Wittmannstr. 25, 61 Darmstadt, Tel. 061;

Peter Kühn (Liedermacher – Lieder gegen den Krieg und zum Alltag), Poststr. 12, 6901 Wiesenbach, Tel. 06223/40774;

Lerryn, Nora G. Spitz und Günter Lehr, c/o Kulturinitiative, Rendelerstr. 9-11, 6 Frankfurt;

Heinrich Pachl, c/o Theater – Der wahre Anton, Mauenheimer Str. 32, 5 Köln, Tel. 0221/769731;

Rolf Schwendter, c/o Fb. Sozialwesen, Heinrich-Plett-Str. 40, 35 Kassel;

Stefan Viehring/Lutz Köhler (Politisches Theater) über Werner Klein, Günthersburgallee 60, 6 Frankfurt;

Rudi Burda und Heino Fischer (Liedermacher aus Österreich), c/o Extraplatte Schmetter-Sound-Studio, Altmüttergasse 5/6, A-1090 Wien;

Bohrmaschine Bornheim (Rockgruppe), c/o Ingrid Mohr, Würzburgerstr. 11, 6 Frankfurt-Bornheim;

Sigurd kämpft – Hau'zruck Rock, c/o Hans Lechner, Lange Feldstr. 7, 8058 Erding.

Kultur-Info

Mittlerweile gibt es auch eine übersichtliche Zusammenstellung von politisch engagierten Songgruppen, Liedermachern, Theatergruppen, Rockgruppen etc. Mit über 400 Adressen und Beschreibungen, einer umfangreichen Filmauswahl, den Adressen der Einzelgewerkschaften, kulturellen Vereinigungen und Initiativen, den Regionaladressen des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, Kulturzeitschriften, ist dieses Info die bisher umfassendste Zusammenstellung dieser Art.

Die Gliederung nach inhaltlichen Kriterien (Rock, Historische, Aktuelle Lieder, Jazz, International, Kindertheater, Programme für Jugendliche, Kabarett etc.), in alphabetischer Reihenfolge und das Städteregister machen das Kultur-Info zu einem unentbehrlichen Handbuch für alle im Jugend- und Kulturbereich Tätigen.

Das Info kann gegen Voreinsendung von DM 8,-- (Briefmarken/Scheck) oder Vorauszahlung PschKto 64287-438 Essen – Ruhrfestspiele Recklinghausen Stichwort: junges Forum, Kulturinfo bestellt werden bei: Junges Forum/Ruhrfestspiele, Ruhrfestspielhaus, 435 Recklinghausen.

Haste Töne

1. bundesweites Treffen gewerkschaftlich-politisch engagierter Musiker vom 29. August - 31. August 1980 in Recklinghausen.

Das Junge Forum/Ruhrfestspiele lädt Liedermacher, Songgruppen, Chöre, Blasorchester und Politrockgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet zu einem Austausch von Erfahrungen und zur Diskussion um die Zukunftsperspektiven engagierten Musikmachens ein.

Selbstdarstellungen der Arbeit von Musikgruppen und Einzelinterpreten, musikalische Zusammenarbeit in Form von Workshops, Sessions und Konzerten wechseln sich ab mit Podiumsdiskussionen, Gesprächsgruppen und Einzelvorträgen über aktuelle politische und pädagogische Aspekte der engagierten Musik.

Anmeldungen und weitere Informationen: Junges Forum/Ruhrfestspiele, Ruhrfestspielhaus, 4350 Recklinghausen, Telefon 02361/15521.

GÜNTER PABST

Großer Ratschlag

Widerstand gegen das Atomprogramm

Im Bürgerhaus Harheim traf sich eine Arbeitsgruppe, um Erfahrungen und Perspektiven des Kampfes gegen das Atomprogramm, aber auch gegen andere Formen von Umweltzerstörung zu diskutieren. Zu Beginn wurde ein Film über das Anti-AKW-Dorf in Gorleben gezeigt. Verschiedene Initiativen aus unterschiedlichen Bereichen stellten sich vor: die Besetzer der Trasse der in den Taunus hinein gebauten Autobahn B 8, die Bundschuh-Initiative aus dem Vogelsberg, die gegen die Wasserabsenkungen zugunsten der Rhein-Main-Industrie kämpft, die Besetzer einer Fabrik in Hofheim bei Frankfurt und der Aktionskreis Leben. Im Mittelpunkt vieler Diskussionsbeiträge standen die Thesen von Harald Kandler vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, die dieser am Ende eines umfangreichen Referats vortrug und die wir im folgenden abdrucken, da sie weitreichende Perspektiven für die Anti-AKW-Bewegung entwickeln.

These 1: "Pfennig und Mark"

Diese These ist zugleich die gewagteste. Dennoch übt sie eine gewisse Faszination aus. Jeder kennt das Spielchen: "Den Pfennig opfern, um die Mark zu retten!"
Was bedeutet das?
Greifen wir zurück: In den ersten Jahren der Auseinandersetzung um die "friedliche Nutzung der Atomenergie" blieb die allgemeine Diskussion ziemlich auf den Themen Sicherheit, Gesundheit und Struktur sitzen.
Inzwischen hat diese Diskussion in unserer Gesellschaft ihren "engen" Spielraum längst überschritten und mehr und mehr die gesellschaftlichen Ursachen, die Interessengruppen, die Machtblöcke und ihre Vertreter in den politischen Instanzen aufgedeckt.
Die Betreiber der AKWs und ihre politischen Freunde von Bonn bis Kalkutta befürchten nun, daß durch diese grundsätzliche und ursächliche Energiediskussion immer stärker die Grundfesten ihrer Macht in Frage gestellt und somit ins Wanken geraten.
Daher könnten sich die Machtgruppen unter Umständen dazu entschließen, den "Pfennig" Atomanlagen zu opfern, um die "Mark" (die kapitalistische Wachstumsgesellschaft) zu retten. Natürlich, "ein Pfennig" ist da zu wenig, die Atomstrategie macht gute drei Groschen von der Mark aus. Außerdem: Die These ist mehr als waghalsig, vernachlässigt sträflich viele Faktoren ...
Aber immerhin, reden sollten wir darüber.

These 2: Sachzwänge

Nach der Räumung der Paulskirche, die wir aus Protest gegen die Polizeiaktionen gegen die Wendland-Bewohner besetzten, fragte ein Gefängnis-Vollzugsbeamter:
"Ihr habt mit Gorleben gar nicht so unrecht, aber wo sollen wir mit dem Atommüll denn hin?"
Prima Frage, nur leider falsch gestellt.
Man sollte eher fragen: "Wo kommt der Müll denn her?"
Erinnern wir uns: Vor 10 Jahren gaukelten die Kraftwerksbetreiber mit bunten Tafeln durchs Land und warben für AKWs, die inmitten bunter Wiesen und Gras mampfender Kühe herumstanden: Die perfekte, saubere, pflegeleichte und unerschöpfliche Energiequelle; alle zwei Jahre kommt ein Lastwagen die Landstraße heruntergepoltert und wechselt die Brennelemente. Mehr nicht. Und der Atomstrom war schließlich ein Sachzwang, weil unbekannte Täter einige Jahre vorher die Zechen stillgelegt hatten ... Die Energieendlösung schien gefunden, doch leider waren die Uranvorräte begrenzt und der hundert Mal gefährlichere "Schnelle Brüter" war logische Konsequenz.
Nun gut, ein Sachzwang, aber damit war die "unerschöpfliche" Lösung gefunden. Oder fast gefunden, denn in der Fernsehdiskussion im HR 3 am 5.3.80 mit Klaus Traube, H. v. Nußbaum, Hirsch u.a. räumte Karry die "Kleinigkeit" ein, daß eine hessische Wiederaufbereitungsanlage zwar nicht schön, dafür aber ein Sachzwang wäre, wo solle man schließlich mit dem Müll hin ... Und 1991, ich sehe es schon deutlich, wird man bei der Tele-Diskussion um die Einrichtung einer 100.000 Mann starken Plutonium-Polizei wiederum achselzuckend von Sachzwängen reden, da mittlerweile jeder Bürger, vom Baby bis zum Greis, vom Pfarrer bis zum Bretzelverkäufer, ein potentielles Sicherheitsrisiko darstellt.
Diese Zukunft muß von uns aufgedeckt werden, denn sie hat schon begonnen. Geographisch zerstreut und noch unscharf. Aber wenn man die Augen aufmacht, wird man sie finden. Ein Sommerurlaub in der Umgebung der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague in Frankreich kann da was bringen. Dort spürt man am Leibe, wovon wir hier reden und was uns in der ganzen BRD bevorsteht!
Aus diesem Grunde wird im Spätsommer eine Delegation hessischer Bürgerinitiativen und Verbände nach La Hague fahren und selber begutachten, was Parlamentarier nach amtlichen Kaffeefahrten teils beglückt, teils schaudernd nur undeutlich erzählen.

These 3: Atomstaat und Gleichgültigkeit

Bei einer Diskussion über Atomanlagen in Hessen, die das SB vor kurzem in der "Krebsmühle" veranstaltete, sagte ein Teilnehmer: "Die Sache mit dem Atomstaat ist ja nicht mehr so ganz taufrisch; das Buch von R. Jungk ist schon ein paar Jahre auf dem Markt, warum wollt ihr unbedingt das Thema auf dem "Großen Ratschlag" einbringen?"
In dieser Art, an die Frage heranzugehen, liegt die große Gefahr und die Ursache für die relative Gleichgültigkeit vieler Sozialisten dem Thema "atomare Zukunft" gegenüber. Man betrachtet die Sache sehr akademisch: Das Wort "Atomstaat" wird analysiert, seziert, diskutiert, in Form von Raubdrucken und Broschüren konserviert und nach einem Jahr ist die Angelegenheit ebenso passée wie eine schöne Bettlektüre.
Dieses leider in unseren Kreisen sehr typische Herangehen an die Realität hat die unangenehme Folge, daß viele erkannte Gefahren einfach gespeichert, anstatt zum Beginn einer neuen Kontinuität des Widerstandes zu werden. "Wer leben will, muß Streit entfachen!"

These 4: "Die Dolchstoßlegende"

Für die Zukunft ist eine "energiepolitische Dolchstoßlegende" zu vermuten. Inszeniert von Politikern und den Technokraten der Stromkonzerne, wird eine ungeheure Hetzkampagne gegen AKW-Gegner gestartet, mit dem Ziel, dieser Gruppe die Schuld an einem (selbstkonstruierten) "Energienotstand" zu geben, da jene Gruppen damals den "rechtzeitigen Bau" von Atomanlagen verhinderten. Diese Gefahr ist ernstzunehmen!
Dagegen gibt es nur ein Mittel: Wir müssen rechtzeitig ein Gegenszenario auf der Basis sanfter, alternativer Energieträger entwerfen und dafür sorgen, daß es breitesten Eingang in die Bevölkerung bekommt. Die "Energiewende" des "Freiburger Öko-Instituts" und das "Energiepolitische Grundsatzprogramm des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), des LV-Hessen" sind solche Gegenstrategien, in denen wir unsere sanfte Zukunft entwerfen. Darin liegen die wichtigsten Aufgaben dieser Energiepapiere.
Bei der BI-Konferenz in Wabern sagte allerdings ein Teilnehmer: "Unsere Aufgabe besteht nicht darin, dem Kapitalismus Vorschläge für eine gesicherte Energieversorgung zu unterbreiten." Das ist richtig, aber: Nur durch eine rechtzeitige, umfassende Aufklärung haben wir im Bedarfsfall Handhabe genug, den "Schwarzen Peter" an die Verursacher einer konstruierten Ausnahmesituation zurückzugeben, da man unsere rechtzeitig eingebrachten Vorschläge für eine umfassende gesellschafts- und energiepolitische Wende in den Wind schlug.

These 5: Wollen wir die Welt verändern?

Carl Amery stellte 1976 in seinem Buch "Natur als Politik" "Elf Thesen zum ökologischen Materialismus" auf, wovon die elfte These bezugnehmend auf Marxens "Feuerbach-Thesen" lautete: "Bisher hat sich der Materialismus damit begnügt, die Welt zu verändern; jetzt kommt es darauf an, sie zu erhalten."
Zu dieser These sei bemerkt: Diese Welt, so wie sie jetzt ist, zu erhalten, würde auch bedeuten, jene Zustände zu erhalten, die auf ihre Zerstörung hinauslaufen. Nun ist es aber so, daß wir diese Welt nur erhalten können, wenn wir ihre Zerstörer "Schach matt" setzen – und damit sind wir wieder bei Marx.
Im Kapitalismus ist der Produzent seinem Arbeitsprodukt entfremdet. Er hat weder einen Überblick über die Folgen seiner Tätigkeit, noch fühlt er irgendeine Verantwortung dafür. Und wenn er dennoch einmal darüber nachdenkt, dann meistens so, wie kürzlich die Mehrheit der Bayer-Betriebsräte, die sich für eine hochgiftige Dünnsäure-Einleitung aus Rückständen der Titan-Produktion in den Rhein aussprachen, um "Arbeitsplätze zu erhalten".
Bei den Besitzern und Aktionären der Fabrikanlagen sucht man diese "Verantwortung" erst recht vergeblich.

Somit gilt nach wie vor unsere alte Feststellung: Erst das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln schafft die Voraussetzung für die wirklich freie Verfügung und Verantwortlichkeit über die gesamte Produktion.

Dies bedeutet aber: Erst wenn die Antriebsmechanismen des Kapitalismus außer Kraft gesetzt sind, und eine neue, herrschaftsfreie Gesellschaft errichtet ist, sind die Bedingungen für die Erlangung einer Reife gegeben, die ihrerseits die Bedingung der Aufhebung der "Zerrissenheit" – der Entfremdung darstellt.

Diese Reife – die des aufgeklärten, emanzipierten Menschen – ist einzig und allein in der Lage, der Natur als Freund gegenüberzutreten, d.h. sich mit ihr zu arrangieren, indem man z.B. die Sonnenenergie nutzt, die Bodenfruchtbarkeit als Eigeninitiative der Erde beachtet.

Somit müssen wir an unserem alten Ziel einer herrschaftsfreien Gesellschaft festhalten, denn nur in ihr existiert die Möglichkeit einer Beendigung der Feindschaft zwischen Mensch und Natur.

Hier sieht man deutlich den Zusammenhang mit unserer Eingangs gestellten Frage: Erst wenn die Produzenten befreit sind von der "Not und Zweckmäßigkeit" der Reproduktion ihrer Existenzbedingungen zu jedem Preis (auch der langfristigen Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen), können sie den Stoffwechsel mit der Natur bewußt unter ihre Kontrolle bringen.

Das will heißen: Die Naturgesetze planmäßig wirken lassen, der Natur mit List – und Allianztechnik emanzipiert und als Freund gegenüberzutreten, anstatt sie mit selbstmörderischer Gewalt auszubeuten. Dieser Zusammenhang zwischen Naturbewußtsein und Emanzipation scheint mir äußerst wichtig, insbesondere bei der Diskussion mit den Grünen oder Mitgliedern von Bürgerinitiativen, da jene leider allzuoft von einer "naturverträglichen" Gesellschaft träumen – allerdings unter Beibehaltung der jetzigen Herrschaftsverhältnisse. Wir müssen aber "die Welt verändern"! Sie in ihrem jetzigen Zustand zu erhalten, würde ihren Untergang bedeuten!

Hinzu kommt heute: Je unmündiger ein Konsument, d.h. je abhängiger von riesige Mengen Atomstrom produzierenden Anlagen, desto besser läßt er sich beherrschen und damit ausbeuten. Umgekehrt:

Emanzipatorische und ökologische Ideen – wenn man sie wirklich in ihrer vollen Konsequenz vertritt, sind also nicht nur in das kapitalistische System unintegrierbar, sondern auch für die Herrschenden enorm gefährlich!

Doch zurück zu unserer These: Die Notwendigkeit zur Veränderung, die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft, "das Reich der Freiheit" – steht nach wie vor auf der Tagesordnung.

Die ökologischen und emanzipatorischen Strömungen in Ost und West müssen zusammengehen.

Unser altes Ziel einer Gesellschaft von aufrecht gehenden, emanzipierten Individuen ohne Ausbeutung oder Herrschaft von Menschen über Menschen hat durch die neuen ökologischen und atomfeindlichen Strömungen eher an Substanz gewonnen, als verloren. Das ist unsere Chance!

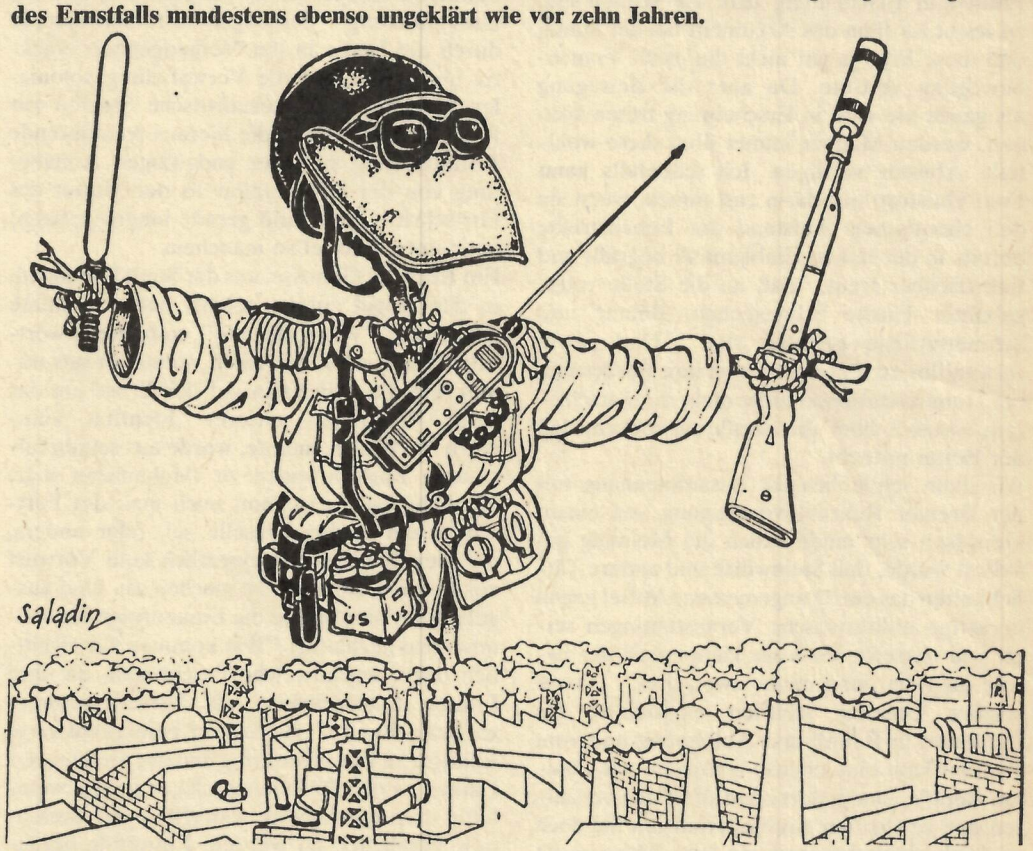
HARALD KANDLER

Großer Ratschlag

Die Prinzessin auf der Erbse, Andreas Hofer und Afghanistan oder: Die Beratschlagung von Krieg und Frieden

Impressionen einer Veranstaltung

Die Abschlußveranstaltung des Großen Ratschlags, der Diskussion über die Perspektiven linker Politik am Horizont einer, wenn auch nicht immer akuten, so doch gewiß stets möglichen (Atom)kriegsgefahr gewidmet, war von Ernst und Verbitterung, Wut und Intoleranz durchzogen – Emotionen, die dem Thema angemessen sind – schließlich geht es um unser aller Haut. Und bei keiner anderen Diskussion brachen die alten Narben auch und gerade der undogmatischen Linken so schmerzlich auf wie bei dieser: Das Verhältnis zur Sowjetunion und das Verhältnis zur Gewalt sind – und das haben die Diskussionen gezeigt – angesichts des Ernstfalls mindestens ebenso ungeklärt wie vor zehn Jahren.



1914 oder 1939?

Schliddert die Welt in einen Krieg, so wie man dem alten Europa nachsagt, es sei 1914 beinahe unweigerlich in den später so genannten Ersten Weltkrieg geraten? Und entlastet eine solche Argumentation nicht noch siebzig Jahre später das aggressive Deutsche Reich? Und wenn die Lage nicht die von 1914 ist, sondern ähnlich der von 1939 – wer spielt dann die Rolle des nationalsozialistischen Deutschland? Schließlich: spielt sich der wahre Krieg am Ende gar nicht zwischen Ost und West ab, sondern zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten? Schwelt hier unter der Asche des Ost/Westkonflikts ein mit äußerster Hartnäckigkeit ausgetragener Konflikt um Absatzmärkte, ökonomische Dominanz und Rohstoffressourcen innerhalb des Westens? Sind Afghanistan und Olympische Spiele freudig aufgenommene Anlässe für die USA, Europa wieder enger an die Kandare zu nehmen?

Aber: trotz aller ökonomischen Argumentationen blieb offen und ungeklärt, wie der sowjetische Einmarsch in Afghanistan zu bewerten sei – ob also eine glaubhafte Antikriegsstrategie sich gleichermaßen gegen die hochgerüstete Sowjetunion wie gegen amerikanische Außen- und bundesdeutsche Innenpolitik richten müsse.

Birds and bees or stones and sticks?

Denn daß die bundesdeutsche Innenpolitik sich allparteilich derzeit im Sog einer Militarisierung befindet, war bei allen Diskutanten, ob auf dem Podium oder unten, Konsens. Die Militarisierung der Gesellschaft, d.h. die Veralltäglichung und Beweihräucherung von Mordmaschinen und Tötungsorganisationen, die allmähliche und langsame Gewöhnung an das Undenkbare, das Einschwören in die 'Tugenden' von Gehorsam und Härte, 'Vaterlandsliebe' und 'Standfestigkeit' – wie sie sich nach Meinung aller deutlich z.B. in der Re-

krutenvereidigung im Bremer Weserstadion manifestierte, zu verhindern wird eine vorrangige Aufgabe der Linken sein. Doch wie? Mir fiel auf, daß (nein, nicht **extreme,** sondern) **deutliche** Vorschläge bei der Mehrzahl der Zuhörer auf wenig Gegenliebe stießen.

Sei es, daß eine Vertreterin der Frauenbewegung vom Podium herab der traditionellen Linken ihre eigene Gewaltsamkeit vorhielt und dagegen ein Prinzip Leben postulierte, dem auch neue Formen der Politik und des Protests zu entsprechen hätten; sei es, daß ein ehemaliger, um vieles belehrter Sozialdemokrat der Meinung war, daß nur Formen öffentlichen, auch gewaltsamen Ungehorsams die Militarisierung stoppen könnten. In beiden Fällen empfand ich Reaktionen von Podium und Publikum als beschämend.

Es zeigte sich nämlich, daß die Frauenbewegung immer nur dann genehm ist, wenn sie sich so äußert, wie man das als traditionell undogmatischer Linker gern hätte und stets dann ausgebuht wird, wenn sie in der widerborstigen Garstigkeit wirklicher feministischer Frauen in Erscheinung tritt. Zu schnell und zu leicht ist dann das Argument bei der Hand, daß diese Frau ja gar nicht die ganze Frauenbewegung vertrete. Da aber die Bewegung als ganze nie wird in Erscheinung treten können, werden Männer immer über diese wohlfeile Abwehr verfügen. Ich jedenfalls kann Frau Quistorp nur darin zustimmen, wenn sie den chaotischen Aufstand der Lebenstriebe bereits in der linken Emblematik begrüßt und sich darüber freut, "daß an die Stelle roter, geballter Fäuste Schweinchen, Bäume und Schmetterlinge getreten sind". Und gewiß rückhaltlos zu unterstützen ist ihre Forderung, bei Demonstrationen nicht mehr zu marschieren, sondern über die Straße zu rocken, daß der Beton mitbebt.

Als dann schließlich im Zusammenhang mit der Bremer Rekrutenvereidigung von einem Genossen sehr eindrücklich die Meinung geäußert wurde, daß Steinwürfe und andere Tätlichkeiten das einzig angemessene Mittel gegen derartige militaristische Veranstaltungen seien und derselbe Genosse kämperisch die Parole ausgabe, man müsse zwei, drei, ... viele solcher 'Bremen' schaffen, explodierte das Publikum in Beifall und Ablehnung und vom Podium kam eine ebenso arrogante wie dumme Replik. Einem dort oben sitzenden versierten und verdienten Antiimperialisten fiel doch wirklich nichts besseres ein, als: "Also weißt du, du redest doch selbst wie ein Militarist!" Die darauf folgende Debatte, in der es vor allem darum ging, wie derartige Aktionen auf die Bevölkerung wirkten, verlief in den gleichen Bahnen wie ähnliche Diskussionen Jahre zuvor.

Auf jeden Fall war es eine unbequeme Alternative, vor die das Publikum gestellt wurde: Entweder prinzipielle Ablehnung jeder Gewalt und gewaltförmiger Auseinandersetzung und statt dessen die positive Kultivierung weiblicher, lebensfreundlicher und sinnlicher Verhaltensweisen oder der arge Weg tätlichen Protests als des verzweifelten Eingeständnisses, daß angesichts eines drohenden Krieges Steine noch verhältnismäßig harmlos sind.

Einem auf die Analyse weltpolitischer Zusammenhänge und die Hoffnung dialektischer Vermittlungen eingestellten Auditorium konnten solche Beiträge nicht behagen – sie rücken zu nah auf den Pelz und lassen herkömmliche Reaktionsweisen verblassen. Soll denn auch noch Ratlosigkeit auf dem Gebiet der Kriegsverhütung herrschen?

Doch vielleicht war der schon von Alexander Kluge bemühte Barockspruch 'In Gefahr und höchster Not ist der Mittelweg der Tod' nie wahrer als in dieser Hinsicht.

Feldbett oder Matratze?

Die in solchen Fragen angesprochene **Subjektivität** war überhaupt ein umstrittener Gast in der Diskussion. So unzweifelhaft es ist, daß auch in weltpolitischen Zusammenhängen dieselbe eine entscheidende Rolle spielt, so ungern wird dies von manchen Genossen gesehen.

Die subtile Überlegung eines Podiumssprechers, wonach die Afghanistanfrage auf das engste mit der Identität der undogmatischen Linken zusammenhänge, nämlich mit ihrer Beziehung zur Sowjetunion und deren Rolle im antiimperialistischen Kampf etwa Vietnams, Angolas etc., wurde nicht nur beifällig aufgenommen. Insbesondere der Hinweis, daß die Unterstützung derartiger Freiheitskämpfe durch die Linke in der Vergangenheit objektiv und notwendig die Verwandlung kolonialer Gebiete in realsozialistische Staaten zur Folge hatte und daß die hieraus resultierende Enttäuschung zu einer endgültigen Abnabelung von der Sowjetunion als der Mutter des Fortschritts (auch und gerade innerpsychisch) bedeutete, mißfiel so manchem.

Ein Berliner Genosse, aus der Stadt kommend, in der Hegel zuletzt gelehrt hatte, bemühte denselben: "Wie sollen wir", so fragte er wörtlich "**Weltpolitik** betreiben, wenn wir uns immer wie die Prinzessin auf der Erbse um das zarte Pflänzchen unserer 'Identität kümmern'?" Was er meinte, wurde aus seinen folgenden Ausführungen zu Afghanistan klar, nämlich, daß, verdammt noch mal, der Fortschritt ein rauher Geselle sei, oder anders, daß der Sowjetunion eigentlich kein Vorwurf aus ihrem Einmarsch zu machen sei. Und ausgerechnet hier mußte die Frauenfrage ein weiteres mal herhalten. "Wie kommen wir eigentlich dazu, irgendwelche Paschtunen, die ihre Frauen unterdrücken, als Freiheitskämpfer zu bezeichnen?" Es folgten bemerkenswerte Exkurse zu Franz Mehring und der Stellung der Linken zu den Befreiungskriegen gegen Napoleon, dem die Unehre widerfuhr, mit Breschnew verglichen zu werden. Einwände bezüglich der nationalen Souveränität Afghanistans wurden von einem österreichischen Genossen mit dem Hinweis gekontert, daß man doch auch den antinapoleanischen Freiheitskampf Andreas Hofers, mit dem die heutigen Paschtunen verglichen wurden, nicht gutheißen könne – dann könne man doch auch gleich Franz Josef Strauß und die Südtiroler Volkspartei unterstützen. Logik der Argumentation: Wer gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan oder auch nur der Meinung ist, daß dieser Einmarsch den Weltfrieden **auch** verunsichert, ist gegen die Verbreitung der Segnungen der Französischen Revolution durch Napoleon und damit in letzter Instanz ein Parteigänger der CSU. Die einzig vernünftige Reaktion auf diese Art weltgeschichtlicher und weltpolitischer Logik kam von einer Zuhörerin, die trocken bemerkte, daß der Genosse A. sich offensichtlich aus dem Lotterbett der Prinzessin auf der Erbse heraus auf das Feldbett der Weltrevolution wünsche. Wie das eben so sei, mit harten Männern ...

Fazit

Es könnte der Eindruck entstehen, als sei die Diskussion um die Linke, um Krieg und Frieden, die Gewalt und die Sowjetunion konfus oder gar sinnlos gewesen. Nichts ist weniger wahr. Im Gegenteil. Wie ein starker Scheinwerfer lichtete diese Diskussion psychische und politische, subjektive und objektive Gemengelagen, zerstörte liebgewordene Illusionen von Einigkeit und Übereinstimmung und bewies damit die Notwendigkeit einer intensiven und weitergehenden Erörterung unseres Verhältnisses zur Gewalt, zur Sowjetunion und damit zum Frieden.

Daß genau diese drei Dinge eng und unentwirrbar miteinander zusammenhängen, war für mich die bestürzendste Erfahrung dieses Morgens. Sie so zu entwirren, daß wir bei dem Kampf mit dem Stalinismus in uns nicht zugleich zu kalten Kriegern werden bzw. daß wir bei der Auseinandersetzung über Gewalt und Gewaltlosigkeit nicht einander die Solidarität aufkündigen, ist die 'fast unlösbare Aufgabe', vor der wir in der nächsten Zeit stehen werden.

Die Situation, vor der die undogmatische Linke angesichts von Krieg und Frieden derzeit gestellt ist, hat Th.W. Adorno in einem anderen Zusammenhang folgendermaßen charakterisiert: "Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen."

MICHA BRUMLIK

links
Sozialistische Zeitung
gebunden

Die gebundene Jahresausgabe 1979 kostet DM 30,--. Erhältlich sind zur Zeit außerdem noch die gebundenen Jahrgänge 1975-1978, die verbilligt abgegeben werden, und zwar zum Preis von DM 20,-- je Jahrgang/d.h. unter den Selbstkosten! Bezug nur gegen Vorauszahlung (Scheck oder Briefmarken) über: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Ratschlag-Dokumente

Wir beabsichtigen neben der Berichterstattung und Diskussion in den nächsten Ausgaben der "links" in Zusammenarbeit mit der Network Medien-Cooperative eine Toncassette (insbesondere Kulturveranstaltung und Arbeitsgruppendiskussionen) zum Großen Ratschlag herzustellen. Das den Ratschlag begleitende Filmteam hatte uns zugesichert, daß es die Kulturveranstaltung und alle anderen zentralen Veranstaltungen mitschneiden würde und wir dieses Material benutzen könnten. Der Mitschnitt erfolgte leider nur auszugsweise.

Wir hoffen nun, daß Genossinnen und Genossen, die eine oder andere Veranstaltung (insbesondere die Kulturveranstaltung) auf Tonband oder Kassette aufgenommen haben und bitten sie uns diese zur Verfügung zu stellen. Wir sind auch dankbar für die Zusendung von Bildmaterial, Arbeitsgruppenberichte, schriftlich festgehaltene Eindrücke etc. vom Großen Ratschlag. Bitte schickt diese Materialien an: Sozialistisches Büro, c/o Günter Pabst, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Organisation kaputt?
Zur Situation des SB

Ratschlag-Beobachtungen

Ich fange mit ein paar Beobachtungen an, die man auf bzw. im Zusammenhang mit dem Großen Ratschlag machen konnte.

Im "Forum 2" wird über sozialistische Politik in der autoritären Demokratie diskutiert, und überraschenderweise fixieren sich die Debatten nicht mehr so sehr auf die abgestandenen Kontroversen über Grüne, Parlamentarismus, größere und kleinere Übel im etablierten Parteiensystem, sondern es gelingt ansatzweise, zu einem gemeinsamen Problemverständnis über veränderte gesellschaftliche Bedingungen und die damit verbundenen Wandlungen bei sozialen Konfliktformen und den Inhalten von Politik zu kommen. Dezentralität und Partialität der Konflikte, Heterogenität der Bewegungen, komplexe Lernprozesse – so weit, so gut. Aber zu Recht wird dagegengehalten, daß die gesellschaftliche Entwicklung Bedingungen setzt, ohne sich um den Fortschritt unserer Selbstorganisation und unserer Lernprozesse zu scheren, politische Lagen, zu denen wir uns verhalten müssen, Bedrohungen, die es gemeinsam abzuwehren gilt. Unter diesem Gesichtspunkt gerät der Verweis auf dezentrale Selbsttätigkeit, "Basisorientierung" usw. leicht zur idyllischen Beschwörungsformel. So sehr wir Unabhängigkeit und Autonomie gegenüber den Institutionen und Formen der bürgerlichen Gesellschaft behaupten müssen, so wenig können wir uns von ihr abkoppeln. Sich in der bestehenden Gesellschaft behaupten und gleichwohl nicht auf ihre Integrations- und Neutralisierungsmechanismen hereinfallen: auch eine "Organisationsfrage".

Das SB lädt zu einem Kongreß über "Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik" ein, während es doch schon ein Gemeinplatz ist, daß es "als Organisation" (und unbeschadet der Aktivitäten einzelner Mitglieder) eigentlich neben und außerhalb der relevanten neuen Bewegungen steht. Das ist kein Zufall: soweit das SB Mitgliederorganisation im Sinne eines formalen Zusammenschlusses zunächst einmal abstrakter Individuen ist, kann es sich zu realen Bewegungen nur äußerlich verhalten, es sei denn, es wäre selbst eine. Deshalb auch der Arbeitsfeldansatz – nach Interessen organisieren. Fragt sich nur, was für Interessen da eigentlich organisiert werden. Wie die Arbeitsfelder sich entwickelt haben, beziehen sie sich weitgehend auf etablierte gesellschaftliche Berufsfelder und damit auf das vordefinierte gesellschaftliche Institutionensystem und empfangen von daher auch ihre bekannten Bornierungen und Beschränkungen, ihre ständischen Tendenzen u.v.a.m. Dahinter stehen alte Illusionen über die Spielräume reformistischer Politik ("Marsch durch die Institutionen"), unaufgearbeitete Erfahrungen mit Niederlagen und Enttäuschungen im institutionellen Gerangel, faktisch oft die Aufgabe eines radikalen sozialrevolutionären Anspruchs, eben ein Sich-Einrichten auf alltägliche Kleinarbeit ohne mitreißende Perspektive. Deshalb läuft der Arbeitsfeldansatz Gefahr, den Ort relevanter gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und Bewegungen zu verfehlen und politische Erfahrungs- und Lernprozesse zu blockieren. Das verstärkte Aufkommen außerinstitutioneller Bewegungen und Praxisansätze bedeutet doch, daß man gelernt hat, sich politische Ziele und Inhalte nicht durch die bürgerlichen Arbeitsteilungs- und Institutionsstrukturen vorgeben und damit entpolitisieren zu lassen, daß diese autonom und gegen herrschende Definitionen des Politischen bestimmt werden müssen, daß klar geworden ist, daß sozialrevolutionäre Praxis in dieser Gesellschaft ihre Basis außerhalb des etablierten Institutionengefüges haben muß. Das macht politische Arbeit in den Institutionen nicht unsinnig, bedeutet aber, daß Schwergewichte anders gesetzt und Handlungszusammenhänge gegen die institutionellen Vorgaben und querliegend zu diesen entwickelt werden müssen. Die Arbeitsfeldstruktur in der heutigen Form gewährleistet dies nicht.

Das SB hat gerufen und 5.000 kamen. Auch wenn einiges ganz gut gelaufen ist, sollte man doch nicht die Enttäuschungen übersehen, die es gegeben hat. Das Büro hat mit dem Ratschlag im wesentlichen seine formale organisatorische Kompetenz unter Beweis gestellt. Wo Inhaltliches vorgegeben wurde, ging's – am eklatantesten beim Eröffnungs-Podium – schief. Dies liegt nicht an einzelnen Personen und schon gar nicht am Auftreten einer etwas skurrilen Frauengruppe, sondern daran, daß die Art und Weise der Produktion und (theoretischen) Verarbeitung von Problemen und Erfahrungen im SB insgesamt rückständig und defizitär ist. Daß einige Prominente auf dem Podium über Dinge redeten, die mit den Problemen der Zuhörer (!) wenig zu tun hatten, lag nicht nur an der problematischen Form, sondern ließ auch den Verdacht aufkommen, daß das SB als Organisation dabei ist, hinter den erreichten Stand an politischer Bewußtseinsbildung und Problemverständnis innerhalb der Linken, ja selbst seiner Mitglieder zurückzufallen: Ein Kopf ohne Leib, ohne Sinne und ohne Sinn. Und es ist sicher kein Zufall, daß solche Arbeitsgruppen zu den besten gehörten, wo die geplanten inhaltlichen Vorgaben (in Form von Referenten u.ä.) ausgefallen waren. Nun könnte man, Organisationsegoismus beiseite lassend, froh darüber sein, daß die politische Entwicklung in der BRD in mancher Hinsicht inzwischen weiter ist als

das SB. Aber so einfach ist das nicht: daß das SB immer noch als Projektionsfolie für vehemente politische Bedürfnisse dient, zeigt an, daß es politische Aufgaben gibt, die nicht umstandslos in anderen Zusammenhängen Realität werden können. Und in einer solchen Situation permanent Erwartungen zugleich zu wecken und zu enttäuschen, wird politisch immer gefährlicher und unverantwortlicher.

SB – ein Traditionsverein?

Zieht man ein grobes Fazit, so läßt sich behaupten, daß das SB in seiner politisch-organisatorischen Struktur zu einem großen Grade praktisch überständig und – gemessen an den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen – theoretisch grundsätzlich kritisierbar ist. Das Problem ist nur, daß man nicht davon ausgehen kann, es würde von der weiteren Entwicklung nun einfach überrollt, transformiert, ersetzt oder ad acta gelegt. Als eine Art Traditionsverein der undogmatischen Alt-Linken (was keine Frage des Alters allein ist!) könnte es sehr wohl noch einige Zeit dazu herhalten, diffuse Heimatgefühle oder auch den beruhigenden Anschein relevanter politischer Tätigkeit zu vermitteln. Aber dann wird es weiterhin Erwartungen enttäuschen, Aktivitäten verhindern, politisch neutralisieren, Erfahrungs- und Lernprozesse blockieren. Deshalb ist es gefährlich, einer momentan verbreiteten Tendenz zu folgen und das Ding halt sich selbst zu überlassen, eben mal abzuwarten. Man muß vielmehr die Frage der politisch-organisatorischen Strukturen im umfassenderen Zusammenhang des sogenannten 'linken Spektrums' und der 'neuen sozialen Bewegungen' radikal, d.h. inhaltlich und politisch diskutieren. D.h. nicht nach abstrakten Prinzipien und entlang traditionellen Fraktionierungen, sondern unter Berücksichtigung dessen, daß sich die gesellschaftliche und politische Situation in der BRD seit dem Anfang der siebziger Jahre drastisch verändert hat, daß Formen und Inhalte von Politik weiterentwickelt wurden, neue und weitertreibende Formen gesellschaftsverändernder Praxis entstanden sind.

Was wir in der BRD brauchen, sind einigermaßen tragfähige und verläßliche Kommunikations- und Kooperationsstrukturen, die es ermöglichen, Erfahrungen zu vermitteln, Interessenkonflikte offen auszutragen, gemeinsam zu kämpfen, wo es nötig ist und nicht zuletzt die theoretischen Klärungsprozesse über Zustand und Entwicklungstendenzen dieser Gesellschaft und Bedingungen/Perspektiven politischen Handelns voranzutreiben. So etwas entwickelt sich nicht einfach naturwüchsig, sondern bedarf der bewußten Schaffung von festeren Zusammenhängen und Verbindungen. Dabei kommt es natürlich darauf an, die zentralisierenden und bürokratischen Muster politischer Organisation (Partei, Verband) zu vermeiden, die eine praktische Selbstwahrnehmung von Interessen, Experiment und Lernen immer schon verhindert und auf diese Weise politische neutralisiert haben. Dazu bedarf es nicht "der" Organisation, sondern eines komplexen Netzwerks, einer "Infrastruktur", deren schon vorhandene Ansätze weiterentwickelt werden müssen. Das SB war von Anfang an als eine solche Art von "Netzwerk" konzipiert und von daher rührt die politische Bedeutung, die es bisher hatte. Es verliert diese freilich umsomehr, als es sich aufgrund der ihm eigentümlichen Arbeits- und Wahrnehmungsstrukturen von den sich verändernden realen Praxisfeldern, Erfahrungszusammenhängen und Konfliktlagen entfernt, den politischen Prozeß nicht mehr authentisch verarbeiten und ausdrücken kann. Natürlich ist das SB nicht der Nabel der (bundesrepublikanischen linken) Welt, aber es hat von seiner Geschichte und Struktur her immerhin noch die Chance, einige wichtige politische Zusammenhänge und Vernetzungen zu gewährleisten, z.B. indem es die politisch zusammenbringt, die innerhalb und außerhalb des etablierten Institutionensystems leben und arbeiten oder arbeitsteilig-institutionell fragmentiert sind, indem es eine auf zentrale gesellschaftliche Krisen- und Konfliktbereiche (und nicht auf etablierte Berufsfelder und Institutionen) bezogene Arbeit auf Dauer stellt (Gesundheit statt Krankenhaus, Sozialisation statt Schule, Produktion/Reproduktion statt Betriebe), es ermöglicht, daß der politische "Generationskonflikt" nicht als Störfaktor, sondern als politisch produktiv begriffen und ausgetragen werden kann.

Die Organisationsfrage diskutieren!

Künftig wird es vor allem darauf ankommen, unabhängig von den etablierten institutionellen und politischen Vorgaben und Vordefinitionen die sprengenden Krisen- und Knotenpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung zu bestimmen und diejenigen arbeitend zusammenzubringen, die von unterschiedlichen Berufs"rollen" und Lebenslagen her, darin einbezogen sind. Also z.B. die Jugendlichen mit denen, die mit ihrer gesellschaftlichen Einpassung und Kontrolle in verschiedener Weise und mit je spezifisch erfahrenen Schwierigkeiten und Widersprüchen beschäftigt sind: Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter, Professoren, Medienarbeiter, Ärzte, Psychologen u.v.a.m. Und es wird darauf ankommen, die zersplitterten Arbeits- und Konfliktbereiche auf einer politischen Ebene zusammenzubringen, wo sie in ihrer wechselseitigen Bedingtheit und in ihrer unmittelbaren Relevanz für die Betroffenen sichtbar und im Sinne alternativer Praxisformen bearbeitbar, d.h. nicht schon durch die etablierten politischen Apparate zerlegt und abstraktifiziert sind, also z.B. im kommunalen und regionalen Zusammenhang. Daß das SB gerade hier trotz SZs und Arbeitsfeldern versagt hat, markiert eines der schwerwiegendsten Defizite unserer bisherigen politischen Arbeit. Auf der anderen Seite gibt es eine breite Grundlage für solche Ansätze, wie gerade der Ratschlag gezeigt hat. So etwas setzt allerdings auch voraus, daß wir wieder lernen, aus den disparaten Praxisansätzen und Konflikten heraus und auf diese bezogen gesellschaftstheoretisch zu arbeiten, daß es möglich wird, die Initiativen und den Kommunikationsrahmen für eine zugleich "undogmatische", d.h. Erfahrungen verarbeitende und verbindliche, d.h. kontinuierliche und handlungsrelevante Theoriediskussion zu entwikkeln, die nicht immer wieder die bornierte Trennung von "Theoretikern" und "Praktikern" reproduziert. Sicher sind die "Theoriefeindlichkeit" und der Antiintellektualismus, die sich auch im SB breit gemacht haben, mit ein Ausdruck derartiger Bornierungen, aber man muß auch sehen, daß sich das Fehlen einer verbindlichen theoretischen Arbeit für die politische "Praxis" hierzulande immer fataler auswirkt.

Man sollte nicht mehr darüber hinwegsehen, daß die sogenannte "Organisationsfrage" in zwei Bedeutungen des Wortes ansteht: sowohl was die politische Produktivität und damit die Existenzberechtigung des SB angeht als auch hinsichtlich der umfassenderen Entwicklung politischer Strukturen und Zusammenhänge im Geflecht des "linken Spektrums", der Protestbewegungen und Praxisansätze hierzulande. Von seiner Form, seiner Geschichte und seinen Verbindungen her könnte das SB dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn nicht organisationstraditionalistisch und -egoistisch, sondern offen und kreativ diskutiert wird, auch keine Scheu besteht, heilige Kühe zu schlachten. Fertige Rezepte gibt es freilich nicht dafür, sondern es bedarf erst mal der kritischen Aufarbeitung von Erfahrungen, der Experimente, des kollektiven Lernens mit neuen Arbeitsformen. Da solche Diskussionen noch kaum in Ansätzen existieren, ließen sich auch hier nicht mehr als ein paar vage Linien skizzieren. Dabei werden wir uns immer daran erinnern müssen, daß Organisieren kein Ersatz für Politik ist. Was zuerst not tut, ist eine breite, intensive und radikale Auseinandersetzung und Verständigung über die realen Strukturen und Tendenzen dieser Gesellschaft. Da reichen Floskeln wie "autoritärer Staat", "Modell Deutschland" oder "Atomstaat" nicht aus, so wenig wie es genügt, daß man konstatiert, die "neuen" sozialen Bewegungen seien halt irgendwie anders, eben "alternativ". Es geht um die Bedeutung von überaus heterogenen Bewegungen und Praxisansätzen, unserer Arbeit darin, um Motive, Ziele und Inhalte sozialrevolutionären Handelns, und zwar ohne heimliche Traditionalismen und Organisationsbornierheiten, die immer wieder die Diskussion beeinflußt haben. Und eine solche Diskussion muß zugleich offen, lernbereit und vor allem folgenreich sein für die "organisatorischen" Strukturen und Zusammenhänge, die wir angesichts sich dramatisch verändernder gesellschaftlicher und politischer Bedingungen in Zukunft für unsere Arbeit brauchen.

JOACHIM HIRSCH

"Wir haben Grund genug zum Weinen, auch ohne euer Tränengas"

Zur neuen Protestbewegung in Zürich

Bei einer Demonstration gegen die einseitige staatliche Förderung etablierter Kulturpolitik (das Zürcher Opernhaus soll für 60 Millionen Schweizer Franken renoviert werden) kam es zwischen der Polizei und Demonstranten, die seit Jahren vergeblich ein autonomes Jugendzentrum fordern, zu heftigen Auseinandersetzungen. Lange angestaute Wut machte sich Luft – im spätkapitalistisch hochgezüchteten Konsumismus vermögen Teile der Jugend offenbar zunehmend weniger den Sinn ihres Daseins zu finden. Die bornierte Arroganz der politischen Repräsentanten einer behäbig-satten Bourgeoisie, die bewies, daß sie von den sogenannten Globus-"Krawallen" 1969, als bereits für dasselbe Ziel gekämpft wurde, nicht gelernt hatte, tat das Ihrige, um den Konflikt anzuheizen.

Obwohl sich jetzt mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei eine Lösung des Konflikts, d.h. ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, anzubahnen scheint, gehen die teilweise mit neuartigen, militant-destruktiven Formen geführten Auseinandersetzungen weiter und haben auf andere Städte der Schweiz übergegriffen. Auch die Linke reagiert auf die neue Militanz, die sich anders artikuliert, als sie es sich vorgestellt hat, zum Teil verständnislos.

Der nachstehende Beitrag, ein Anstoß zur Reflexion der Kluft zwischen (alt gewordener?) Neuer Linken und neuer Protestbewegung, scheint uns auch für unsere Diskussion anregend zu sein. Er stammt aus dem in Zürich erscheinenden "Zeitdienst zur sozialistischen Information und Diskussion" (vom 4.7.80).

Ich möchte ein paar unstrukturierte Bemerkungen zu dem notieren, was uns an der Zürcher Bewegung unruhig macht: zum "Strukturierungsproblem". Und mit "uns" meine ich, so ungefähr: einige Linke jenseits der Dreißigerschwelle. Einige Linke, die noch Karriere gemacht haben und keine machen wollen: und doch schon aussehen, als wären sie in der Maschine verschwunden, wenn der Blick der Bewegung auf sie fällt. Ich meine uns, denen an der großen Demonstration die Spitze galt: "Und ihr, ihr Achtundsechziger, die zu feig gewesen seid und aufgehört habt – kommt mit: jetzt könntet ihr weitermachen." Und mit dem "Strukturierungsproblem" meine ich: daß uns das Gefühl, der Gedanke, der kritische Gedanke beschleicht, die Bewegung solle jetzt langsam anfangen, konkrete Ziele auszubuchstabieren. Sie solle jetzt anfangen zu sagen, was sie will – und zwar so, daß sichtbar wird, auf welchen Wegen sie was für Ziele erreichen will. Wir wollen dieses "Gefühl" etwas untersuchen.

Die Antwort ist schon erteilt. Im "Stilett" (diesmal: "Organ der aufgehenden Drachensaat") vom Juni/Juli, gleich neben einer Zeichnung mit dem Text "en heissä summer – aber subito", steht zu lesen: "Es mag ja sinnlos sein, Steine zu werfen, aber hört endlich auf, sinnvoll zu sein, denn sinnvoll ist ein Wort der Anderen. Es ist in ihrem Sinn, wenn wir schweigen, es ist ihre Ordnung, der wir zu gehorchen haben, sie verteidigen ihre Gesellschaft mit Gas. – Wir haben damit nichts zu tun. Handelt nur noch nach dem Gefühl. "Und der Hugo Bütler (Neue Zürcher Zeitung) in unserem Kopf wispert: 'Gewalt als ästhetischer Genuß, ...: die Welt der 'Schwarzen', eine schwarze Welt ist hier am Werk ..." (NZZ, zitiert nach Stilett.) Nur der Hugo Bütler? "Handelt nur noch nach dem Gefühl" – da rastet uns bald einmal das Verdammungswort, das äußerste ein: "Sowas ist doch faschistoid." Und darüber erschrecken wir; zu Recht. Wir erschrekken und suchen ein anderes Wort, andere Wörter. Wir passen auf uns auf, und wir versuchen nicht zu vergessen, auf welcher Seite die stehen, zu denen wir um keinen Preis gehören möchten: unserm Schrecken wollen wir nicht ihre Wörter geben. Aber das heißt offensichtlich noch lange nicht, daß wir den Bütler in unserem Kopf zum Schweigen gebracht hätten. "Handelt nur nach dem Gefühl" – können wir damit ins Reine kommen?

Bleiben wir einmal bei Achtundsechzig. Es ist freilich und unzweifelhaft richtig, daß Achtundsechzig ein Jahr der linken Bewegung war. Will sagen: daß wir den Zorn, der uns auf die Straße trieb, in eine linke Form brachten. Wir Achtundsechziger, die Achtundsechziger, die sich zu Wort meldeten, waren Akademiker, Theoretiker, Begründungsspezialisten, Erkenntnisbeflissene. Hans Peter Duerr zitiert irgendwo einen Linken, der zu ihm sagte: "Weißt du, wir Linken müssen viel klüger sein als die Rechten", und nach dieser Regel haben wir Achtundsechziger gelebt. Unser Kampffeld, das waren die Wörter, und wir haben uns in ihnen besser ausgekannt als die Rechten. (Noch ein Einschub: wenn es darum ging, die Kohlen aus dem Feuer zu holen, dann ließen wir die Nichtakademiker vor. Wer erinnert sich nicht, wie Hells Angel Tino vor dem Globus einige Leute den Fängen der Polizei entriß?) Und wir wollten uns auch besser auskennen. Unsere Stärke war der Theorievorsprung. Die Katastrophe der 68er-Bewegung gründet darin, daß die Theorie, die sich für ihre Gefühle fand, das Richtige nicht leistete, und dafür das Falsche möglich machte. Das Richtige nicht leistete: gut, wir hatten Begriffe zu unseren Gefühlen, aber die beiden wollten nicht verschmelzen. Das System war zäher und zähflüssiger, als wir eine kurze Zeit lang uns glauben machten. Und wir waren zäher und zähflüssiger, als wir gehofft hatten. Die Theorien, mit denen wir umzugehen wußten, bröckelten an allen Enden.

Gut, wir hatten unsere Theorie: aber wenn wir auf die Straße gingen und uns umsahen, wenn wir in unseren Zimmern saßen und ins Leere starrten, wenn wir beieinandersaßen und einander verletzten: was halfen uns, jetzt, wo es weh tat, die Ableitungen?

Besserwisser

Das Falsche möglich machte: – ich sag's einmal überspitzt: Wir 68er waren Besserwisser. Wir hatten den Durchblick, wir waren "viel klüger", ja wirklich. Entsprechend, wo wir uns politisch zur Geltung bringen konnten, wo wir wenigstens stückchenweise Reformen in Gang bringen konnten, neigten wir zum Verwalten, zum Belehren, zum Aufklären. (Es gibt, wenn man will, die Aufklärung und die Selbstaufklärung. Aufklärung läuft, wo der eine, der drauskommt, den anderen, die nicht drauskommen, beibringt, was für sie gut ist. Selbstaufklärung läuft, wo wir miteinander nicht draufkommen und gemeinsam klarzukommen versuchen. Wir 68er wollten Selbstaufklärung treiben, aber es wurde immer Aufklärung daraus). Wir brauchen nicht darüber zu rechten, ob wir nicht wirklich klüger waren, klüger sind. Das Problem liegt anderswo: die politischen Systeme, innerhalb denen wir ein bißchen etwas in Bewegung zu bringen versuchten, sind ganz gut eingerichtet, Aufklärung aufzunehmen und zu verwerten. Sie leben davon. Sie leben davon, daß sie aus Menschen Verwaltungsgegenstände machen. Sie leben davon, daß die von ihnen kontrollierten Bürger aufgeklärt werden: darüber aufgeklärt, wie sie sich am besten verwaltungsgerecht benehmen. Sie leben davon, daß irgendwo ein Spezialist sitzt, der für jeden Problemfall weiß, was gut für ihn ist. Der Problemfall – das ist die unerschütterliche Grundvoraussetzung – weiß es nämlich nicht. Man nennt das Wohlfahrtsstaat, hinter seiner Fassade scheffelt – da hat die sozialistische Analyse ihr entscheidendes Recht nicht verloren – eine kleine radikale Minderheit Macht und Profit, und an der Front strukturieren wir Aufklärer die Probleme all der Minderheiten, die zusammen die überwältigende Mehrheit ausmachen würden – wenn sie zusammenkämen. Daß sie es nicht tun, dafür sorgen nicht nur die Machthaber, ihre Polizei, ihre Justiz und ihre Fabriken, sondern auch, so wenig wir es möchten, wir Aufklärungsbeflissenen, wir Begriffsspezialisten, wir Experten.

Wollten wir das? Nein, bestimmt nicht, und wir wollen es immer noch nicht. Passen unsere Gefühle auf unsere Theorien und beide auf unsere Politik? Nein, bestimmt nicht, und wir sind immer noch unglücklich. Aber es ist ein Unglück auf Raten, ein Unglück, mit dem wir leben können. Es bedrängt uns nicht sehr, nicht dauernd. Und da, plötzlich, bricht sich der Zorn Bahn, und meldet die Wünsche, die wir doch auch hatten (oder haben ...), als Forderungen an. Sagt: Was ist schlimmer, ein Pflasterstein oder zehn Jahre Valium? Und wir zucken zusammen, finden die Frage irgendwie berechtigt, den Zorn irgendwie legitim, keine Frage, aber die Strukturierung, wo bleibt die Strukturierung? (Kennen wir das nicht? Hat man uns nicht gefragt: "Was wollt ihr eigentlich? Wißt ihr überhaupt, was ihr wollt? Macht doch konstruktive Vorschläge! Man kann doch über alles diskutieren." Und sind wir da nicht sauer geworden, haben nicht die Antwort verweigert, haben geknurrt: "Mit euch diskutieren wir nicht?" Und jetzt, zwölf Jahre später, möchten wir auch schon etwas Konstruktives sehen. Wir wissen ja schließlich, daß es ohne nicht geht, wir wissen ja schließlich, daß wir vor zwölf Jahren auf den Bauch gefallen sind, weil wir die ganze Welt haben wollten – aber subito, und sie nicht bekommen haben, und nicht einmal ein rechtes Stück davon).

Sind wir auch schon Polizisten geworden? Oder, andersrum: Ist "Sinnlosigkeit" ein Vorwurf? Gehört aller Sinn, der zu haben ist, den Polizisten? Es ist etwas Seltsames um den Sinn: wer nach ihm fragt, sitzt oben, setzt sich nach oben, indem er vorwurfsvoll nach ihm fragt. Wer Sinn der anderen vermißt, der gibt vor, er verfüge über den Sinn, über allen Sinn, den es gibt, und wer nicht in seinem Sinn Sinn anbiete, der verhalte sich eben sinnlos – und müsse verwaltet werden. Wenn wir's einmal herumdrehen: Wie sinnvoll ist denn eine Politik, die am Ende nur Hochkonjunktur für die Glaser produzieren – im günstigsten Fall – oder Drogentote? Wieviel Sinn macht denn ein Verwaltungsstaat, der nichts verwalten kann als die Misere, die er produziert, indem er sie wegzuverwalten vorgibt?

Gegen-Sinn

Aber, so sagen wir doch gern: es gibt – kleine, zugegeben, aber immerhin – Zonen, in denen wir ein bißchen Macht haben, und in diesen Zonen machen wir alternative Politik, bieten Alternativen an, produzieren Gegen-Sinn. (Und vertrauen darauf, daß alle die vielen kleinen Gegen-Sinne, die wir produzieren, alle die vielen kleinen alternativen Zonen, die wir besetzen, wachsen und wachsen werden, bis – ja, bis wir alle zusammen den Sinn produzieren, den richtigen, diesmal ... Oder nicht?)

Und da kommt die Bewegung, starrköpfig, uneinsichtig, sinnfeindlich, sagt: es gibt keinen Gegen-Sinn, allen Sinn, den es gibt, habt ihr euch

Zum Mord an Walter Rodney

Am 13. Juni dieses Jahres wurde in Georgetown, der Hauptstadt der im Nordosten Südamerikas gelegenen "Kooperativen Republik Guyana", um 20.00 Uhr lokaler Zeit Dr. Walter Rodney in seinem Wagen durch die Explosion einer als Sprechfunkgerät getarnten Bombe getötet. Jedem, der Walter Rodney kannte und der die politische Entwicklung Guyanas und des karibischen Raumes in den letzten Jahren verfolgt hatte, war beim Bekanntwerden der näheren Umstände des Todes von Walter Rodney klar, daß es sich dabei um einen feigen politischen Mord handelte, der von seinen politischen Gegnern, dem unter Linden Forbes Burnham seit 1964 Guayna regierenden People's National Congress, ausgeheckt und in die Wege geleitet worden war.

Walter Rodney galt als der bedeutendste Sprecher der neuen linken und Arbeiterbewegung Guyanas, der darüber hinaus in der Block-Power-Bewegung des karibischen Raumes und der USA und in den Kreisen der panafrikanischen Linken Afrikas über großen politisch-theoretischen Einfluß verfügte. Dieser gründete sich auf die enge Verbindung seiner klaren sozialistischen Überzeugungen und Zielsetzungen seiner Arbeit als international bekannter und geachteter Historiker, dessen Arbeiten zur Geschichte Afrikas und der Afrikaner in der Neuen Welt wichtige Beiträge zur Korrektur des eurozentrisch und kolonialherrschaftlich verzerrten Geschichtsbildes bezüglich Afrikas und des karibischen Raumes darstellten.

Im Rahmen der guyanischen neuen linken und Arbeiterbewegung trug er 1974, nachdem er von mehrjährigen Lehrtätigkeiten an Universitäten in den USA und in Tansania nach Guyana zurückgekehrt war, entscheidend zur Gründung der marxistischen Working People's Alliance/WPA bei. Mit unter seinem Einfluß entwickelte sie sich zu einer echten Alternative zu dem immer autoritärer werdenden Regime des PNC unter Forbes Burnham, dessen sozialistische Rhetorik immer weniger den neo-kolonalen Charakter des Regimes verschleiern konnte. Viele Kenner der politischen Verhältnisse in Guyana vertraten die Auffassung, daß die WPA reale Aussichten besäße, die demnächst stattfindenden Wahlen zu gewinnen, und Rodney Burnham als Premier ablösen würde, sofern diese Wahlen auch nur halbwegs korrekt ablaufen würden.

Ein Machtwechsel in Guyana zugunsten der WPA hätte dem Land zum ersten Male in seiner 14jährigen Geschichte als unabhängiger Staat die reale Chance eröffnet, eine sozialistische Entwicklung im Inneren mit einer Politik der Blockfreiheit nach Außen verbinden und damit die Voraussetzungen schaffen zu können, das Land aus Unterentwicklung und neokoloniale Abhängigkeit herauszuführen. Gleichzeitig hätte ein solcher Machtwechsel im gesamten karibischen Raum Rückwirkungen gezeitigt. Er hätte die Stellung der sozialistischen Regierungen Jamaicas und Grenadas erheblich gestärkt und den Kräften der neuen Linken in den übrigen karibischen Staaten wesentlichen Auftrieb gegeben.

Dieser Zusammenhang bedeutet, daß nicht nur Burnham und sein PNC an der Ausschaltung Walter Rodneys ein Interesse hatten, sondern darüber hinaus all die anderen konservativen und neokolonialen Regimes in der Karibik, die eng mit den USA verbündet sind. Es ist ziemlich sicher, daß der USA, auch wenn der nun wieder mit größerer Bewegungsfreiheit ausgestattete CIA möglicherweise nicht die Finger direkt im Spiel hatte, die Ermordung Walter Rodneys durchaus ins politische Konzept paßt. Nach dem Verlust Grenadas und Nicaraguas zielt die Politik der USA eindeutig darauf ab, das Entstehen weiterer sozialistischer Staaten im karibisch-zentralamerikanischen Raum zu unterbinden. Dies belegt nicht nur die Wiederaufnahme der Destabilisierungspolitik gegenüber Jamaica, sondern auch die Politik der USA in El Salvador und Guatemala, aber auch die erneut vorbehaltlose Unterstützung der neo-kolonialistischen Regimes der karibischen Staaten. Die jüngsten, großangelegten Flottenmanöver der USA im karibischen Raum sind ein anderer Beweis der Entschlossenheit der USA, ein weiteres Abbröckeln ihres Einflusses in der Karibik und ihren Randgebieten zu verhindern.

Die Ermordung Walter Rodneys stellt einen Rückschlag für die Arbeit der WPA und damit für die gesamte sozialistische Strategie im karibischen Raum dar, da es weder in Guyana noch im karibischen Raum gegenwärtig einen Führer mit der Überzeugungskraft und der Ausstrahlung Walter Rodneys gibt. Wenn es aber der WPA gelingt, die Arbeit Rodneys fortzuführen und vor allem das erneute Auseinanderdriften von Afro-Guyanern und Indo-Guyanern zu verhindern, dann wird dieser Rückschlag nur kurzfristiger Natur sein. So oder so sind aber die Aussichten für ein überleben des Burnham Regimes als gering anzusehen. Da angesichts der Praxis der Wahlfälschungen kaum mit einer Abwahl des Regimes zu rechnen ist, ist angesichts anwachsender sozialer Spannungen mit großer Wahrscheinlichkeit ein Militärputsch zu erwarten, der zu einer Regierungsübernahme durch die WPA oder eine Koalition aus WPA und PPP führen könnte. Bereits im vergangenen Jahr konnte Burnham Forbes nicht mehr auf die Loyalität der Armee bauen, als es nach der Verhaftung Walter Rodneys zu Demonstrationen der WPA kam und die Armee sich weigerte, gegen die Demonstranten vorzugehen. Damals wurde die Armeespitze ausgetauscht und durch Verwandte von Burham ersetzt. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, daß solche Entwicklungen meist den Anfang vom Ende repressiver Regimes bilden.

Dies umso mehr, als sich Burham offensichtlich auch nicht mehr ungebrochen auf seine Parteimiliz verlassen kann. Anders ist kaum zu verstehen, daß er seit nahezu zwei Jahren verstärkt auf die Mitglieder der obskuren Sekte "House of Israel" zurückgreift, um seine schmutzige politische Arbeit zu erledigen. Diese Sekte wid von einem aus den USA geflohenen Steuerbetrüger geleitet, der sich durch einen rabiaten Anti-Kommunismus und einen religiös-verbrämten "schwarzen" Chauvinismus auszeichnet. Dies machte ihn allerdings zu einem willkommenen Partner für Burnham, dessen Versuche, den schwarzen Bevölkerungsanteil Guyanas wieder anzuheben, ja auch zur Gewährung von Gastrecht an die Jones-Sekte führte. Deren Massenselbstmord und Verbindungen zur guyanischen Regierung rückten diese aber erheblich ins Zwielicht und die Schlägertruppen des "House of Israel" tragen gewißt nicht dazu bei, den letzten Rest von politischen Kredit, den das Regime im In- und Ausland noch aufweisen mag, zu erhalten.

So erscheint der Sturz Burhams trotz der mit dem Tode Walter Rodneys erkauften "Gnadenfrist" nur eine Frage der Zeit. Welchen Weg das Land aber nehmen wird, ist nicht abzuschätzen, da viel von den Fähigkeiten der politischen Erben Walter Rodneys abhängen wird, sein Vermächtnis der Zusammenarbeit der verschiedenen Volksgruppen Guyanas zu wahren und auszubauen. Scheitern sie in diesem schweren Unterfangen, dann ist damit zu rechnen, daß Guyana nach dem fälligen Sturz des Burnham-Regimes verstärkt in eine Periode innenpolitischer Kämpfe und Volksgruppenkonflikte eintreten wird, die das Land noch weiter in Unterentwicklung und Abhängigkeit zurückwerfen dürfte.

GÜNTHER SCHRÖDER

unter den Nagel gerissen, und wir spielen da nicht mit. Wir sind nicht konstruktiv: wer konstruiert, baut an euren Gefängnissen mit. Mit euch reden wir nicht, "jedes klare Wort wird in bürgerlicher Rhetorik kanalisiert" (Stilett). Wir 68er, nicht zu vergessen, glaubten (und glauben), einen Gegen-Sinn produzieren zu können, einen – im laxesten Sinne – sozialistischen. Und was ist gelaufen? Was an sozialistischem Gegen-Sinn produziert wurde, das ging zwei Wege. Einmal den der Institutionen: half mit, die Verwaltung zu modernisieren. Einmal den der Studierstube: wir kapieren, immer verweifelter, wie kompliziert doch alles ist, und halten uns raus. Und im Effekt heißt das: der 68 verfügbare Gegen-Sinn zu dem unerträglichen Sinn der industriell-kapitalistischen Zerstörungsmaschinerie kann denen nicht zu taugen scheinen, die 80 mit nichts dastehen als mit ihrem Zorn, und die sehen, wie gut sich die Maschinerie darauf versteht, den Zorn zu zerreiben, aufzugliedern – den guten ins Töpfchen, Spitzmarke "konstruktive Kritik", den schlechten ins Kröpfchen, Spitzmarke "kriminelle Sinnlosigkeit". Mit nichts da stehen als mit ihrem Zorn – und noch etwas: Appetit auf ein Leben vor dem Tode. Und die den Eindruck nicht loswerden, daß jeder Satz, der dieses Leben, auf das ihnen die Verwaltung den Appetit noch nicht ausgetrieben hat, "sinnvoll" darstellen soll, nur der kleine Finger wäre, den sie der Verwaltung hinreichen würden.

Fehlende Antworten

Das ist erschreckend, und ich sehe nicht, weshalb wir diesen Schrecken verleugnen sollten. Aber wir sollten schon aufpassen, unserem Schrecken nicht polizeilich beizukommen: Indem wir den Bütler in unserem Kopf loslassen und die "schwarze Welt" beschimpfen; oder indem wir den Therapeuten in unserem Kopf loslassen und sagen: "Liebe junge Leute, schaut doch, man kann das etwas strukturieren und –". (Und auch nicht, übrigens, indem wir jetzt der Bewegung nachrennen und sagen "Ich auch! Ich auch! Ich leide auch!") Denn was erschreckt uns? Daß unsere Wünsche wiederkommen, und diesmal eine harte Sprache sprechen: es gibt, sagen die Wünsche, die auf der Straße stehen, keine Vermittlungen mehr. Es gibt keine fortschrittlichen Zwischenlösungen mehr. Es gibt nicht das Leben und auch den Staat. Ich habe nicht das Gefühl, daß wir eine Antwort auf die Sprache der Wünsche parat haben. Wir sind weder in der Lage zu sagen "Au ja – genau! Nichts wie los!", noch in der Lage zu sagen: "Das ist doch völlig unrealistisch!" Aber wenn wir keine Antwort parat haben, dann ganz bestimmt nicht die bequemste: der Bewegung gut zuzureden. "Wehrt euch gegen die hyperreflexiven Abwiegler in den eigenen Reihen, die immer erst einen Sinn brauchen, bis sie losgehen ..." (Stilett) – okay, wir gehen nicht los: aber das ist kein Grund, andere stoppen zu wollen. Die einzigen, die wir stoppen wollen können, mit Gründen: das sind die Verwalter. "Laßt das unbekannte Tier in euch los", heißt es im Stilett, und das macht uns Angst. Aber wieviel Angst sollte uns eigentlich das bekannte Tier machen, das schon längst umgeht und mit seinen Betonpratzen alles Grün, alles Rot, alles Schwarz niederdrückt und zu einem grauen Brei zermantscht, in dem wir, Valium schluckend, versinken? Göttfried Keller warnt einmal vor den Gerechten, die "keine Scheunen anzünden und von denen auch kein Licht ausgeht". Ich glaub nicht, daß darin eine Aufforderung steckt, Scheunen anzuzünden. Aber eine Warnung vor dem Glauben, wir seien schon in Ordnung, weil wir keine Scheunen anzünden. Wir sind sehr verunsichert. Aber das ist unser Bier, und ich sehe nicht, weshalb wir die Bewegung anhalten sollten, es doch schön brav für uns auszutrinken. Sie wird es nicht tun, und täte sie es: uns wäre nicht geholfen.

R.L.

(aus Zeitdienst, Nr. 26/80)

Macht Stollwerck zum Bollwerk

Der Stollwerck-Konflikt begann mit dem Bau einer Musterwohnung im Ost-West-Trakt der Stollwerckfabrik, die im größten Sanierungsgebiet der BRD liegt, dem Sanierungsviertel in Köln. Das Severinsviertel soll einem Lieblingsgedanken des Kölner Rates zum Opfer fallen, dem "qualitativen Bevölkerungsaustausch". Hinter dieser Vokabel verbirgt sich eine Strategie kapitalistischer Städteplanung, deren Intension die 'Entmischung' finanzschwacher Stadtteile ist. Für das Severiensviertel heißt das, finanzschwache Bürger raus aus der Stadt, an Stelle dessen soll die "dynamische Mittelstandsfamilie" in den Genuß des "citynahen Wohnens" gebracht werden.

Wohnen in der Fabrik

Seit der Veröffentlichung dieser Pläne hat sich die Bürgerinitiative Südliche Altstadt (BISA) gegen diese Konzeption gewandt. Ihr Konzept heißt, Wohnen in der Fabrik durch den Ausbau der Fabrikhallen. Vorteil dieses Vorschlags: Erhalt der guten Bausubstanz und billiger Wohnraum auf dem Stollwerckgelände.
Um die Durchführbarkeit ihres Unternehmens zu demonstrieren, wurde im April dieses Jahres eine Musterwohnung gebaut, die als Demonstrationsobjekt den Bürgern vorgestellt werden sollte. Doch einen Tag nach der Landtagswahl verbot die Stadt den Weiterbau und die Besichtigung. Trotz dieses Verbots stellt die BISA den Bau fertig und gibt ihn zur Besichtigung frei. Die Stadt läßt daraufhin die Schlösser auswechseln, was eine Entscheidungsbildung durch die Bürger verunmöglichte. Am 20.5. tagt der Stadtentwicklungsausschuß. Er beschließt in einer nicht öffentlichen Sitzung einstimmig den 60% Abriß des Stollwercks. Die vor dem Rathaus wartenden ca. 200 Bürger ziehen in einem Demonstrationszug zum Stollwerckgelände, um dort die weitere Vorgehensweise zu diskutieren. Während der Diskussion sickert aus "gut informierter Quelle" die Nachricht eines vorgesehenen nächtlichen Abriß' durch. Um dies nicht widerstandslos hinzunehmen, wird das Stollwerck spontan besetzt.
Die Kunde von der spontanen Besetzung zieht die gesamte Kölner Szene wie ein Magnet an. An jenem Abend befinden sich ca. 700 Leute in der Fabrik. Vor dieser Demonstrationsmacht kapituliert die Stadt. Das Abbruchunternehmen wird auf später verschoben.
Mit dem Ausbleiben der Bagger ergeben sich für die Besetzung eine Vielzahl von Problemen. Da die Stadt Wasser und Strom abdreht, drohen die sanitären Zustände katastrophale Ausmaße anzunehmen.

Die Schwierigkeiten der Besetzung

12 Gruppen lösen die anfallenden Probleme: ein Notstromaggregat verschafft die nötige Elektrizität, die benachbarten "Falken" liefern Wasser. Die kollektive Arbeit in den Gruppen schafft ein Klima der Solidarität, einen Spaß am Widerstand. Die Realisierung von unmachbar geglaubtem verleiht dem Einzelnen Besetzer die Erfahrung seiner Nützlichkeit. Das Gefühl gebraucht zu werden, und die politische und soziale Akzeptanz waren jene Bewegungsmomente aus der die Stollwerckbewegung ihre Stärke bezog. Dazu kam die Solidarität aus der Bevölkerung. Höhepunkt war das Pfingstfest. Obwohl das Betreten des Stollwercks unter Strafe gestellt war, die Stadt hatte die Strafandrohung in einer Presseanzeige (Kostenpunkt 380.000 DM) der Bevölkerung kundgetan, überwanden 15.000 Bürger ihre Schwellenängste und besichtigten die Musterwohnung.
Doch bald darauf zeigten sich die ersten Risse in der Besetzerfront. Die Besetzung erforderte ein hohes Maß an Zeitaufwand. Da die Besetzer fast alle berufstätig waren, standen sie bald vor der Entscheidung "Stollwerck oder Beruf". Sie entschieden sich für ihre bürgerliche Existenz. Der quantitative Schwund führte den noch verbliebenen Besetzern zusehends die Aussichtslosigkeit ihres Vorhabens, nämlich Stollwerck 'zu halten', vor Augen. Die Gruppen lösten sich mangels Masse auf, die solidaritätsstiftende kollektive Arbeit ging verlustig. Hinzu kamen die sozialen Probleme. Während der Besetzung kamen immer mehr Menschen auf das Gelände, die mit den originären Besetzungszielen nichts gemein hatten. Stadtstreicher und Fixer, brutale Schläger wie Zuhälter und Rocker, fanden im Stollwerck sowohl ein durch die Presse gefördertes Aggressionsobjekt, als auch eine Grauzone ohne polizeiliche Gewalt. Die Expansion von offener Gewalt und Asozialität konnte von den noch verbliebenen Besetzern nicht verhindert werden. Ohnmächtig und resignierend schauten die Besetzer zu, wie Stollwerck von innen her ausgehöhlt wurde.

Verhandlungen mit der Stadt

Auf Grund dieser Situation war die einzige Lösungsmöglichkeit der politische Verhandlungsweg. Die Gründe für ein Eingehen von Seiten der Stadt auf das Verhandlungsangebot waren sehr vielschichtig. Man wollte sowohl ein "zweites Freiburg", als auch einen großangelegten Polizeieinsatz vermeiden. Denn eine gewaltsame Räumung des Stollwercks hätte nicht nur Verletzte, sondern evtl. auch Tote gefordert.
Wer die Weitläufigkeit des Geländes kennt, die 30 m tiefen Schächte, die auf Grund der Dunkelheit nicht zu erkennen sind und die Panik miteinrechnet, die bei einem Polizeieinsatz ausgebrochen wäre, der kann ein "Halten des Stollwercks" nicht unter militärischer Taktik und Strategie reflektieren. Insofern war ein Lösung des Konflikts nur auf dem Verhandlungswege denkbar. Daß es überhaupt zu Verhandlungen gekommen ist, ist schon als ein politischer Erfolg zu werten. Die der bürgergerlichen Gesellschaft eigentümliche Vertragsgleichheit kommt hier voll zum tragen, d.h. die Stadt mußte uns als gleichberechtigten

Presseerklärung der "Initiative Wohnen im Stollwerck"

1. Seit dem 20. Mai hat die Initiative "Wohnen im Stollwerck" das Gelände der ehemaligen Stollwerck-Schokoladenfabrik in Benutzung genommen, um die Fabrikgebäude vor dem drohenden Abriß zu sichern und ein demokratisches Bebauungsplanverfahren mit breiter Bürgerbeteiligung durchzusetzen. Zugleich fordert die Initiative "Wohnen im Stollwerck" bis zur endgültigen Entscheidung über die Stollwerck-Fabrik die Forführung der Zwischennutzung der ehemaligen Fabrikgebäude.
Nach Verhandlungen mit der Fraktionsführung der sozialdemokratischen Ratsfraktion im Rat der Stadt Köln und Gesprächen mit der Fraktionsführung der Freien Demokratischen Partei erklärt die Initiative "Wohnen im Stollwerck":
Wir lehnen einen Abriß oder Teilabriß der Gebäude der ehemaligen Stollwerck-Fabrik entschieden ab. Ein solcher Abriß oder Teilabriß widerspricht den Beschlüssen der SPD Köln, die sie auf zwei Parteitagen bestätigt hat, widerspricht der Auffassung der Kölner FDP und vieler anderer Gremien in Köln und der Bundesrepublik, vor allem aber vieler Kölner Bürger, die sich nachdrücklich für das Aussetzen des entsprechenden Ratsbeschlusses eingesetzt haben. Wenn Abrißpolitiker jetzt unter allen Umständen einen Abriß wollen, so enthüllt das für uns ein gestörtes Verhältnis zur demokratischen Willensbildung. Die politische Verantwortung für ein solches Vorgehen liegt einzig und allein bei den führenden Politikern dieser Stadt. Von uns aber wird niemand – weder über den Verhandlungsweg noch durch unsere Räumung – eine Legitimation für einen solchen Abriß erhalten. Unsere Räumung ist kein stillschweigendes Einverständnis mit irgendwelchen Abrißmaßnahmen.
2. Wir begrüßen die Zurücknahme der Strafanträge gegen die Besetzer des Stollwerckgeländes durch die Stadt Köln.
Die Benutzung des Stollwerck-Geländes ist ein politischer Akt und muß auch entsprechend gelöst werden. Es wäre ein völliger Widerspruch, mit uns zu verhandeln und zu einer Übereinkuft zu kommen, und gleichzeitig uns als angebliche "Rechtsbrecher" anzuzeigen.
3. Wir beenden unter den genannten Voraussetzungen unsere Benutzung des Stollwerck-Geländes friedlich. "Friedlich" heißt nicht: in Frieden.
Frieden kann es in dieser Stadt solange nicht geben, solange Spekulanten Wohnraum zerstören, während Zehntausende eine Wohnung suchen; Frieden kann es solange nicht geben, solange Bewohner aus ihren Vierteln getrieben werden, damit die Wohnungsbauunternehmen ihre Profite machen können; Frieden kann es solange nicht geben, wie die Planungen der Stadt über die Köpfe derer hinweggehen, die dadurch in ihrer Arbeit und ihrem Leben betroffen sind.
Der Kampf um Stollwerck ist nur ein Kampf in einer langen Reihe um eine Stadtsanierung im Interesse der einkommensschwachen Bürger im Viertel und der Arbeiterschaft; wir müssen ihn mit den Betroffenen aktiv weiterführen und hoffen, durch unseren Erfolg ein Zeichen der Ermutigung gegeben zu haben.
Allen in dieser Stadt, die uns in den vergangenen Wochen durch ihre Solidarität unterstützt haben, alle, die uns nicht nur in Köln durch ihr Eintreten für unser Anliegen geholfen haben, danken wir:
KÄMPFEN LOHNT SICH!
Köln, den 6. Juli 1980 gez. Birkenbeul, Bremen, Göbel, Wolfgang Lindweiler

Vereinbarung zwischen der Stadt und der "Initiative Wohnen im Stollwerck"

1. Die Besetzer verlassen spätestens am Sonntag, den 6. Juli 1980, 16 Uhr das Stollwerckgelände. Näheres wird mündlich oder telefonisch vereinbart.

2. Das Bebauungsplanverfahren wird in der vom Städtebauförderungsgesetz vorgesehenen Form durchgeführt. Im Rahmen des Verfahrens wird durch ein Gutachten und Vorentwürfe sowohl für den Um- und Ausbau als auch für den Neubau geklärt:

– welche Nutzungsformen, insbesondere Wohnungsgrundrisse, möglich sind und wie sie sich kostenmäßig auswirken,

– inwieweit und unter welchen fachlichen Anforderungen Möglichkeiten zur Selbsthilfe durch die Nutzer geschaffen werden können,

– welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten unter Einschluß der Berücksichtigung der Selbsthilfe infrage kommen,

– wie die Trägerschaft geregelt werden kann.

Die Ergebnisse werden in einer Betroffenenbeteiligung gemäß § 9 Städtebauförderungsgesetz einbezogen. Dies heißt, daß die betroffenen Bürger im Sanierungsgebiet unmittelbar angesprochen werden und daß die in Betracht kommende Fachöffentlichkeit (z.B. Verbände der Wohnungs- und Bauwirtschaft, Mieterbund, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen u.ä.) Gelegenheit zur Beteiligung erhält.

Eine Entscheidung über das entgültige Sanierungskonzept und den Bebauungsplan wird im Rat erst nach Abschluß dieses Verfahrens fallen.

3. Die SPD-Fraktion wird veranlassen, daß die Stadt Köln mit einem noch zu gründenden Kulturzentrum e.V. einen Zwischennutzungsvertrag für Teile des L-Gebäudes abschließt. Das Kulturzentrum e.V. ist dabei als organisatorisches Dach verschiedener Initiativen zu verstehen.

Die Laufzeit des Zwischennutzungsvertrages wird maximal bis zum Beginn von Baumaßnahmen zur Herstellung des endgültigen Zustandes entsprechend den Sanierungszielen dauern. Der Umfang des Raumes, der für die Zwischennutzung zur Verfügung gestellt wird, soll für die Aktivitäten angemessen sein; das Entgelt entspricht den von anderen Zwischennutzern ebenfalls zu entrichtenden Sätzen.

Die Zwischennutzung der Palazzo-Schoko-Gruppen wird maximal bis zum Beginn von Baumaßnahmen zur Herstellung des entgültigen Zustandes entsprechend den Sanierungszielen fortgeführt.

Soweit es sich dabei um überwiegend gewerbliche Nutzung handelt, gelten dafür die üblichen Grundsätze der Stadt. Der Reha-Autoklinik werden im Severinsviertel ausreichende Räume und Flächen für die Fortsetzung ihrer Arbeit angeboten.

4. Die begonnene Musterwohnung im parallel zum Severinswall stehenden Gebäudeteil wird von der BISA fertiggestellt und der Öffentlichkeit 4 Wochen zugänglich gemacht

5. Als Maßnahme der Jugendliche nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz wird die Stadt obdachlosen Jugendlichen kurzfristig ein oder zwei Planungshäuser, die z.Zt. nicht belegt sind und in den nächsten zwei Jahren nicht benötigt werden, zur Verfügung stellen. Die Miete für diese Häuser wird entsprechend ihrem Zustand angemessen sein. Dabei werden eventuell erbrachte oder zu erbringende Eigenleistungen in Rechnung gestellt. Die Mietverträge werden auf zwei Jahre befristet.

Die Stadt sieht davon ab, Schadenersatz für Vermögensschäden und einfache Sachschäden, allein gestützt auf die Beteiligtenhaftung nach § 830 BGB, gegen Beteiligte der Besetzung geltend zu machen. Soweit sich Täter für erhebliche Sachbeschädigungen, z.B. Zerstörung der Aufzugsmotoren und von Maschinen, und für Eigentumsdelikte ermitteln lassen, wird deren Haftpflicht geltend gemacht.

7. Die Besetzer werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften die Aufklärung aller Offizialdelikte und erheblicher Sachbeschädigungsdelikte unterstützen.

8. Diese Erklärung wird am Sonntag, dem 6. Juli 1980, 18 Uhr veröffentlicht.

Verhandlungspartner anerkennen. Die Verhandlungen selbst waren für die 5köpfige Verhandlungskommission äußerst schwierig. Auf dem Parkett der Realpolitik ungeübt, mußten erst während der Verhandlungen Kompetenzen erworben werden, die eigentlich Voraussetzung sein mußten. Dazu kam die zunehmende Schwäche der Besetzung und die offene basisdemokratische Struktur der Entscheidungsfindung, die den Verhandlungsgegner in die Möglichkeit versetzte, über unsere nächsten Verhandlungsschritte genauestens informiert zu sein. Trotz der beschriebenen Mängel läßt sich das Verhandlungsergebnis gut an. Als einen großen Erfolg muß die Anerkennung des Obdachlosenenproblems der Jugendlichen durch die Stadt gewertet werden. Dadurch ist ein Präzidenzfall geschaffen worden, der für zukünftige Hausbesetzungen voll zum Tragen kommen kann.

Schwächen und Stärke der Besetzung

Die Stollwerck-Bewegung bezieht sowohl ihre Stärke als auch ihre Schwäche aus der Heterogenität. Neben der Linken aus DKP über Jusos, SB, KB bis hin zu ehemaligen KPDlern ist das Spektrum der Scene vertreten. Hinzu kommen die verschiedenen Strömungen der Alternativbewegung und der Subkultur. Die Integration jener dessidenten Subkulbur muß man nachträglich als gescheitert ansehen. Zu unterschiedlich waren die Verständnisse von Politik und deren Artikulationsmöglichkeiten. Dachte die "Verhandlungsfraktion" weitgehends in den Kategorien von realpolitischer Strategie und Taktik, so war dieses Denken vielen Leuten fremd. Der Bruch mit der Gesellschaft verlängerte sich in die fehlende Bereitschaft mit dem Staat zu verhandeln. Schon die Bereitschaft zu Verhandlungen wurde als Verrat gebrandmarkt. Grundlage für diese Ablehnung sind die Alltagserfahrungen mit der staatlichen Repression, die alles Alternative ausgrenzt, und die Lebensräume der Individuen zusehends beschneidet. Allgemeiner Tenor: die bescheißen uns doch alle. Jene Meinung kam aber auf dem Plenum nur sehr selten zum Zuge. Die verbalen Artikulationsmöglichkeiten waren der geschliffenen Rhetorik vieler Linker nicht gewachsen. Die Folge davon war die erzwungene Freiwilligkeit des Rückzugs. Sie sonderten sich ab, der Kontakt blieb auf persönliche Gespräche beschränkt. Daß sie dennoch im Stollwerck blieben, hatte zwei Gründe: erstens wußten sie, da obdachlos, nicht wohin, Der zweite Grund mag mit den mannigfaltigen Nutzungsmöglichkeiten des Stollwercks zusammenhängen. Hier konnten die im Zuge kapitalistischer Vergesellschaftung verlorengegangenen Räume zurückerobert werden und mit eigenen Vorstellungen von Kultur, von Leben und Arbeit besetzt werden. Da eine Zurückeroberung enteigneter Terretorien möglich ist und mit kollektiver Praxis in der Zeit gehalten werden kann und daß die Bürger den illegalen Häuserkampf unterstützen, diese beiden Faktoren machten den Abschied von Stollwerck schmerzvoll und wehtuend. Aber er war auch fröhlich und optimistisch, denn die vielfältigen Erfahrungen, die der einzelne während der Besetzung gemacht hatte, können nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Die Räumung

Gemäß der Vereinbarung mit der Stadt, hatten alle Besetzer am 6.7. um 16 Uhr das Gelände verlassen. Um 16.35 Uhr wurde die vollständige Räumung der Polizei telefonisch bekanntgegeben. Damit war für die "Initiative Wohnen im Stollwerck" die Besetzung zu Ende. Doch es kam anders. Entgegen der mündlichen Vereinbarung, welche die gemeinsame Begehung von 5-10 Zivilpolizisten mit einigen Besetzern vorsah, kamen rund 500 Beamte eines Spezialeinsatzkommandos, bewaffnet mit MP und Chemical Mace. Dazu gesellten sich rund 300 Zivile und eine Hundestaffel, die allesamt das leere Stollwerck besetzten. Der bürgerkriegsähnliche Überfall putschte die emotionsgeladene Atmosphäre auf den Höhepunkt. Als 2 Stunden später riesige Abrißfahrzeuge auf das Gelände fuhren, um sofort mit dem Abriß zu beginnen, kippte die Stimmung um. Steine flogen, Wut und Enttäuschung über den offenen Vertragsbruch der Stadt machten sich im offenen Widerstand luft. Die Übermacht der Polizeiknüppel machte den Weg für die Abrißfahrzeuge frei. Der "Initiative Wohnen im Stollwerck" wurde deutlich gemacht, was Vereinbarungen mit Politikern bedeuten und wer die Macht hat in dieser Stadt. Am nächsten Morgen wurde ein Teil des Stollwercks gesprengt.

Erneute Hausbesetzung

Die ca. 80 obdachlosen Jugendlichen fanden in den Baracken des ehemaligen GEW-Geländes eine Unterkunft. Die Verweildauer sollte dort 2 Tage betragen, bis dahin, so versprach die Stadt, werden man angemessenen Wohnraum in städtischen Häusern zur Verfügung gestellt haben. Trotz dieses Versprechens leben bis heute die Jugendlichen dort unter unmenschlichen Bedingungen: teilweise bis zu 7 Mann/Frau auf 12 qm, für die 80 Leute stehen 2 Toiletten zur Verfügung. Ein Teil der Barackenbewohner ließ sich daraufhin von der Stadt nicht mehr lange hinhalten. Sie besetzten das Haus Karthäuserwall 18 und richten sich zur Zeit dort wohnlich ein. Die anderen hoffen auf die Einlösung des städtischen Versprechens, um endlich legal ein Dach über dem Kopf zu haben. Sollte dies nicht sehr bald geschehen, so wird in Kürze eine neue Hausbesetzung in Köln stattfinden, die in der Tradition der Stollwerckbesetzung steht: billigen Wohnraum für alle erhalten und ihm mit eigenen Vorstellungen von Leben ausfüllen.

Letzte Meldung:

Obwohl in den Vereinbarungen Straffreiheit garantiert wurde, sollen zur Zeit 25 Ermittlungen wegen Rädelsführerei, Anstiftung zum Hausfriedensbruch und schwerer Hausfriedensbruch in Bearbeitung sein. Sollte es zu Prozessen kommen, so wird es einen heißen Herbst in Köln geben.

DIETER GÖBEL

Zukunftswerkstatt

Kleine Schritte im Alltag – Entwürfe für ein sozialistisches Leben
Hamburg, Markthalle, 21.-23. November 1980
Wer bei der Vorbereitung mitmachen möchte, wende sich an:
Arbeitsgruppe "Zukunftswerkstatt", Sozialistisches Büro, Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 4, Tel. 040/433289
Die nächsten Vorbereitungswochenenden in Hamburg: 6.-7. September 1980 und 18.-19. Okt. 80

Seminar: **Finanzierungsprobleme von sozialpolitischen Initiativgruppen in Obdachlosensiedlungen.** (Planspiel: Träger streicht die Mittel) vom **26.-28.9.80 bei Darmstadt.** Anmeldung und nähere Auskunft (bitte gegen Rückporto) bei AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80.

Seminar **Provinzarbeit – 3.-5.10.80 bei Würzburg.** Arbeitskreise: Jugendarbeit/Sozialarbeit in der Provinz – Alternativ-Projekte in der Provinz – Linke Politik in der Provinz – Konkrete Utopie "Provinz" – Nähere Informationen – gegen Rückporto – bei: AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80 oder direkt bei Albert Herrenknecht, Frühmesse 3, 6983 Kreuzwertheim.

Seminar: **"Ausländer und Bürgerinitiativen in Sanierungsvierteln".** Seminar des Stadtteilarbeits-Bereichs der AG SPAK.
In Sanierungsvierteln sind normalerweise die Ausländerfamilien die Hauptbetroffenen. Trotzdem findet man in Mieterinitiativen die in diesen Vierteln in der BRD in großer Zahl entstanden sind, die betroffenen Ausländer nur sehr selten, und wenn, dann häufig in einer Rolle als Klient, d.h. die Mieterinitiative ist sozusagen die "Sozialstelle". Worin liegen die Widersprüche, welche unterschiedliche Betroffenheit liegt vor?
Wichtiges Kriterium für Seminarteilnahme: persönliche Praxis mit Bürgerinitiativen – oder Ausländerarbeit. Nähere Informationen: Geschäftsstelle der AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80.

Der Jugendhof Steinkimmen, 2875 Ganderkesee 1, Tel. 04222/8248 führt vom **4.-5. Oktober 1980** ein Forum über **Ferienpädagogik** durch. Diskutiert werden sollen neue Konzepte und Methoden. Interessenten fordern bitte die Ausschreibung an.

SB-Winterschule 1980/81 und SB-Sommerschule 1981
Vorbereitungstreffen: 26.-28. September 1980 in Frankfurt.
Ein großes Aufarbeitungs- und Planungswochenende: Bisherige Sommerschulerfahrungen/ Was soll zukünftig anders werden?/Konkrete Planungen.
Bisher gibt es Anregungen zu folgenden Winter/Sommerschulen:
- *Erste Sommerschule zur Sache der Frauen*
- *Linke und Kinder*
- *Neue Medien*
- *Neue Technologien (in Verbindung mit einem Workshop)*
- *Internationale Sommerschule über Selbstverwaltung*
- *Thema: Indianer – Von der Unterdrückung der Indianer und ihrem Widerstand über Perspektiven praktischer Solidarität bis zur Aufarbeitung unserer eigenen Indianer-Mythen von Karl May bis zum Stadtindianer.*

Wer an diesem Vorbereitungstreffen Interesse hat, melde sich rechtzeitig an: Projekt Sommerschule, Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel. 0611/82006.

Roter Terminkalender

Appell gegen Kriegsgefahr

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie und eine Gruppe von Erstunterzeichnern, darunter Heinrich Albertz, Karola Bloch, Ingeborg Drewitz, Helga Einsele, Helmut Gollwitzer, Arno Klönne, Jakob Moneta, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Eva-Maria Quistrop, Horst-Eberhard Richter, Jürgen Seifert, Bischof Kurt Scharf, Ursula Schmiederer, Klaus Traube und Günter Wallraff, haben zur Unterschriftensammlung für einen Appell gegen Kriegsgefahr aufgerufen.
In dem Appell wird u.a. gefordert, die "Nachrüstung" mit Atomraketen dürfe nicht zugelassen werden und Abrüstungspolitik dürfe sich nicht auf Atomwaffen beschränken, sondern müsse auch die "konventionellen" Waffen und den Rüstungsexport einbeziehen.
Angesichts verschiedener Friedensaktivitäten begründet das Komitee seine neue Initiative damit, daß trotz einer scheinbaren Beruhigung die weltpolitische Lage noch hochexplosiv sei. Keine Aktivität dürfe derzeit zuviel sein, um immer erneut Druck auf die Mächtigen auszuüben, die sich anmaßten, über Krieg und Frieden zu entscheiden.
Der Appell und die Unterschriftensammlung zielen bereits auf den 1. September, den Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und damit des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Zum 1. September 1980 werden in zahlreichen Ländern vielfältige Antikriegsveranstaltungen stattfinden.
Wer Exemplare des Appells zum Unterzeichnen bzw. zur Unterschriftensammlung haben möchte, erhält diese bei Komitee für Grundrechte und Demokratie, 6121 Sensbachtal, Tel. 06068/2608.

Herbstaktionen "Gegen Rüstung und Atom"

Am Wochenende, den 12./13. Juli fand in Bonn die zweite Koordinierungskonferenz der bundesdeutschen Ökologie- und Friedensbewegung mit 120 Delegierten aus 60 verschiedenen Initiativen und Organisationen statt.
Die Konferenz hat beschlossen, für Herbst 1980 zu Aktionen "Gegen Rüstung und Atom" aufzurufen:

- *Am 13. September 1980 wird unter dem Motto "750 Jahre plutoniumfreies Kalkar" in Kalkar/Niederrhein eine Demonstration gegen den Schnellen Brüter und gegen die Militärschau der Bundeswehr anläßlich der 750-Jahr-Feier der Stadt Kalkar stattfinden.*

- *Am 25. Oktober 1980 wird ein bundesweiter Aktionstag gegen Atomkraftwerke und Atomwaffen mit einer zentralen Demonstration in Nordhorn/Lingen unter dem Motto "Gegen ein nukleares Emsland" durchgeführt. Im Emsland wird die Bevölkerung durch eine einzigartige Anhäufung von 'zivilen' und militärischen Atomanlagen gefährdet.*

Diese beiden Aktionen sind der Auftakt für eine Kampagne unter dem Motto "Atomkraftwerke und Atomwaffen – gemeinsam abschaffen". In einem gemeinsamen Aufruf wurde festgestellt, daß die Gefährdung des Friedens und der Lebensgrundlagen durch ökologische Krisen und weltweite Aufrüstung Grundlagen für unsere Kampagne sind. Die Ökologiebewegung und die Friedensbewegung wollen deshalb gemeinsam gegen das 'zivile' und militärische Atomprogramm vorgehen.
Als wichtige Aufgabe wurde die Verhinderung weiterer Atomanlagen und der Stationierung neuer Atomraketen auf bundesdeutschem Boden angesehen.

Koordination Ökologie und Frieden: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe, Tel. 0721/574248;
Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner DFG/VK, Rellinghausenerstr. 214, 4300 Essen, Tel. 0201/25999.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" (ISSN 0024-404 X) zur Zeit: Heide Erd-Küchler, Helmut Burgwinkel, Dan Diner, Robert Detobel, Detlev Claussen (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe) ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006, Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 3,--, Jahresabonnement DM 22,-- zuzüglich DM 6,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Fotos und Karikaturen: Seite 9 – Rose; 11 – dpa; 14 – Halbritter, Gesellschaftsspiele; 16 – medium; 17 – Kretschmann, Gorleben Bildband; 18/19 – K. Halbritter, Gesellschaftsspiele; 20 – dpa und H.G. Grewer; 22 – dpa; 23 – Sozialmagazin; 24/25 – H.G. Grewer; 28/29 – medium; 40 – Kölner Volksblatt ● Druck: hbo-druck Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; Aufruf zur Unterstützung des IV.-Russell-Tribunals über die Rechte der Indianer Nord-, Mittel und Südamerikas; "links"-Extrablatt "Sozialistische Politik und Friedenssicherung".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.7.80 "links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1980 DM 14,– (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift

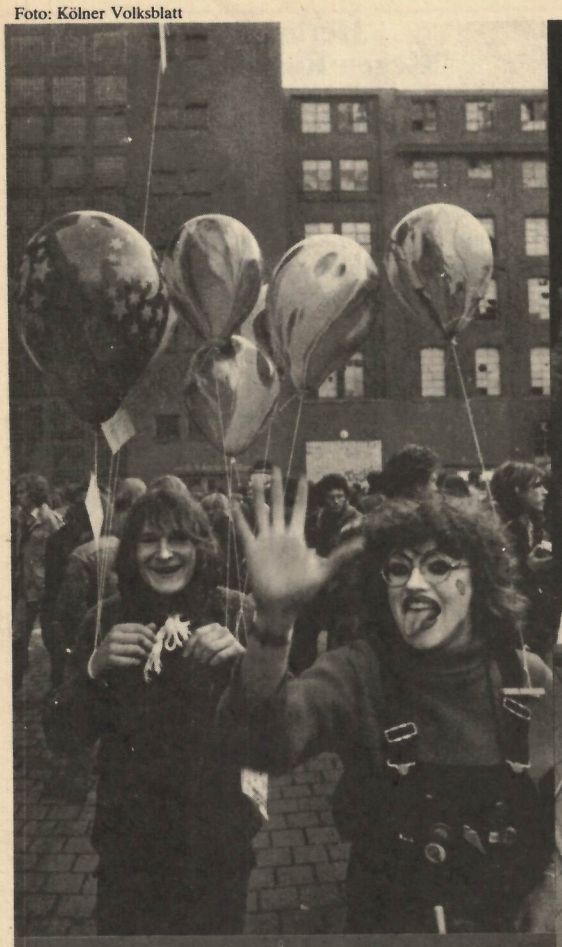



Foto: Kölner Volksblatt